

Marlies Linke, Thomas Sablowski, Klaus Steinitz (Hrsg.)

**CHINA:
GESELLSCHAFTLICHE
ENTWICKLUNG UND
GLOBALE AUSWIRKUNGEN**

16

China: Gesellschaftliche Entwicklung und globale Auswirkungen

Marlies Linke, Thomas Sablowski, Klaus Steinitz (Hrsg.)

**CHINA: GESELLSCHAFTLICHE
ENTWICKLUNG UND GLOBALE
AUSWIRKUNGEN**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V.i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Oktober 2015

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Marlies Linke, Thomas Sablowski, Klaus Steinitz Einleitung	7
Helmut Peters Das Kapital und die «sozialistische Marktwirtschaft» in der Volksrepublik China	14
Daniel Fuchs Die Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse in China seit 1978: Überlegungen zur Herausbildung und den Widersprüchen des chinesischen Kapitalismus	29
Werner Birnstiel China muss seinen Weg gehen – Stichworte zur Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft in der Volksrepublik China	46
Bettina Gransow Kampfzone Kiez. Chinesische Stadtsanierung, Bürgerproteste und Anerkennungskonflikte	52
Eva Sternfeld Die ökologischen Herausforderungen des chinesischen Wirtschaftswunders	73

Hansjörg Herr	
Der Aufstieg Chinas zu einer ökonomischen Großmacht – Erfolge und Herausforderungen	84
Stefan Schmalz	
Der Aufstieg Chinas: Globale Machtverschiebungen und geopolitische Konflikte	114
Die Autorinnen und Autoren	125

Marlies Linke, Thomas Sablowski, Klaus Steinitz

EINLEITUNG

China – ein Land, das in den letzten Jahrzehnten so an Gewicht gewonnen hat, dass heute niemand auf dem Weg zu einer Lösung der großen Weltprobleme an ihm vorbeigen kann. Das betrifft alle wichtigen Bereiche der menschlichen Gesellschaft, von der Politik zur Verhinderung von Kriegen und zur Herausbildung einer Weltfriedensordnung über die Entwicklung gerechter weltwirtschaftlicher Beziehungen, die nachhaltige Lösung der Klimaprobleme, die Erhaltung der natürlichen Umwelt und der natürlichen Ressourcen bis hin zur Lösung der sozialen Fragen, insbesondere der Überwindung von Armut und Hunger. Auch die Vertiefung der deutsch-chinesischen Beziehungen spielte in den letzten Jahren eine wichtige Rolle.

Um die Entwicklung in China richtig verstehen und beurteilen zu können, ist es unerlässlich, sich den geschichtlichen Kontext und einige herausragende Besonderheiten der politischen und sozialökonomischen Entwicklung Chinas seit dem Sieg der chinesischen Revolution 1949 zu vergegenwärtigen. Hier sollen in aller Kürze drei Aspekte hervorgehoben werden, die von grundsätzlicher Bedeutung für das Verständnis der Entwicklung in China sind, aber oft – auch in linken Diskursen – nicht ausreichend beachtet werden.

Erstens. China war für eine sehr lange Zeit – mit einigen Unterbrechungen lange vor Beginn der Zeitrechnung bis ins 18. Jahrhundert hinein – ein und zeitweise sogar *das* Zentrum der Weltkultur und Weltzivilisation (Anderson 2010: 60). Darauf beruhen in hohem Grade das Selbstbewusstsein und der Nationalstolz der Chinesen. Der Niedergang Chinas hing neben inneren Ursachen, insbesondere den heftigen, sehr aufwendigen und die ökonomischen Ressourcen aufzehrenden Machtkämpfen, stark mit dem gewaltsamen ökonomischen und politischen Eindringen europäischer kapitalistischer Staaten und auch Japans in China zusammen.

Zweitens. China ist seit mehr als 40 Jahren der einzige Staat der Welt mit einem ununterbrochenen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – bei natürlich auch

dort vorhandenen großen Problemen. Die Wachstumsraten lagen seit 1971 nur in zwei Jahren unter sieben Prozent und betrug seit 1981 jahresdurchschnittlich fast zehn Prozent. Im Hinblick auf die gesamte Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP und auf Wechselkursbasis zum US-Dollar berechnet) steht China heute weltweit an zweiter Stelle hinter den USA. Gemessen auf Basis der Kaufkraftparitäten hat China laut der jüngsten Berechnung des Internationalen Währungsfonds die USA 2014 in der absoluten Größe des BIP überholt und steht damit weltweit an der Spitze. Pro Kopf gerechnet ist das BIP in den USA allerdings um mehr als ein Vierfaches größer als in China.

Seit 2007 weist China die höchsten CO₂-Emissionen der Welt auf. Im Jahr 2011 betrug sie neun Milliarden Tonnen, in den USA sechs Milliarden Tonnen. Die Emissionen an CO₂ sind in den USA und auch in Deutschland jedoch pro Kopf nach wie vor um ein Mehrfaches höher als in China.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist nicht nur durch eine Steigerung der Wirtschaftsleistung gekennzeichnet, sondern gründet zunehmend auf Innovationen und einer Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen. Mit der Einführung der «sozialistischen Marktwirtschaft», die mit tief greifenden Veränderungen in den konkreten Eigentumsstrukturen, insbesondere dem zunehmenden Einfluss von Privatunternehmen und einem starken Eindringen von Auslandskapital, verbunden war, konnte die Produktion relativ kontinuierlich erhöht werden. Darin besteht ein grundlegender Unterschied, ja Gegensatz zu den Produktionseinbrüchen in Ostdeutschland und in den anderen ehemals staatssozialistischen Ländern nach 1989/90. Der jüngste Einbruch des chinesischen Aktienmarkts verweist allerdings darauf, dass China bei fortschreitender privater Kapitalakkumulation im Inland und weiterer Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs auch in Zukunft mit Wirtschaftskrisen und deren sozialen Folgen zu kämpfen haben wird, wie sie für die kapitalistische Produktionsweise charakteristisch sind. Dies zeigte sich deutlich in den letzten Monaten. Seit Mitte 2015 ist Chinas Finanz- und Währungssystem sowie die gesamte wirtschaftliche Entwicklung von tiefen Erschütterungen betroffen, die voraussichtlich größere Auswirkungen haben werden – sowohl auf die zukünftigen Wachstumstendenzen der chinesischen Wirtschaft als auch auf die gesamte Weltwirtschaft. Dies bedeutet eine geringere Aufnahme industrieller Exporte aus den kapitalistischen Ländern, insbesondere aus den USA und der BRD, sowie weniger Rohstoffbedarf aus den Schwellen- und Entwicklungsländern, mit einschneidenden Wirkungen auf die Rohstoffpreise und damit die Exporteinnahmen dieser Rohstoffe exportierenden Länder.

Die Bewältigung der komplexen Probleme, die seit 1978 mit den Reformen unter Führung von Deng Xiaoping verbunden waren, wurzelte in hohem Maße in dem erwähnten jahrtausendealten, historisch gewachsenen Selbstvertrauen, das im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für eine historisch relativ kurze Zeit stark beschädigt wurde (Anderson 2010: 60).

Drittens. Die tief greifenden Veränderungen, die mit den Reformen Ende der 1970er Jahre eingeleitet wurden, waren natürlich auch mit harten politischen Kämpf-

fen innerhalb der regierenden Kommunistischen Partei (KP) Chinas verbunden. Aber dieser radikale Einschnitt in der Politik, Wirtschaft und Kultur vollzog sich unter Führung der KP und gestützt auf die Machtinstrumente der bestehenden Staatsgewalt in der Zentrale und in den Provinzen und damit ganz anders als die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft nach dem Untergang des Staatssozialismus in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern. Wir haben es in China mit dem einmaligen Phänomen der Koexistenz eines von einer kommunistischen Partei geprägten Überbaus mit sich erweiternden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zu tun.

Die Analyse der weiteren sozialökonomischen und ökologischen Entwicklung Chinas kann wichtige Erkenntnisse zu grundlegenden Problemen einer zukünftigen sozialistischen Transformation ermöglichen. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob, inwieweit und wie es eine tragfähige, nachhaltige Synthese zwischen dem Bestehen einer entwickelten Markt- und Geldwirtschaft auf der einen und einer demokratischen, effizienten und innovativen Planung auf der anderen Seite geben kann. Eine solche Synthese müsste den Unternehmen und den Betriebskollektiven ausreichende Spielräume für eigenverantwortliche Entscheidungen sichern und insgesamt auf die Realisierung von freier, selbstbestimmter Entwicklung der Menschen, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, hoher Effizienz und Innovativität sowie ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtet sein.

Mit dieser Publikation werden die überarbeiteten Vorträge, die auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der «Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin» zum Thema «Die gesellschaftliche Entwicklung in China und ihre globalen Auswirkungen» im Oktober 2014 in Berlin gehalten wurden, einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Auf der Konferenz konnten natürlich nicht alle relevanten wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Entwicklungsprobleme Chinas und ihre globalen Einflüsse erörtert, geschweige denn Übereinstimmung im Hinblick auf die Bewertung dieser vielfältigen, konfliktreichen sowie häufig stark umstrittenen Fragen erzielt werden. Die Konferenz bot aber Gelegenheit für einen offenen, interessanten und anregenden Meinungsaustausch zu diesen Fragen. Das zeigt sich auch in den hier vorgelegten Konferenzbeiträgen, die recht unterschiedliche Sichten auf die gesellschaftliche Entwicklung in China widerspiegeln. Dies betrifft insbesondere divergierende Einschätzungen zu den Problemen und zum Charakter der «sozialistischen Marktwirtschaft».

Bei der Auswahl der Themen für die Konferenz haben wir uns vor allem von zwei Kriterien leiten lassen. Es sollten erstens Themen sein, die von zentraler Bedeutung für die Bewertung der gegenwärtigen Verhältnisse und der zukünftigen Entwicklungschancen in China sind, und die zweitens in der linken Diskussion stark umstritten und gleichzeitig zentral für die weitere Erörterung der Zukunftsfragen bezüglich der Transformation in eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft sind.

Der erste Themenkomplex befasst sich mit dem Charakter der «sozialistischen Marktwirtschaft» in China. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Worin besteht der sozialökonomische Charakter einer sozialistischen Marktwirtschaft? Welche Beziehungen bestehen in ihr zwischen sozialistischen und kapitalistischen Verhältnissen? Welche Produktionsweise dominiert in China? Handelt es sich um eine sozialistische oder um eine kapitalistische Gesellschaftsformation? Diese Frage ist nicht nur von akademischem Interesse, denn wird China als sozialistischer Staat aufgefasst, folgt daraus, dass der chinesischen Regierung die Solidarität der Linken gilt. Kommt man dagegen zu dem Ergebnis, dass die KP Chinas für die Restauration kapitalistischer Verhältnisse verantwortlich ist, so wird man nach anderen Trägern einer sozialistischen Transformation suchen müssen.

Unabhängig davon, wie man die chinesische Gesellschaftsformation grundsätzlich einschätzt, bleibt die Frage bestehen, wie die besondere ökonomische Dynamik Chinas zu erklären ist. Welche Unterschiede bestehen zwischen der «sozialistischen Marktwirtschaft» in China und den anderen Entwicklungsländern in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft sowie zwischen China und den untergegangenen staatssozialistischen Ländern Europas? Welche Konsequenzen lassen sich aus den konkreten Erfahrungen und Ergebnissen der Entwicklung in China für eine zukünftige Transformation des Kapitalismus ableiten?

Die Beiträge von Helmut Peters, Daniel Fuchs und Werner Birnstiel kommen bei der Charakterisierung der chinesischen Gesellschaftsformation zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen. Helmut Peters betont zunächst, dass die chinesischen Kommunisten nach der siegreichen Revolution mit feudalen und vorkapitalistischen Verhältnissen konfrontiert waren, die einem unmittelbaren Übergang zum Sozialismus entgegenstanden. Der Reformprozess seit 1978 erscheint bei Peters zunächst als notwendige Korrektur des durch Mao geförderten Missverständnisses, dass China mit einem «großen Sprung nach vorne» in kurzer Zeit den Sozialismus realisieren könnte. Den Übergang zur «sozialistischen Marktwirtschaft» begreift Peters als den – relativ erfolgreichen – Versuch, überhaupt erst die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus, das heißt vor allem hochentwickelte Produktivkräfte in China zu schaffen und dabei die Kräfte des Kapitals für dieses Ziel zu nutzen. Die Marktwirtschaft führt jedoch zugleich, wie Peters darstellt, zu wachsenden Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den sozialistischen Zielsetzungen und der erweiterten Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Peters sieht China einerseits nach wie vor als eine Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus, andererseits zeigt er, dass die sozialistische Perspektive zunehmend aus dem Blick geraten ist und dass die Gefahr besteht, dass China in eine kapitalistische Gesellschaft abrifft.

Daniel Fuchs kritisiert die Auffassung, dass China eine Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus sei, als teleologisch und nicht der Realität entsprechend. Er zeigt, wie durch den Reformprozess der letzten Jahrzehnte sukzessive kapitalistische Produktionsverhältnisse eingeführt wurden, die seiner Ansicht nach längst dominant

geworden sind. Die Einführung von neuen Formen der sozialen Sicherung und die Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse betrachtet Fuchs als Reaktion der Regierung auf zunehmende Arbeitskämpfe, die ihrerseits ein Resultat der kapitalistischen Ausbeutung sind. Derartige Maßnahmen seien charakteristisch für kapitalistische Staaten und hätten mit Sozialismus nichts zu tun.

Werner Birnstiel hinterfragt dagegen in seinem Beitrag, ob ein überkommenes Sozialismusverständnis ein geeigneter Maßstab zur Beurteilung der Politik der KP Chinas ist. Er weist darauf hin, dass es notwendig ist, die konkreten Erfahrungen in und mit China für die Weiterentwicklung der Vorstellungen der Linken von einer sozialistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu analysieren und auszuwerten. Aus Birnstiels Sicht sprechen die Erfolge der chinesischen Regierung etwa bei der starken Verringerung des Anteils der in Armut Lebenden, der Erhöhung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen und der Verlängerung des durchschnittlichen Lebensalters für sich. Die Politik und Strategie der KP Chinas zielen darauf, die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in einen regulierten sozialen Fortschritt für einen immer größeren Teil der Bevölkerung umzusetzen. Dabei gelte es, wirksame Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für die circa 270 Millionen Wanderarbeiter, eine konsequente Beachtung der Umwelterfordernisse und sichtbare Fortschritte im Kampf gegen Korruption, Bürokratie und Formalismus zu erreichen. Birnstiel sieht als entscheidend an, die demokratischen Prozesse im Rahmen der für China spezifischen Konsultativdemokratie zu stärken, um damit die zunehmende marktwirtschaftliche Entwicklungsvielfalt mit der sich ausprägenden politischen Meinungs- und Handlungsvielfalt zu verknüpfen.

Im zweiten Teil der Konferenz standen die sozialen und ökologischen Probleme Chinas im Vordergrund, die exemplarisch anhand ausgewählter Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung thematisiert wurden. Dabei ging es vor allem darum, die tiefen Widersprüche und Konflikte in sozialer und ökologischer Hinsicht zu charakterisieren, die ungeachtet der großen Erfolge weiter bestehen und wirken. Sie resultieren vor allem aus der starken Differenzierung der Einkommen, speziell zwischen Stadt und Land und zwischen den Regionen, und betreffen insbesondere die Wanderarbeiter. Dass die Partei- und Staatsführung sich dieser Probleme durchaus bewusst ist und nach Wegen zu deren Lösung sucht, zeigen die Beschlüsse des 18. Parteitagess der KP Chinas im November 2012 und des 3. Plenums des ZK der KP Chinas ein Jahr später.

Bettina Gransow stellt in einer detaillierten Fallstudie die sozialen Auseinandersetzungen in einem Stadtteil von Guangzhou dar, die mit der Sanierung des Viertels und der Verdrängung der bisherigen Einwohner einhergingen. Die dargestellten Kämpfe sind durchaus mit ähnlichen Auseinandersetzungen in anderen Ländern vergleichbar, die aus der Verwertung des städtischen Bodens resultieren. Das Verdienst der Studie von Gransow besteht unter anderem darin, dass sie die vom Verdrängungsprozess betroffenen Bewohner nicht nur als Opfer, sondern als Subjekte beschreibt, die auf

vielfältige, kreative Weise und zum Teil erfolgreich Widerstand leisten. Deutlich wird auch, dass verschiedene soziale Gruppen unterschiedlich von dem Verdrängungsprozess betroffen sind und in unterschiedlichem Maße in den Genuss von staatlichen Entschädigungen kommen.

Eva Sternfeld stellt in ihrem Beitrag eindringlich die dramatischen Umweltprobleme dar, mit denen die Industrialisierung Chinas verbunden ist. Sie skizziert die sozialen Kämpfe, die die von den ökologischen Problemen betroffene Bevölkerung führt, und die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die versuchen, auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Sternfeld macht deutlich, dass zwar eine Institutionalisierung von Umweltpolitik stattgefunden hat, diese jedoch bisher den privaten und staatlichen Interessen an weiterem Wirtschaftswachstum untergeordnet ist. Charakteristisch ist, dass umweltpolitische Vorgaben der Zentralregierung auf lokaler Ebene nicht unbedingt implementiert werden, aber auch, dass ökologisch orientierte Proteste dann mit besonderer Repression zu rechnen haben, wenn sie nicht nur lokalen Charakter haben, sondern überregionale Bedeutung gewinnen und grundsätzlichere Fragen der Demokratie aufwerfen.

Der dritte Themenkomplex der Tagung drehte sich um die Bedeutung Chinas in der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Hier wurden wichtige Aspekte der weltwirtschaftlichen Verflechtungen Chinas und deren Auswirkungen auf den kapitalistischen Krisenzyklus und die globalen Machtverschiebungen und geopolitischen Konflikte analysiert und bewertet.

Hansjörg Herr kommt in seiner Analyse der Entwicklung Chinas ähnlich wie Daniel Fuchs zu dem Ergebnis, dass es sich um ein kapitalistisches Land handelt. Er betont jedoch die Unterschiede, die gegenüber anderen kapitalistischen Staaten bestehen. Herr sieht den ökonomischen Erfolg Chinas in der staatlichen Bändigung der kapitalistischen Kräfte begründet. So seien bisher etwa ausländische Direktinvestitionen im industriellen Sektor gezielt gefördert worden, während kurzfristige Portfolioinvestitionen unterbunden würden. Die strikte Finanzmarktregulierung und der große Umfang staatlicher Investitionen hätten zur Stabilität des Wachstumsprozesses beigetragen. Wie sich China weiterentwickelt, hänge deshalb von der zukünftigen Dynamik der Liberalisierung ab. Eine Schranke des chinesischen Wirtschaftswachstums sieht Herr darin, dass es keine freien Gewerkschaften gibt und dass die Lohnentwicklung und der Binnenkonsum der Produktion hinterherhinken. Bei der Analyse der internationalen Währungsbeziehungen kommt Herr zu dem Ergebnis, dass der chinesische Renminbi den US-Dollar kurz- und mittelfristig wohl nicht als Weltgeld ablösen wird.

Stefan Schmalz vertritt in seinem Beitrag in Anlehnung an Fernand Braudel und Giovanni Arrighi die These, dass wir gegenwärtig in einer Periode des Übergangs leben, in der die US-Hegemonie abgelöst wird, während sich China als neuer Wachstumspol der Weltwirtschaft herausbildet. Bisher sei noch unklar, ob China die USA nicht auch politisch als Hegemon ablösen könne. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas

spiegele sich bisher erst ansatzweise in den globalen Machtverhältnissen wider. Die Diskrepanz zwischen den sich abzeichnenden globalen ökonomischen, politischen und militärischen Verschiebungen und den etablierten Strukturen des kapitalistischen Weltsystems könnte, so das Resümee von Schmalz, zu einem neuen Kalten Krieg führen.

Die Beiträge in diesem Band kommen bei der Beurteilung der Entwicklung Chinas zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen. Dabei wird deutlich, dass dies auch an den unterschiedlichen Maßstäben liegt, die hier angelegt werden. Je nachdem, ob man eher die unmittelbaren Erfolge der Industrialisierung Chinas oder aber sozialistische Zielvorstellungen zum Bezugspunkt nimmt, ob man in der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eher die Produktivkraftentwicklung oder die Entwicklung der Produktionsverhältnisse betont, kommt man zu unterschiedlichen Ergebnissen. Unstrittig ist jedoch, dass die Entwicklung Chinas von welthistorischer Bedeutung ist und dass selbst noch scheinbar weit entfernte Probleme, wie etwa die Eurokrise, davon nicht unberührt bleiben. Denn die ungleiche Entwicklung in Europa wird zum Teil auch dadurch bestimmt, wie die Länder Europas sich in die Veränderungen der globalen Arbeitsteilung einfügen, die sich durch den Aufstieg Chinas ergeben. Daher wird die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas und ihrer globalen Auswirkungen weiterhin unsere Aufmerksamkeit erfordern.

Literatur

Anderson, Perry (2010): Zwei Revolutionen. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion, in: *Lettre International* 89, 54–65.

Helmut Peters

DAS KAPITAL UND DIE «SOZIALISTISCHE MARKTWIRTSCHAFT» IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Die Ende der 1970er Jahre einsetzende Reform- und Öffnungspolitik der Kommunistischen Partei (KP) Chinas war im Kern von Anfang an auf die Schaffung eines neuen Wirtschaftssystems gerichtet, das die Entwicklung moderner gesellschaftlicher Produktivkräfte zu beschleunigen vermochte. Die KP Chinas entschied sich letztlich für die «sozialistische Marktwirtschaft».

Sozialismus und Marktwirtschaft auf China bezogen sind deshalb die beiden Aspekte, die im Mittelpunkt dieser Abhandlung stehen und anhand der gesellschaftlichen Realitäten in ihrem Zusammenhang analysiert werden. Dazu bedarf es zunächst einer Einschätzung des Charakters und der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft seit Gründung der Volksrepublik. Größeren Raum nimmt das Anliegen ein zu erkunden, weshalb sich die KP Chinas der Marktwirtschaft zuwandte und welche Erfahrungen das chinesische Experiment bisher vermittelt, materielle Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung durch Nutzung der Marktwirtschaft zu entwickeln.

1 Die Volksrepublik China – eine Übergangsgesellschaft

Die Gesellschaft der Volksrepublik China ging aus einer fast dreitausend Jahre alten Ackerbaugesellschaft hervor. Nach Untersuchungen chinesischer Historiker beruhte diese vorkapitalistische Feudalgesellschaft auf der asiatischen Produktionsweise (Yu 2014). Wesentliche Kennzeichen dieser Produktionsweise in China waren ein starker und bürokratisierter zentraler Absolutismus, eine sich auf den Ahnenkult stützende Clanherrschaft an der Basis der Gesellschaft, ein dominierendes staatliches Eigentum an Grund und Boden, die verbreitete Bewirtschaftung des Bodens der Großgrundbesitzer durch Pachtbauern, eine sich selbst genügende Naturalwirtschaft, die Verbindung von Agrikultur und Hausindustrie sowie der politisch freie Kleinbauer, der sich aber in einem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zum Staat und zu den Großgrundbesitzern befand. Diese Ackerbaugesellschaft brachte eine der gro-

ßen Weltkulturen hervor, die von außen Eindringendes sinisierte und harmonisch eingemeindete, sich über die Geschichte definierte und damit ständig ein nationales Bewusstsein von der Größe und Einmaligkeit Chinas reproduzierte. In dieser Gesellschaft herrschte zugleich die konfuzianische Gesellschafts- und Morallehre, die die Ein- und Unterordnung eines jeden bis in die Familie hinein, seinen Platz und seine Verhaltensnormen festlegte. In dieser Gesellschaft war der Einzelne ein Nichts, die Masse als Instrument der Politik der Herrschenden alles. Diese Gesellschaft und ihre Geschichte waren im Denken und Handeln des Volkes, in seiner Psyche und in seinen Traditionen tief verwurzelt.

Trotz hundert Jahren kolonialer China-Politik der ausländischen kapitalistischen Mächte und des Zerfalls der Monarchie war diese Gesellschaft bis 1949 im Wesentlichen erhalten geblieben. Zu diesem Zeitpunkt machte der Anteil der modernen (kolonial deformierten) Wirtschaft weniger als zehn Prozent aus, der Anteil des Proletariats an der erwerbstätigen Bevölkerung lag bei zwei bis drei Prozent. Die nationale Bourgeoisie war ökonomisch und politisch zu schwach, um sich als selbstständige gesellschaftliche Kraft konstituieren zu können. Der Citoyen, der Bürger, war noch nicht geboren. Das patriarchalische Dorf prägte weiterhin maßgeblich Charakter und Entwicklungsstand der Gesellschaft. Die Einheit von Agrikultur und Hausindustrie war noch nicht aufgelöst, und die Naturalwirtschaft bestimmte weiterhin Produktion und Reproduktion auf dem Land.

Diese Gesellschaft hatte folglich keinen halbfeudalen (anders ausgedrückt: halbkapitalistischen) Charakter, wie offiziell verlautbart wird, sondern im Wesentlichen einen vorkapitalistischen. So kommen auch eine Reihe chinesischer Historiker zu der Einschätzung, dass die vorrevolutionäre chinesische Gesellschaft «einen spätfudalen, im Lenin'schen Sinne einen vorkapitalistischen Charakter hatte» (Yi 2004). Der Sache nach teilte selbst Mao Zedong 1949 noch diese Position, als er 90 Prozent der Wirtschaft des Landes dem «alten China» zuordnete (Mao 1960: 1484).

Die neue Gesellschaft der Volksrepublik entwickelte sich auf dem historischen Boden dieser alten Gesellschaft. Es war deshalb unvermeidlich, dass das Alte im gesellschaftlichen Leben der Volksrepublik noch erheblich und auf lange Zeit die neue Entwicklung beeinflussen würde. So prägte die Naturalwirtschaft die Landwirtschaft und die dörfliche Entwicklung bis in die 1980er Jahre hinein. Der Anteil der Warenproduktion bei Getreide zum Beispiel belief sich 1980 erst auf 25 Prozent (Xue 1982: 5). Im gleichen Jahr forderte Deng Xiaoping, die vielfältigen Überreste des Feudalismus im Kadernsystem, in den Beziehungen zwischen oberer und unterer Ebene, zwischen Kadern und Massen und in der gesellschaftlichen Stellung der Bürger zu erkennen und auszumerzen (Deng 1983). In der chinesischen Literatur wird auch heute noch darauf aufmerksam gemacht, dass sich konservative Elemente der alten Ackerbaugesellschaft dem Fortschritt in den Weg stellen.

Der Übergang Volkschinas zum Sozialismus gestaltet sich unter diesen Umständen und angesichts der Größe des Landes besonders kompliziert und langwierig und muss

in mehreren Etappen verlaufen. Mao Zedong sah das anders. Er brach mit seiner eigenen Theorie von der «Neuen Demokratie» und leitete 1953 nach der Wiederherstellung der Volkswirtschaft den direkten Übergang zum Sozialismus ein. Mao begann, die nationalen Gegebenheiten «aufzuwerten»; für ihn vollzog sich in China ein Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (Mao 1978: 263). Nach einer forcierten Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Stadt und Land – unter den Bedingungen der überlieferten ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit dem Charakter nach eine formale Vergesellschaftung – in nur vier Jahren verkündete er den «Sieg der sozialistischen Revolution» und «die Errichtung der sozialistischen Ordnung» (Mao 1957: 434, 445). Bereits kurz nach dem Abschluss des VIII. Parteitag am 27. September 1956 veröffentlichte die zentrale Tageszeitung der KP Chinas, die *Renmin Ribao*, einen Leitartikel unter der Überschrift «Die sozialistische Revolution ist im Wesentlichen beendet». Das war der erste Versuch Maos, «zu springen» – vom Mittelalter in den Sozialismus. Ursprünglich im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte für einen Zeitraum von drei Fünfjahresplänen gedacht, galt nun mit der «im Wesentlichen abgeschlossenen sozialistischen Umgestaltung» allen Privateigentums an Produktionsmitteln die Übergangsperiode bereits als abgeschlossen. Das ist eine politische Aussage, die einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhält. Mao, für den die chinesische Revolution 30 Jahre zu spät gekommen war, hatte es eilig, noch vor der Sowjetunion den Kommunismus zu erreichen. Es folgte der zweite Versuch «zu springen» – vom «Sozialismus» in den Kommunismus. Jedes Mal war, wie seit den Tagen in Yan'an, eine politisch-ideologische Kampagne vorausgegangen, um «die Festung sturmreif zu schießen». Im Ergebnis dieser Politik besaß die Volksrepublik zwar die Atom- und Wasserstoffbombe und vermochte es, Satelliten ins All zu schießen, doch sie hatte nicht nur, wie es Deng Xiaoping sah, 20 Jahre in ihrer Entwicklung verloren – Mao Zedongs «großer Sprung nach vorn» und sein Experiment mit der Volkskommune kostete auch über 30 Millionen Menschen ihr Leben.¹ Der XIII. Parteitag der KP Chinas 1987 kam vor diesem Hintergrund zu der Einschätzung, dass das Land die Phase der «Armut und Rückständigkeit» eines «auf manueller Arbeit beruhenden Agrarlandes» mit einem «sehr großen Anteil der Naturalwirtschaft» noch nicht verlassen und deshalb ein «sehr langes Anfangsstadium des Sozialismus» zu durchlaufen habe (XIII. Parteitag 1988). Das war eine realistische Einschätzung. Umso unverständlicher erscheint deshalb die Aussage, in China bestehe bereits eine sozialistische Gesellschaft, wenn auch erst im Anfangsstadium: China befinde sich an einem Punkt seiner Entwicklung, der «sich sowohl von der Übergangsperiode, in dem die ökonomische Grundlage des Sozialismus noch nicht gelegt worden ist, als auch der Etappe unterscheidet, in der die sozialistische Modernisierung bereits verwirklicht worden ist» (ebd.: 10). Der Kongress

1 Liu Shaoqi schätzte 1962 auf der großen nationalen Kaderkonferenz ein, dass dieses Desaster zu 70 Prozent auf die Politik und zu 30 Prozent auf die Naturkatastrophe zurückzuführen sei.

hat es, aus welchen Gründen auch immer, vorgezogen, an der von Mao getroffenen pragmatisch-politischen Interpretation der Übergangsperiode in China festzuhalten. Sozialismus kann als Bewegung, aber auch – wie bei Mao Zedong und dem XIII. Parteitag – als eine Gesellschaftsformation verstanden werden. Welche Kriterien sind anzulegen, um vom Sozialismus als einer Gesellschaftsordnung sprechen zu können?

Dazu gibt es eine grundlegende Überlegung Lenins, die nach seinem Tod in der sozialistischen Bewegung in Vergessenheit geriet. Es ging ihm um die Bedeutung der «bürgerlichen Kultur» für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsformation. Lenin verstand darunter die Aneignung des materiellen und geistigen Fortschritts der Menschheit im Kapitalismus. Er sah darin die «zivilisatorische Voraussetzung» für den Aufbau des Sozialismus.² Die Aneignung dieses Fortschritts der Menschheit bedingt natürlich eine schonungslose und zugleich differenzierte Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft. An diesem Kriterium gemessen ist China – ähnlich wie es aus meiner Sicht seinerzeit die Länder des «realen Sozialismus» trotz allem gesellschaftlichen Fortschritt waren – noch deutlich davon entfernt, die «zivilisatorische Voraussetzung» für den Sozialismus als Gesellschaftsordnung geschaffen zu haben. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich mit der Gründung der Volksrepublik eine *Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus* herauszubilden begann. In diesem Sinne ist China ein sozialistisches Land, es strebt eine sozialistische Gesellschaft an. Die historische Mission der KP Chinas in dieser Übergangsgesellschaft besteht darin, auf der Grundlage der Aneignung der «bürgerlichen Kultur» einen den nationalen Gegebenheiten entsprechenden Weg zum Aufbau des *Sozialismus als Gesellschaftsordnung* zu bahnen. Dabei besteht über lange Zeit, vor allem beim Fehlen günstiger internationaler Bedingungen, aber auch die akute Gefahr, in eine kapitalistische Gesellschaft abzudriften. Das ist insgesamt gesehen die gesellschaftliche Problematik im gegenwärtigen China.

2 Die Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem für eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte

Die sich seit Ende des Jahres 1978 entwickelnden Debatten über das neue Wirtschaftssystem konzentrierten sich auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Plan und Markt, Regierung und Markt, Regierung und Unternehmen und auf die Beziehungen zwischen innerer und äußerer wirtschaftlicher Entwicklung.

Mit dem «Beschluss des ZK der KP Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems» vom 20. Oktober 1984 wurden die Erfahrungen aus den Reformexperimen-

2 Diese Dialektik von Aneignung und Auseinandersetzung bei Lenin wurde später in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ignoriert. Die Auseinandersetzung verdrängte z. B. im «realen Sozialismus» die Aneignung. Mit der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas bewirkte der tief verwurzelte chinesische Pragmatismus, dass die Auseinandersetzung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde und sich konvergenztheoretische Auffassungen verbreiteten.

ten der vorausgegangenen fünf Jahre zusammengefasst. In diesem Dokument waren unter Führung des damaligen Generalsekretärs Hu Yaobang erstmals Überlegungen über die staatliche Wirtschaft in einem *sozialistisch orientierten Wirtschaftssystem* zusammengetragen worden. Dieser Ansatz für die Entwicklung eines neuen sozialistisch orientierten Wirtschaftssystems wurde von der KP Chinas jedoch nicht weiter verfolgt. In den Mittelpunkt der weiteren Debatte um das neue Wirtschaftssystem rückte Deng Xiaoping bereits ein Jahr später die Nutzung ausländischen Kapitals und die Hinwendung zur Marktwirtschaft. Im Oktober 1985 formulierte er seine These, dass «zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft kein Widerspruch» bestehe: «Die Frage ist, mit welcher Methode die Produktivkräfte wirklich energischer entwickelt werden können.» (Deng 1992: 148 ff.) Der XIII. Parteitag 1987 mit seiner Orientierung auf die Schaffung eines «Systems der geplanten Warenwirtschaft» betonte bereits die Warenwirtschaft als Grundlage des Systems. Plan und Warenwirtschaft sollten zwar auf der Grundlage des Wertgesetzes eine Einheit bilden, doch der Wirtschaftsmechanismus sollte nach dem Grundsatz «Der Staat reguliert den Markt, und der Markt leitet die Betriebe an» funktionieren (XIII. Parteitag 1988: 35). Vertreter der marktwirtschaftlichen Richtung nutzten diese Orientierung, um in der Provinz Guangdong eine «Reform unter Dominanz des Marktes» (*shichang daoxiang de gaike*) einzuleiten.³ Dieser Schritt wurde vom ZK der Partei als «komplexes Experimentierfeld für die Reform und Öffnung des Landes» durch einen Beschluss sanktioniert. In Guangdong ging es in diesem Reformschritt darum, im «Geiste des Parteitags» die bereits eingeleitete Regulierung durch den Markt *nach dem Beispiel der entwickelten kapitalistischen Länder* zu erweitern.

Zu Beginn der 1990er Jahre zog Deng Xiaoping aus seinen Studien des «modernen Kapitalismus» zwei entscheidende Schlussfolgerungen. Er konstatierte, dass die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ein sehr langer Prozess sein wird, weil der moderne Kapitalismus «auch über die Funktion verfügt, sich selbst zu regulieren», und dadurch «noch Raum für seine Entwicklung hat». «Politiken zur Regulierung» des Kapitalismus sah Deng in der Einmischung des Staates (in die Wirtschaft), in «einer im Westen verbreiteten Politik der öffentlichen Wohlfahrt» und in der Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Produktion (zitiert nach Wang 2004: 31). Er schätzte ein, dass der «moderne Kapitalismus» noch lange Zeit über eine höhere Produktivität als der Sozialismus verfügen würde. Daraus ergab sich offensichtlich seine zweite Schlussfolgerung: China müsse sich, um die Entwicklung seiner Produktivkräfte (im «Anfangsstadium des Sozialismus» – d. V.) beschleunigen zu können, der Wirtschaftsweise des modernen Kapitalismus bedienen. Der KP Chinas blieb nur dieser Schritt, um angesichts der inneren und äußeren Lage das Tempo bei der

3 Vgl. Zeng Muye (2005): Die Marktwirtschaft ist kein glatter Weg, in: Guangzhou Ribao, zitiert nach: Renmin Wang, 25.12.2005. Zeng war damals stellvertretender Parteisekretär und Präsident der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der Provinz Guangdong.

Überwindung der Rückständigkeit und der Modernisierung des Landes erhöhen zu können. Das war letztlich eine Existenzfrage für die Volksrepublik; denn beim Stand seiner Entwicklung war China auf absehbare Zeit objektiv nicht in der Lage, eine dem Kapitalismus überlegene sozialistische Wirtschaftsweise zu entwickeln. Das Kapital konnte als Vehikel für den Fortschritt in China genutzt werden. Es ist zwar «von Übel gegenüber dem Sozialismus», aber auch «ein Segen gegenüber dem Mittelalter» (Lenin). Objektiv ist eine solche Zusammenarbeit mit dem Kapital eine besondere Form des Klassenkampfes, die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus miteinander verbindet. Die Schlussfolgerungen Dengs aus seinen Betrachtungen des modernen Kapitalismus spiegelten sich in den Reden während seiner «Reise in den Süden» Ende 1991/Anfang 1992 wider. Kurz darauf beschloss der XIV. Parteitag der KP Chinas den «Sozialismus chinesischer Prägung» auf der Grundlage der «sozialistischen Marktwirtschaft» zu entwickeln.

Nach dem Tode Dengs wurde seine Theorie über den Aufbau des Sozialismus in Ländern wie China als Weiterentwicklung des Wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin herausgestellt. Ein führender Vertreter der Abteilung Wissenschaftlicher Sozialismus an der Parteischule des ZK der KP Chinas drückte diese Einschätzung auf einem Forum zum hundertsten Geburtstag Deng Xiaopings in einem Vergleich aus: «Marx entwickelte sein Verständnis für den Sozialismus aus der Kritik am Kapitalismus. Lenin wollte den Sozialismus aufbauen, indem er den Kapitalismus ausnutzte. Nach Auffassung Deng Xiaopings ist der Sozialismus durch das Lernen vom Kapitalismus zu errichten.»⁴

3 Der Übergang zur Marktwirtschaft in der Wirtschaftspolitik

Die chinesische Gesellschaft wird offiziell als «Gesellschaft vom Typ des Wandels» bezeichnet. Das bezog sich zunächst⁵ auf den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, die seit zwei Jahrzehnten im Rahmen der Entwicklung der ökonomisch-finanziellen Beziehungen Chinas mit der kapitalistischen Weltwirtschaft betrieben wird. Auch wenn die damit verbundene wesentliche Veränderung in der Wirtschaftsweise oftmals nur als einfacher Wechsel in der Methode der Wirtschaftsführung propagiert wird, um den «sozialistischen» Charakter der Volkswirtschaft nicht infrage zu stellen, so handelt es sich in der Realität doch um einen Systemwechsel. Und das vor allem aus drei Gründen: *Erstens*. Die KP Chinas setzt auf die Triebkräfte der kapitalistischen Wirtschaftsweise; diese sind jedoch organisch mit dem Prozess der Realisierung des Kapitals verbunden. *Zweitens*. Kapital agiert im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft; die Nutzung von Kapital in den Größenordnungen der Politik der KP Chinas setzt deshalb die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft in

4 Diskussionsbeitrag von Prof. Qin Gang, in: Renmin Wang, 19.7.2004 (chinesisch).

5 Heute wird dieser Wandel auch als Übergang von einer extensiven Produktion und Reproduktion zu einer intensiven, von Wissenschaft und Technik bestimmten Entwicklung der Wirtschaft verstanden.

China an die moderne internationale Marktwirtschaft des Kapitals voraus. *Drittens*. China betreibt in zunehmendem Maße Kapitalexport und beteiligt sich am internationalen Finanzinvestment, um seinen Bedarf an natürlichen Ressourcen und moderner Technik abzudecken und vom internationalen Kapitalverkehr zu profitieren. Das erfordert von China, sich in den Regeln der kapitalistischen Weltwirtschaft zu bewegen. Was ergibt sich daraus? In China existiert und entwickelt sich keine «sozialistische» Marktwirtschaft. Es waren vielmehr ökonomische Verhältnisse des Kapitals, denen sich die KP Chinas 1992 zuwandte, um sich neue Stimuli für «die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte» zu erschließen. Gleichzeitig bemühte sich die KP Chinas in der Folgezeit, diese Marktwirtschaft mit Elementen mittel- und langfristiger Planung, strukturellen Reformen und Förderungen spezieller Entwicklungen zu verknüpfen.

Deng Xiaoping war sich bewusst, dass sich mit dem Übergang zur Marktwirtschaft ein Systemwechsel in der Wirtschaft vollzieht. Deshalb war es für ihn von erstrangiger Bedeutung, dass in diesem Wandel die sozialistische Entwicklungsperspektive vor allem durch zwei Faktoren gesichert blieb – die ungefährdete Führung der KP Chinas und die Dominanz des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln in der Wirtschaft. Nun könnte die Frage gestellt werden, ob bei Absicherung dieser beiden Bedingungen, der politischen und der ökonomischen Macht, überhaupt von ökonomischen Verhältnissen des Kapitals die Rede sein kann. Die politische Macht in China agiert unter der Voraussetzung, die Triebkräfte der neuen Wirtschaftsweise möglichst umfassend zu nutzen. Sie kann diese neue Wirtschaftsweise in bestimmtem Ausmaße regulieren und begrenzen, sie ist jedoch nicht imstande, ihren Charakter zu verändern, ohne die Triebkräfte, die dieser Wirtschaftsweise innewohnen, einzubüßen. Was hier zu hinterfragen wäre, sind vielmehr der Raum, der dem Kapital überlassen wird, und die damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen. Das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln wird nicht nur unter der gleichen Voraussetzung realisiert. Um die neue Art von Triebkräften umfassend nutzen zu können, muss das staatliche wie generell das gemeinnützige Eigentum an Produktionsmitteln überdies der neuen Wirtschaftsweise angepasst werden. In diesem Prozess kommt ihm zugleich die Aufgabe zu, ökonomisch die Sicherheit des Staates zu gewährleisten und die sozialistische Perspektive offen zu halten. In Zeiten, in denen diese Problematik in China offener debattiert wurde, war es durchaus nicht ungewöhnlich, von einer «kapitalistischen Basis» und einem «sozialistischen Überbau» zu sprechen (Wang 2004).

Deng erkannte nicht, dass die Nutzung der Triebkräfte des neuen Wirtschaftssystems die Anpassung auch des staatlichen Eigentums an die Gesetze und Regeln der Marktwirtschaft (z. B. die freie Verfügung des selbstständigen und unabhängigen Marktsubjekts über das Eigentum, die Existenz des doppelt freien Lohnarbeiters, das Streben nach Maximalprofit) bedingt. Er unterschätzte auch den Einfluss dieser Marktwirtschaft auf die Gesellschaft und die noch ungefestigte sozialistische Perspektive Chinas.

Der Systemwechsel ist noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor gibt es Elemente der ehemaligen Planwirtschaft, die die Wirkungsweise der Marktwirtschaft in bestimmten Bereichen der Wirtschaft eingrenzen. So hat die Regierung bisher im Wesentlichen weiterhin die Aufstellung der Ressourcen für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vorgenommen, sie regiert bisher vielfach noch in die Unternehmen hinein, und die Beamten haben bisher die geschaffenen marktwirtschaftlichen Institutionen wie den Kapitalmarkt im Interesse der Regierung direkt gemanagt. Während das nicht staatliche Kapital bereits voll in die Marktwirtschaft integriert ist, trifft das bislang nur auf einen Teil des staatlichen Sektors zu. Deshalb heißt es offiziell, die bestehende Marktwirtschaft sei noch anfänglicher Art. Seit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2002 ist sie dennoch zunehmend der globalen Marktwirtschaft des Kapitals angeglichen worden. Ihre bisher unterschiedliche Entwicklung ist zum einen der Größe Chinas und zum anderen den erheblichen Unterschieden im Entwicklungsstand der einzelnen Regionen geschuldet.

Bereits in den 1980er Jahren ging die Regierung dazu über, auf vertraglicher Basis mit den Leitern der staatlichen Unternehmen das Eigentumsrecht vom Bewirtschaftungsrecht zu trennen und den Betrieben einen Teil des Gewinns zu überlassen, um ihnen eine relative Selbstständigkeit auf dem Markt einzuräumen. In dieser Zeit begann sich mit der Bildung von Privateigentum an Produktionsmitteln auch der Arbeitsmarkt herauszubilden.

Der erste entscheidende Schritt zur Anpassung der staatlichen Unternehmen an die Marktwirtschaft setzte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit der «Veränderung des Systems» (*gai zhi*) ein (Chang/Da 2005). Zwischen Ende 2003 und November 2004 wurden über 75 Prozent aller staatlichen Unternehmen in diesen Prozess einbezogen. «Veränderung des Systems» bedeutete einerseits Privatisierung – fast 30 Prozent der in diese Kampagne einbezogenen Unternehmen wurden privatisiert, darunter auch viele große Unternehmen. Nicht selten wurden sie von den örtlichen Regierungen zu niedrigen Preisen an die bisherigen Manager übereignet. Hauptsächlich wurde jedoch die Bildung von Aktiengesellschaften als «das moderne Unternehmenssystem» auf dem Wege der Reorganisation oder bei der Fusion von Unternehmen angestrebt. In diesen Aktiengesellschaften verfügt entweder der Staat (zu jener Zeit in zentralen Unternehmen zu 93 Prozent) oder das Privatkapital über die Aktienmehrheit. Schließlich ging ein Teil der unrentablen Unternehmen in die Insolvenz.

Mit diesen Veränderungen vergrößerte sich der Kontrast zwischen Unternehmen, die auf dem Markt agierten, und denen, die nicht in die Marktwirtschaft integriert wurden. Letztere, darunter viele administrative Monopolunternehmen, wurden in ihrer Entwicklung durch bedeutende staatliche Investitionen gefördert. Das Konjunkturpaket vom 5. November 2008 in Höhe von etwa vier Billionen Yuan (etwa 560 Milliarden US-Dollar) wurde fast ausschließlich im Bereich dieser staatlichen Unternehmen eingesetzt.

Eine zweite wesentliche Seite dieser Systemveränderung war die Auflösung der traditionellen Bindung der Beschäftigten an das staatliche Eigentum und der Übergang zu Arbeitsverhältnissen zwischen «Arbeitgeber und Arbeitnehmer», die 2006 mit dem «Gesetz über den Arbeitsvertrag» eine gesetzliche Grundlage erhielten. Nach chinesischen Einschätzungen war die *Veränderung des Status der Angestellten und Arbeiter* in den staatlichen Unternehmen die größte Schwierigkeit in diesem Prozess. Vor die Frage der Abfindung gestellt, wählte die Mehrheit der betroffenen Arbeiter den Erhalt des Arbeitsplatzes. Insgesamt schieden in der Kampagne «Veränderung des Systems» etwa 30 Millionen Arbeiter aus dem staatlichen Sektor der Wirtschaft aus.

Die KP Chinas hat sich mit dem Beschluss über die «allseits zu vertiefende Reform» vom Oktober 2013 die Aufgabe gestellt, den Übergang zur Marktwirtschaft in den nächsten Jahren abzuschließen. Dafür gelte es, wie es im Beschluss heißt, alle «Systemhindernisse» zu beseitigen. Mit diesem Reformschritt wird Kurs auf die Durchsetzung der «entscheidenden Rolle des Marktes» bei der Aufstellung der Ressourcen im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft genommen. Generalsekretär Xi Jinping sieht darin «einen wichtigen theoretischen Durchbruch, der eine außerordentliche Rolle in der Reform und Öffnung für die ökonomisch-soziale Entwicklung unseres Landes spielen wird» (zitiert nach der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, 15.11.2013). Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte dieser Schritt gleichzeitig den kapitalistischen Elementen in der Wirtschaft neue, noch größere Spielräume eröffnen. Gegenwärtig konzentrieren sich die Anstrengungen auf eine klare Abgrenzung der Funktionen von Regierung und Markt und auf die seit Langem angekündigte Trennung von Regierung und Unternehmen.

Von grundlegender Bedeutung dürfte mit diesem Reformschritt der Kurs auf eine verstärkte Bildung von «gemischtem Eigentum» sein, das sich vor allem aus staatlichem und privatkapitalistischem Eigentum zusammensetzen soll. Die Beteiligung ausländischen Kapitals wird jedoch nicht ausgeschlossen. Im gemischten Eigentum kann die eine oder die andere Art des Eigentums bestimmend sein. Welches Ziel wird mit der Einführung dieser neuen Form des Eigentums verfolgt? Im Beschluss des ZK der Partei vom Oktober 2013 heißt es dazu: Diese Politik «ist von Nutzen für die Erweiterung der Funktionen, die Erhaltung und Erhöhung des Werts und die Stärkung der Konkurrenzkraft des staatlichen Kapitals. Sie ist von Nutzen für alle Arten von Eigentum, um die eigenen Mängel durch die Vorzüge der anderen wettzumachen, sich gegenseitig zu fördern und sich gemeinsam zu entwickeln.» (ZK 2013) Ergo: Vor allem soll das staatliche Kapital vom Privatkapital profitieren und damit seine Führungsrolle in der Wirtschaft qualifizieren. Zugleich verspricht sich die Parteiführung von dieser neuen Form der Zusammenarbeit von staatlichem und privatem Kapital einen deutlich höheren Beitrag der Wirtschaft für die Verwirklichung des «chinesischen Traums», der «Renaissance der großen chinesischen Nation» auf dem Wege zur Weltmacht. Möglicherweise spielt auch die «Empfehlung» der Weltbank im Report «China 30» eine Rolle, die übermäßige Präsenz des chinesischen staatlichen Eigentums im neuen

ökonomischen Modell für die weitere Anpassung an die ökonomische Globalisierung und einen wachsenden Einfluss Chinas auf die Weltwirtschaft zu reduzieren.

Vorgesehen ist eine weitere wesentliche Veränderung zugunsten des chinesischen Privatkapitals. Bei weiterer Stärkung der führenden Rolle des staatlichen Sektors sollen das Gemeineigentum und das privatkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln *in ihrer Funktion für die wirtschaftliche Entwicklung* gleichgesetzt und gleichberechtigt behandelt werden.

Wir stoßen hier auf eine wesentliche Veränderung in der Praktizierung von Sozialismus durch die KP Chinas. Wurde früher Wert auf die strukturelle Beschaffenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, zum Beispiel auf die Zusammensetzung und Beschaffenheit der Produktionsverhältnisse («Struktursozialismus») gelegt, so scheint sich das mit der Ausprägung der Reform- und Öffnungspolitik grundsätzlich geändert zu haben. Jetzt wird nicht mehr danach unterschieden, ob die Triebkräfte sozialistischen oder kapitalistischen Ursprungs sind, entscheidend ist allein, ob sie die «Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte» beschleunigen können («Funktionssozialismus»). Damit ist die Katzen-Theorie Deng Xiaopings in die Wirtschaftspolitik eingeführt: «Es spielt keine Rolle, ob die Katze weiß oder schwarz ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse.» War bereits zuvor die Tendenz aufgekommen, die Gestaltung der Produktionsverhältnisse gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte zu vernachlässigen, so könnte jetzt hinzukommen, dass die Katze Privatkapital ihren Einfluss auf den Charakter der Produktionsverhältnisse vergrößern wird – «... Hauptsache, sie fängt Mäuse».

4 Gesellschaftliche Auswirkungen des bisherigen Übergangs zur Marktwirtschaft

China hat in den letzten zwei Jahrzehnten seit der Einleitung des Übergangs zur Marktwirtschaft in der Modernisierung des Landes Fortschritte erreicht, die alle Welt aufhorchen ließen. Davon zeugen der erste Platz in der Erzeugung des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP), den China nach Berechnungen der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2014 einnehmen wird, die mit rund 3,5 Billionen US-Dollar größte Währungsreserve aller Länder, die Entwicklung Chinas zur Großmacht, der weltweit größte Fortschritt in der Zurückdrängung der Armut sowie ein in Teilen modernes China, das den Besucher empfängt. Diese gesellschaftlichen Veränderungen haben ihre Wurzeln in einer von der Marktwirtschaft erst anfänglich beeinflussten Politik. Gleichwohl ist der marktwirtschaftliche Einfluss in dieser Phase in einigen Bereichen nicht zu unterschätzen, das zeigt zum Beispiel der Anteil des ausländischen Kapitals von etwa zehn Prozent am BIP und von rund 50 Prozent am Export. Chinas Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten beweist, dass Marktwirtschaft als Wirtschaftsweise in Ländern dieser Entwicklungsstufe unter bestimmten Bedingungen eine Zeitlang durchaus erfolgreich für die Überwindung der Rückständigkeit und die Entwicklung materieller Voraussetzungen des Sozialismus genutzt werden kann. Der Preis dafür sollte jedoch nicht unterschätzt werden.

Differenziert ist auch der Charakter der Probleme und Widersprüche zu sehen, die im Gefolge dieser Entwicklung entstanden sind und heute das Gesicht der chinesischen Gesellschaft prägen. Im internationalen Vergleich des BIPs pro Kopf belegt China den 84. Platz – das entspricht einem Siebtel des BIPs pro Kopf in den USA oder einem Achtel des BIPs pro Kopf in Frankreich. Dieser geringe materielle Wohlstand und das insgesamt noch niedrige Niveau der Produktivkräfte sind ihrem Wesen nach Entwicklungsprobleme. Andere Probleme wiederum, wie die noch rückständige Landwirtschaft oder der zu geringe Anteil des Arbeitslohns von unter 40 Prozent am BIP (10–15 Prozent niedriger als der Weltdurchschnitt), haben ihre Ursache hingegen in einer Kombination von Marktwirtschaft und verfehlter Politik (Wei 2014).⁶ Das Wirken der Marktwirtschaft in China äußert sich als Widerspruch zwischen sozialistischer Entwicklung und Kapital sowie zwischen Arbeit und Kapital. Vernachlässigt die Politik diesen Widerspruch oder sprengt die Marktwirtschaft den ihr gesetzten Rahmen, droht der Verlust der sozialistischen Perspektive. Solche Momente lassen sich in der chinesischen Entwicklung bereits unschwer ausmachen.

So haben sich die Eigentumsverhältnisse und damit die Sozialstruktur einschneidend verändert. Das ist nicht allein auf den allgemeinen Fortschritt, sondern im besonderen Maße auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Marktwirtschaft zurückzuführen. Es ist eine neue Bourgeoisie entstanden, die ihren Anteil an der Erzeugung des BIPs von etwa 33 Prozent im Jahr 2003 auf gut 60 Prozent im Jahr 2011 erhöhen konnte und ihre Klasseninteressen wahrzunehmen begonnen hat. Es scheint, dass die Gefahr, die heute der sozialistischen Perspektive droht, von dieser Seite mindestens so groß ist wie die vonseiten des internationalen Kapitals. Gut 75 Prozent der städtischen Arbeiter, das heißt der weitaus überwiegende Teil der chinesischen Arbeiterklasse, sind im privaten Sektor der Wirtschaft beschäftigt. Der Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital ist auf dem Wege, die gesellschaftliche Entwicklung Chinas maßgeblich zu bestimmen. Im Prozess der Überwindung von Armut und der allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung ist China innerhalb von zwei Jahrzehnten von einer Gesellschaft fast sozialer Gleichheit (1978 Gini-Koeffizient 0,17) zu einer Gesellschaft extremer sozialer Polarisierung (2012 Gini-Koeffizient nahe 0,61) geworden. Zwei bis drei Prozent Reiche und 23 Prozent der Bevölkerung mit einem mittleren Einkommen stehen etwa 60 Prozent der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen und gut 15 Prozent Armen gegenüber (Wei 2014).⁷ Der Unmut größerer Teile der Bevölkerung über die Ungerechtigkeiten in der Verteilung stellt die KP Chinas heute neben der verbreiteten Korruption vor eines der größten und schwierigsten Probleme. Die Marktwirtschaft in China brachte trotz permanenter

6 Wei Liqun, auf den ich mich hier beziehe, ist Vorsitzender der Gesellschaft für Untersuchungen zur Reform des administrativen Systems Chinas.

7 Demnach gibt es in China nach den Kriterien der Weltbank immer noch über 200 Millionen Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben.

Bekämpfung ein neues Ausmaß und eine neue Stufe der Korruption und anderer negativer gesellschaftlicher Erscheinungen hervor. Das Ausmaß und der Charakter der Probleme, denen sich die heutige Führung in der Partei und in den Beziehungen der Partei zur Masse des Volkes gegenüber sieht, wird in den seit zwei Jahren zugespitzten Auseinandersetzungen deutlich. Dabei geht es neben der Korruption auch um die übliche privilegierte Stellung von Führungskadern, um die verbreitete Besetzung lukrativer Führungsstellen in Wirtschaft, Handel und auf dem Kapitalmarkt durch Ehefrauen und Kinder von Führungskadern und um die seit den 1980er Jahren bisher vergeblich geforderte offene Darlegung der Vermögens- und Besitzverhältnisse der Führungskader und ihrer Familien.

Ein weiteres ernstes Problem, das sich seit Beginn des ökonomischen Systemwechsels durch eine Vernachlässigung der Umweltproblematik dramatisch verschärft hat, ist die Verschmutzung der Umwelt; aus der Sicht eines prominenten chinesischen Umweltpolitikers erreichte China in den letzten 20 Jahren sowohl ökonomische Erfolge als auch Umweltprobleme, für die der Westen jeweils 100 Jahre brauchte (Pan Yue 2007).⁸ Schließlich ist auch in China, vor allem in den Regionen mit relativ entwickelten marktwirtschaftlichen Verhältnissen, zu beobachten, dass die Marktwirtschaft dazu tendiert, sich zu einer Marktgesellschaft auszuweiten. Natürlich hätten manche Probleme dieser Art in ihrem Ausmaß und ihrer Schärfe durch eine andere Politik gemindert werden können, ihre eigentliche Ursache liegt jedoch in der Praktizierung der Marktwirtschaft. So resultiert die soziale Polarisierung nicht allein aus der von der Politik zu verantwortenden ungerechten Einkommensverteilung, sondern zu wesentlichen Teilen aus Investitionen und der Bildung von kapitalistischem Eigentum.

5 Weitere Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Metropolen und dem Erstarken Chinas hat die Führung unter Xi Jinping ihre Haltung und ihr Vorgehen in der internationalen Politik verändert. Ausdruck dieser Veränderung ist der Übergang von der seinerzeit von Deng Xiaoping verordneten Politik relativer Zurückhaltung in den internationalen Auseinandersetzungen zu einer offensiven und nachdrücklichen, zugleich aber auch flexiblen Vertretung ihrer Ziele und Interessen, insbesondere gegenüber den USA und Japan. Um auch das Kräfteverhältnis in absehbarer Zeit wesentlich weiter zugunsten Chinas verändern zu können, bedarf es in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren vor allem eines qualitativen Sprungs in der ökonomischen Entwicklung des Landes. Für die chinesische Führung heißt das, auf der Basis von Wissenschaft und Technik zügig zur intensiv erweiterten Produktion und Reproduktion innovativen und ökologischen Typs überzugehen.

8 Pan Yue, auf den ich mich hier beziehe, war seinerzeit stellvertretender Leiter des Staatlichen Amtes für Umweltschutz.

Allein auf eigene Kräfte gestützt, wäre diese neue ökonomische Qualität in einem absehbaren Zeitraum kaum erreichbar. Die chinesische Führung ist deshalb bestrebt, die Kooperation vor allem mit den wissenschaftlich und technisch führenden kapitalistischen Ländern wie der BRD in die Lösung dieser historischen Aufgabe einzubinden. Sie bietet dem ausländischen Kapital auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils und des gemeinsamen Gewinns mit dem umfassenden Übergang zu einer modernen Marktwirtschaft und dem Angebot einer gleichberechtigten «Konkurrenz auf Augenhöhe» im Rahmen eines Freihandelsabkommens einen kaum zu ignorierenden Anreiz. Gleichzeitig steht auch der beschleunigte Kapitalexport in diese Länder im Zeichen des Aufkaufs und der Aneignung modernster Technik und Technologie.

Es sei dahingestellt, inwieweit diesem Kurs Erfolg beschieden sein wird. Er dürfte jedoch die Integration des Landes in die kapitalistische Weltwirtschaft verfestigen, zumal sich auch das gemeinsame Aufbegehren der BRICS-Länder gegen die Vorherrschaft der USA und anderer imperialistischer Länder (bisher) nicht prinzipiell gegen den kapitalistischen Charakter dieser Weltordnung richtet. Die Modernisierung eines Landes auf der Grundlage der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus schließt eben logisch ein, zumindest für diesen Zeitraum, die kapitalistische Weltwirtschaft grundsätzlich zu akzeptieren und zu nutzen. Das korrespondiert offensichtlich mit der Orientierung der KP Chinas, bei der Modernisierung des Landes bis Mitte des Jahrhunderts (nach dem «allseitigen Aufbau der Gesellschaft des Kleinen Wohlstands» bis 2020) alle Kraft nicht auf die allseitige Ausgestaltung sozialistischer Verhältnisse, sondern auf die Verwirklichung des national(istisch)en «chinesischen Traums» zu richten; denn dafür hätten laut Xi Jinping (2012) «Generationen hervorragender Söhne und Töchter Chinas unter Führung der KP Chinas gekämpft und das neue China geschaffen».

6 Fazit

In der Volksrepublik China besteht eine Übergangsgesellschaft, die sich aus vorkapitalistischen Verhältnissen mit einer sozialistischen Zielsetzung herausbildete. Sie entwickelt sich heute auf der Grundlage staatskapitalistischer ökonomischer Verhältnisse, die bisher⁹ die Dominanz des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln in den Kommandohöhen der Wirtschaft einschließen, und unter Nutzung der Marktwirtschaft mit dem Ziel, die Entwicklung der materiellen Voraussetzungen für den Aufbau des «Sozialismus chinesischer Prägung» zu beschleunigen.

Diese Marktwirtschaft, deren umfassende Herausbildung gegenwärtig angestrebt wird, trägt keinen sozialistischen, sondern grundsätzlich einen kapitalistischen Charakter und war bislang vor allem mit Elementen der Planung und der Strukturpolitik

⁹ Gegenwärtig vollzieht sich in China ein beschleunigter Prozess der Umwandlung zumindest eines großen Teils des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln in gemischtes Eigentum. Es bleibt zu beobachten, welche Auswirkungen das auf den Charakter dieses Eigentums haben wird.

verbunden. Die Nutzung des Kapitals und damit der kapitalistischen Weltwirtschaft für eine beschleunigte Entwicklung moderner Produktivkräfte durch die KP Chinas erfordert, eine dem «modernen Kapitalismus» adäquate Marktwirtschaft zu betreiben. Die KP Chinas tendiert in diesem Prozess dazu, in der Marktwirtschaft auch die soziale Schicht der Armen «mitzunehmen» und soziale Gerechtigkeit und Gleichheit der Chancen zu betonen.¹⁰

China zeigt, dass die Nutzung der Marktwirtschaft des Kapitals für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen des Sozialismus als Gesellschaftsordnung unter bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen möglich und erfolgreich sein kann. Der Preis für die Nutzung der Vorzüge der Marktwirtschaft ist jedoch die unablässige und auf Dauer zunehmende Freisetzung von Kapitalismus in den ökonomischen Verhältnissen. Das stellt die sozialistische Perspektive Chinas objektiv und in der Tendenz unweigerlich immer stärker infrage. Diese Perspektive zu sichern, würde in ökonomischer Hinsicht erfordern, mit der Nutzung der Marktwirtschaft des Kapitals zugleich sozialistisch orientierte Produktionsverhältnisse zu entwickeln und durchzusetzen. Das ist bisher nicht auszumachen.

Nachbemerkung

Wissenschaftlicher Streit über die Lage und Entwicklung der Volksrepublik China setzt voraus, dass er unter gleichen Bedingungen für alle Beteiligten verläuft. Dies war bei der Fertigstellung der Konferenzbeiträge nicht bei allen gegeben. So hatte Daniel Fuchs die Möglichkeit erhalten, sich mit meinem, nach der Konferenz ergänzten, Beitrag auseinanderzusetzen. Diese Chance hatte ich nicht. Ich habe die Absicht, das in einem noch zu schreibenden Beitrag zu Problemen der Bewertung der gesellschaftlichen Verhältnisse in China nachzuholen. Vorab verweise ich auf meinen Aufsatz «Der Sozialismus chinesischer Prägung» aus der Sicht der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas» in der Zeitschrift *Sozialismus* 5/2015, Hamburg.

Helmut Peters

10 Siehe auch die folgende Passage aus dem einleitenden Beitrag «Dialog über Charakteristika und den Trend der kapitalistischen Krise» von Shen Jinru, Ji Yong und Ji Peng in der wissenschaftlichen Zeitschrift aus dem Amt für Kompilation und Übersetzung des ZK der KP Chinas: «Wir sollten darauf achten, dass der Kapitalismus ein besseres und vernünftigeres Modell hat als der Kapitalismus amerikanischer Art. Das ist der Rheinische Kapitalismus oder die soziale Marktwirtschaft. Dieser Kapitalismus hat viele sozialistische Bestandteile aufgenommen. Er wird in Deutschland und auf dem europäischen Festland sehr erfolgreich praktiziert. Deshalb sollte China seinen Blick nicht bei Amerika verweilen lassen, außerhalb Amerikas ist die Welt lichter und breiter.» (Shen Jinru/Ji Peng 2011: 12)

Literatur

- XIII. Parteitag (1988): XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Materialien, Peking (chinesisch).
- Chang Tai/Da Zheng (2005): Autoritäten berichten: Erfolge und Effektivität sind ansehnlich, wenn Privatunternehmen in die Unternehmen gehen und sie beherrschen, in: Shiji Jingji Bao, 6.4.2005 (chinesisch).
- Deng Xiaoping (1983): Reform des Führungssystems von Partei und Staat, in: Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975–1982), Peking, 287–298 (chinesisch).
- Deng Xiaoping (1992): Zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft existiert kein grundlegender Widerspruch, in: Ausgewählte Schriften Deng Xiaopings, Bd. III, Peking (chinesisch).
- Mao Zedong (1960): Über die Diktatur der Volksdemokratie, in: Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Bd. IV, Peking (chinesisch).
- Mao Zedong (1978): Rede auf einer Konferenz der Parteisekretäre (Januar 1957), in: Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Bd. V, Peking.
- Mao Zedong (1978): Vorwort zu «Der sozialistische Aufschwung im chinesischen Dorf», in: Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Bd. V, Peking.
- Pan Yue (2007): Das Problem der Umweltressourcen ist eine ernste Herausforderung für den Aufbau der harmonischen Gesellschaft, in: Renmin Wang, 5.2.2007 (chinesisch).
- Shen Jinru/Ji Yong/Ji Peng (2011): Dialog über Charakteristika und den Trend der kapitalistischen Krise, in: Zeitschrift aus dem Amt für Kompilation und Übersetzung des ZK der KP Chinas 5/2011.
- Wang Zhanyang (2004): Neue Demokratie und neuer Sozialismus. Eine theoretische und historische Studie über einen neuen Sozialismus, Peking (chinesisch).
- Wei Liqun (2014): Entschlossen und ohne zu schwanken den Weg des gemeinsamen Wohlstands gehen, in: Qiu Shi, 1.8.2014.
- Xi Jinping (2012): Mit «dreimal unbedingt verwirklichen können» haben wir die Kraft für den chinesischen Traum, in: Xin Hua Wang, 29.11.2012.
- Xue Muqiao (1982): Regulierung und Reform der Volkswirtschaft unseres Landes, Peking (chinesisch).
- Yi Jiexiong (2004): Zweifel an der unbestrittenen Formulierung des Charakters der chinesischen Gesellschaft in der Neuzeit, in: Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi 3/2004 (chinesisch).
- Yu Jinfu (2014): Das Anfangsstadium des Sozialismus und der historische Einfluss der asiatischen Produktionsweise, in: Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi 1/2014 (chinesisch).
- Zeng Muye (2005): Die Marktwirtschaft ist kein glatter Weg, in: Guangzhou Ribo, zitiert nach: Renmin Wang, 25.12.2005 (chinesisch).
- ZK (Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas) (2013): Beschluss des ZK der KP Chinas über einige wichtige Fragen zur umfassenden Vertiefung der Reformen, 12.11.2013, unter: http://german.china.org.cn/china/2014-01/15/content_31203131.htm.

Daniel Fuchs

DIE TRANSFORMATION DER PRODUKTIONS- UND KLASSENVERHÄLTNISSE IN CHINA SEIT 1978: ÜBERLEGUNGEN ZUR HERAUSBILDUNG UND DEN WIDERSPRÜCHEN DES CHINESISCHEN KAPITALISMUS

What are the lessons to be drawn from the history of Chinese socialism and revolution? [...] What do socialist and revolutionary projects mean today? I believe that one lesson is essential: socialism without substantively meaningful democratic institutions and active popular participation is not only ethically indefensible but also historically unfeasible.
(Wu 2014: 236f.)

1 Einleitung

«Das chinesische Wirtschaftswachstum seit Ende der 1970er Jahre stellt mittlerweile jeden anderen langen Aufschwung in der Geschichte der Moderne in den Schatten», konstatiert Tobias ten Brink (2013: 13) hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik (VR) China seit Beginn der sogenannten Politik von «Reform und Öffnung» im Jahr 1978. Im Verlauf von weniger als 40 Jahren ist es dem autoritären Staat unter der Führung der Kommunistischen Partei (KPCh) gelungen, zur weltweit größten Exportmacht und zweitgrößten Volkswirtschaft aufzusteigen.

Wie kann die politökonomische Entwicklungsdynamik in der VR China erklärt werden? In welche Richtung entwickelt sich die vom chinesischen Parteistaat proklamierte «sozialistische Marktwirtschaft»? Und welche Widersprüche kennzeichnen die gegenwärtige Entwicklungsweise? Diese Fragen werden von Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen weiterhin kontrovers diskutiert. Unter kritischen, mitunter auch explizit marxistischen AutorInnen mehrten sich in den vergangenen Jahren einerseits Analysen, die den kapitalistischen Charakter der gegenwärtigen Entwicklungsweise betonen und Charakterisierungen als «variierte Form eines wettbewerbsgetriebenen, staatlich durchdrungenen Kapitalismus» (ten Brink 2013), «bürokratischen Kapitalismus» (Au 2012) oder als eine chinesische Ausprägung des Neoliberalismus (vgl.

Harvey 2007; Wang 2003) vorschlagen. Andererseits existieren weiterhin Einschätzungen, die den chinesischen Transformationsprozess in Begriffen einer «Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus» (Peters in diesem Band) oder einer «nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft» (Arrighi 2008) zu fassen versuchen.

An diese Debatten versucht der vorliegende Beitrag kritisch anzuknüpfen. Dabei möchte ich argumentieren, dass es für ein adäquates Verständnis der politökonomischen Entwicklungsdynamik in der VR China notwendig ist, die Veränderung der Produktions- und Klassenverhältnisse zu fokussieren und Klassenauseinandersetzungen als wesentliche kausale Faktoren im chinesischen Transformationsprozess zu begreifen. Aus der Perspektive der Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse kann deutlich gemacht werden, dass sich in China im Verlauf der vergangenen mehr als 30 Jahre eine spezifische Form eines staatlich durchdrungenen Kapitalismus herausgebildet hat. Schließlich soll gezeigt werden, dass eine Perspektive, welche Klassenauseinandersetzungen ins Zentrum rückt, einen wichtigen Beitrag zum Verständnis gegenwärtiger Widersprüche im Prozess der kapitalistischen Modernisierung Chinas leisten kann.

Diese Argumente werden anhand eines skizzenhaften historischen Überblicks über den sogenannten Prozess von Reform und Öffnung entwickelt (Abschnitt 3). Zuvor gehe ich kurz auf Helmut Peters' Interpretation des chinesischen Transformationsprozesses ein, welche die VR China weiterhin als «Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus» (Peters in diesem Band) (miss-)versteht.

2 China als «Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus»?

Von einigen wenigen AutorInnen wird weiterhin das Argument aufrechterhalten, die VR China sei eine Gesellschaft im Übergang zum Sozialismus. Ein im deutschsprachigen Raum besonders bekannter Vertreter dieser Sichtweise ist Helmut Peters. Um die Argumentation Peters' nachvollziehen und kritisch diskutieren zu können, sei an dieser Stelle auf seine in diesem Band abgedruckte Zusammenfassung der «gesellschaftliche[n] Problematik im gegenwärtigen China» verwiesen:

«Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich mit der Gründung der Volksrepublik eine *Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus* herauszubilden begann. In diesem Sinne ist China ein sozialistisches Land, es strebt eine sozialistische Gesellschaft an. Die historische Mission der KP Chinas in dieser Übergangsgesellschaft besteht darin, auf der Grundlage der Aneignung der «bürgerlichen Kultur» einen den nationalen Gegebenheiten entsprechenden Weg zum Aufbau des *Sozialismus als Gesellschaftsordnung* zu bahnen. Dabei besteht über lange Zeit, vor allem beim Fehlen günstiger internationaler Bedingungen, aber auch die akute Gefahr, in eine kapitalistische Gesellschaft abzudriften.» (Peters in diesem Band, Hervorhebung im Original)

In dieser Lesart verfolgt der chinesische Parteistaat mittels der marktwirtschaftlichen Reformen seit Ende der 1970er Jahre das Ziel, seine «historische Mission» zu erfüllen und durch die Entwicklung der Produktivkräfte die materiellen Voraussetzun-

gen des Sozialismus zu schaffen. Dabei habe sich die «Praktizierung von Sozialismus» durch die KPCh wesentlich verändert: Anstatt eines auf strukturelle gesellschaftliche Verhältnisse fokussierenden «Struktursozialismus» werde im Rahmen des nunmehr dominanten «Funktionssozialismus» die Entwicklung der Produktivkräfte unabhängig von den ihr zugrundeliegenden «sozialistischen oder kapitalistischen Triebkräften» angestrebt. Von einer «sozialistischen Marktwirtschaft» könne in diesem Prozess nicht mehr gesprochen werden. So entwickelte sich China Peters zufolge seit den 1990er Jahren «auf der Grundlage staatskapitalistischer ökonomischer Verhältnisse» (Peters in diesem Band). Während der chinesische Parteistaat daher im Reformprozess, so schlussfolgert Peters, demonstrieren konnte, dass «die Nutzung der Marktwirtschaft des Kapitals» in einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus «möglich und erfolgreich sein kann», bestehe angesichts negativer gesellschaftlicher Auswirkungen und jüngster Veränderungen in der Politik des Parteistaats zunehmend die Gefahr, dass die «sozialistische Perspektive Chinas» verloren gehe (Peters in diesem Band).

Auch wenn Peters das Verdienst zukommt, diesen Argumentationsstrang in eine historisch langfristige und um seine fundierten Kenntnisse als Sinologe bereicherte Perspektive auf die ökonomische Entwicklung Chinas einzubetten, so ist sein Ansatz meines Erachtens äußerst problematisch, zuallererst weil seine Interpretation auf einem stufentheoretischen Verständnis von Sozialismus beruht. Das Postulat der Notwendigkeit der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung für einen unproblematisierten sozialistischen «Übergang» entspringt letztlich einem sowohl theoretisch als auch empirisch nicht haltbaren deterministischen und teleologischen Verständnis politökonomischer Entwicklung. Die Nähe zur offiziellen ideologischen Legitimierung der Reformpolitik der KPCh ist dabei kein Zufall. Denn diese Perspektive und der damit verbundene Verweis auf eine «historische Mission» haben zur Folge, dass gesellschaftliche Konfliktkonstellationen sowohl vor als auch nach Beginn des Reformprozesses 1978 aus dem Blick geraten. Deren Analyse ist jedoch zentral, um die Einleitung und Umsetzung der Reformpolitiken erklären zu können. Dies ist wiederum damit verknüpft, dass eine theoretisch fundierte Analyse der Transformation von Staatlichkeit ausbleibt. Wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in den chinesischen Parteistaat einschreiben, wie sich historisch gewachsene Institutionen und Dispositionen der Mao-Ära mit den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen artikulieren, kann durch einen Verweis auf eine in der Definition schwammig bleibende «sozialistische Perspektive» nicht ersetzt werden. Schließlich erlangen wir auch bei Peters kaum Einsichten in die konkrete Entwicklung der Produktions- und Klassenverhältnisse in China. Indem soziale Widersprüche als «Preis der Reformen» verhandelt werden, nehmen diese eine unter- beziehungsweise nachgeordnete Rolle in seinem Ansatz ein.

3 Historischer Überblick: Die Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse in China seit 1978

3.1 Herausbildung und Krise einer staatsbürokratischen Klassengesellschaft (1949–1976)

Um die Transformation Chinas ab 1978 nachvollziehen zu können, ist zunächst ein Blick auf das Erbe der maoistischen Entwicklungsdiktatur in der Phase ab 1949 nötig. Ich teile hierbei die Ansicht von Meisner (1999) und Wu (2014), dass eine kritische Perspektive zuallererst die Errungenschaften der chinesischen Revolution unter der Führung Mao Zedongs betonen sollte. Der KPCh ist es mit der Etablierung der Volksrepublik im Jahre 1949 gelungen, einen geeinten, unabhängigen Nationalstaat zu errichten. Darüber hinaus hat der chinesische Parteistaat – auf der Grundlage einer landwirtschaftlich geprägten und von Jahrzehnten des (Bürger-)Kriegs zerrütteten Wirtschaft – erfolgreich einen Prozess der nachholenden Modernisierung eingeleitet.

Dies sollte jedoch einen nüchternen Blick auf das Faktum nicht verstellen, dass der ebenfalls zum Ziel gesetzte «Übergang zum Sozialismus» grundlegend gescheitert ist. Zweifelsohne konnten in der Ära Mao Zedongs bedeutende Erfolge in den Bereichen der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens oder in der Transformation der Geschlechterverhältnisse erzielt werden. Der autoritäre und von einer rasant anwachsenden Bürokratie geprägte Parteistaat produzierte jedoch für das Ziel der raschen Entwicklung der Produktivkräfte und die Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft soziale (Klassen-)Antagonismen, die zwischen 1949 und 1978 sowohl zur Grundlage von humanitären Katastrophen wurden (wie insbesondere die Hungersnot nach dem «Großen Sprung nach vorne», 1958–1961), als auch zu wiederholt offen ausgetragenen sozialen Kämpfen führten.

Bis Ende 1956 war im Zuge der Verstaatlichung der Industrieproduktion und der Kollektivierung der Landwirtschaft das Privateigentum an Produktionsmitteln faktisch abgeschafft worden. Der Blick auf die tatsächliche Verfügungsgewalt über Produktion und Distribution zeigt jedoch: «Kollektives» beziehungsweise «öffentliches» Eigentum «existed largely as a legal fiction» (Wu 2014: 228). Die Arbeitskraft nahm zwar nicht die Form einer Ware an, denn die städtischen Arbeitseinheiten (*danwei*) wie auch die ländlichen Kollektive waren nicht nur für die Organisation der Produktion, sondern auch weitgehend für die Reproduktion der Arbeitskraft verantwortlich. Die arbeitenden Klassen blieben jedoch weiterhin von den Produktionsmitteln und der Distribution ihrer Erzeugnisse getrennt, da über diese eine sich formierende bürokratische Staatsklasse verfügte, die keinerlei effektiver demokratischer Kontrolle unterlag (vgl. Wu 2005). Die Staatsbürokratie verfolgte in dieser Konstellation nicht das Interesse der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung, doch angesichts der Tatsache, dass nationale Entwicklungsziele im chinesischen Parteistaat als «Äquivalente des Akkumulationszwangs» (ten Brink 2013: 85) wirkten und der enteignete Status der arbeitenden Klassen hierfür aufrechterhalten wurde, schlussfolgert ten Brink (ebd.: 83): «In gewisser Weise wurden unter Mao nach 1949 also ka-

pitalistische Produktionsverhältnisse nachgeahmt, wenngleich klassisch-bürgerliche Verteilungsverhältnisse, Konsumweisen und Herrschaftsstile durch einen bürokratischen Verwaltungsmodus ersetzt wurden.»

Die auf die Entwicklung der Schwerindustrie fokussierte Entwicklungsstrategie führte in diesem Kontext zu einem Fabrikregime, das durch eine «organisierte Abhängigkeit» (Walder 1986) der Beschäftigten von ihren Arbeitseinheiten gekennzeichnet war. Während die in den großen staatlichen Betrieben permanent beschäftigten ArbeiterInnen vollen Anspruch auf die «eiserne Reisschale» (*tie fanwan*) und damit auch auf umfassende staatliche Wohlfahrtsleistungen hatten, war das nach 1949 schnell anwachsende Industrieproletariat insgesamt fragmentiert und hinsichtlich seiner tatsächlichen sozioökonomischen Lebens- und Arbeitsbedingungen intern stark hierarchisiert (vgl. Walder 1984). Für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Kollektiven bedeutete die maoistische Entwicklungsstrategie, dass das von ihnen geschaffene Mehrprodukt (Surplus) in einem Prozess der «ursprünglichen Akkumulation» vom Staat abgeschöpft wurde. Dabei war es aufgrund des 1958 eingeführten Systems der Haushaltsregistrierung (*hukou*), welches die gesamte Bevölkerung erfasst und die staatliche Ressourcenallokation an den «agrарischen» beziehungsweise «nicht agrарischen» Registrierungsstatus einer Person knüpft, unmöglich, die ländliche Herkunftsregion ohne staatliche Autorisierung zu verlassen. Entgegen der von Mao selbst proklamierten Zielsetzung einer sozialistischen Revolution dehnten sich daher dort die sozioökonomischen Unterschiede im Vergleich zum urbanen Raum bis 1978 sogar noch weiter aus.

Die Herausbildung der staatsbürokratischen Klassengesellschaft nach 1949 verlief keineswegs konfliktfrei. Besonders hervorzuheben sind hierbei die breiten sozialen Proteste während der Hundert-Blumen-Bewegung (1956–1957) und in den ersten beiden Jahren der Kulturrevolution (1966–1976), in deren Rahmen Forderungen nach einer Demokratisierung der ökonomischen und politischen Verhältnisse einen zentralen Stellenwert einnahmen (vgl. Perry 1995; Sheehan 1998). Ab Mitte der 1970er Jahre war der chinesische Parteistaat zudem mit ökonomischen Krisenerscheinungen konfrontiert. Die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft führte in Kombination mit den entwicklungspolitischen Prämissen der Mao-Ära dazu, dass die Nahrungsmittelproduktion trotz eines insgesamt hohen Outputs kaum mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten konnte (vgl. Hart-Landsberg/Burkett 2005: 37 f.). Auch das Wachstum der (Schwer-)Industrieproduktion hatte sich verlangsamt (vgl. Naughton 2007: 83); in den Städten war es zu Engpässen an Konsumgütern gekommen (vgl. Hart-Landsberg/Burkett 2005: 38), und die Rückkehr der ca. 15 Millionen während der Kulturrevolution aufs Land verschickten Jugendlichen erhöhte die Zahl der städtischen Arbeitslosen empfindlich. Hinzu kam, dass die sozioökonomischen Widersprüche auf politischer Ebene mit dem Tode Maos 1976 von sich zuspitzenden Machtkämpfen innerhalb der Parteiführung überlagert wurden.

3.2 Transformation der Landwirtschaft und graduelle Kommodifizierung (1978–1989)

Die weitreichende sozioökonomische und politische Krisenkonstellation seit Mitte der 1970er Jahre stellte den zentralen Hintergrund für die Einleitung der Reformpolitik dar. Hinzu kam, dass mit der Demokratiebewegung von 1978–1981 der Herrschaftsanspruch der bürokratischen Staatsklasse auch in offenen sozialen Protesten hinterfragt wurde. Die Reformbeschlüsse der KPCh auf dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees im Dezember 1978 markierten daher sowohl einen Versuch der Krisenbearbeitung und Herrschaftssicherung als auch de facto die Machtübernahme des um Deng Xiaoping formierten Reformflügels innerhalb der Partei.

Die auf experimenteller Basis umgesetzte Reformpolitik führte bereits Anfang der 1980er Jahre zu einer grundlegenden Neuordnung der chinesischen Landwirtschaft. In einem bis Ende 1983 weitgehend abgeschlossenen Prozess der Dekollektivierung wurde die kollektive Landwirtschaft durch das «Haushaltsverantwortlichkeitssystem» ersetzt (vgl. Unger 2002: 102; Hart-Landsberg/Burkett 2005:43). Diese grundlegende Restrukturierung, nach der das Land zwar formal Kollektiveigentum blieb, private Haushalte jedoch auf vertraglicher Basis die Nutzungsrechte über Landparzellen erhielten, bedeutete die Rückkehr zu einer familienbasierten, kleinbäuerlichen Agrarproduktion.¹ Die über die staatlichen Abgabequoten hinausgehenden Produktionsüberschüsse konnten von nun an auf den entstehenden Märkten gewinnbringend verkauft werden. In Verbindung mit einer zunehmenden Mechanisierung der Arbeitsprozesse und der sich ausweitenden Verfügbarkeit von künstlichen Düngemitteln resultierte diese Umstrukturierung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in einer rapiden Zunahme der landwirtschaftlichen Erträge sowie in einer insgesamt bedeutenden Verbesserung des Lebensstandards (vgl. Naughton 2007: 89).

Die Umstrukturierung der Agrarwirtschaft setzte einen Prozess der Semi-Proletarisierung der chinesischen Bauernschaft in Gang, der nicht nur die Grundlage der ländlichen Industrialisierung bilden, sondern auch die ab den 1990er Jahren forcierte exportistische Entwicklungsstrategie ermöglichen sollte. Zum einen setzte die Dekollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft «überschüssige» Arbeitskräfte frei, deren Anzahl sich nach offiziellen Schätzungen im Jahr 1985 auf etwa 200 Millionen belief (vgl. Zweig 1997: 270). Zum anderen führte die Auflösung der Volkskommunen zu einem Zusammenbruch der mit ihnen verbundenen Institutionen im Bereich der erweiterten sozialen Reproduktion (medizinische Versorgung, Bildungseinrichtungen). Hinzu kam, dass die zugewiesenen Landparzellen vielfach zu klein waren, um gesamte Familien ernähren zu können (vgl. Naughton 2007: 243; Solinger 1999: 154 ff.). Dies

1 Eine derart grundlegende Neuordnung der Agrarwirtschaft war mit den Beschlüssen von 1978 noch explizit abgelehnt worden. Bauern in den ärmeren Provinzen Anhui und Sichuan hatten jedoch begonnen, mit der Verteilung von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen an kleinere Produktionsteams, individuelle Haushalte und Einzelpersonen zu experimentieren. Vom Reformflügel der Partei unterstützt, breiteten sich diese Experimente rasch auf weitere Gebiete Chinas aus. Bis zu einem gewissen Grad stellte die Dekollektivierung der Landwirtschaft daher eine zentralstaatliche Autorisierung bereits bestehender Praxen «von unten» dar (vgl. Zweig 1997: 42 ff.).

führte nicht nur zu einer zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung, sondern auch zu einer allgemein wachsenden Marktabhängigkeit der ländlichen Haushalte, für die es zunehmend notwendig wurde, ihre Reproduktion über den Einsatz «frei» gewordener Arbeitskraft außerhalb der Landwirtschaft zu gewährleisten (vgl. Wenten 2011: 30).²

Ein weiterer bedeutsamer Faktor für die Transformation der Klassenverhältnisse im ländlichen China nach 1978 war die Entstehung der sogenannten *Township and Village Enterprises* (TVE). Diesen Unternehmen war es – unter anderem aufgrund des aufgehobenen staatlichen Monopols auf landwirtschaftliche Produkte und der Freisetzung von (billigen) Arbeitskräften – in den 1980er Jahren möglich, sich mit wesentlichen Wettbewerbsvorteilen gegenüber den staatlichen Betrieben der arbeitsintensiven Leichtindustrie zuzuwenden (vgl. Naughton 2007: 275 f.). Lokale (Dorf- und Gemeinde-)Verwaltungen hatten zudem aufgrund von fiskalpolitischen Reformen Mitte der 1980er Jahre, die eine Einbehaltung der über die staatlichen Abgabequoten hinausgehenden Steuereinnahmen ermöglichten, großes Interesse daran, die Entstehung örtlicher Industrieunternehmen voranzutreiben (vgl. Zweig 1997: 23 f.; 256 ff.; Naughton 2007: 271 ff.). Formal standen TVEs zwar bis Mitte der 1990er Jahre im Kollektiveigentum, doch bereits ab Mitte der 1980er Jahre setzte ein Prozess der informellen Privatisierung ein (vgl. Naughton 2007: 121; 281).

Zugleich leitete der Parteistaat auch in den weiterhin dominant bleibenden Staats- und Kollektivbetrieben³ Umstrukturierungen ein. Die Kernelemente der ab 1984 landesweit forcierten Reformen bestanden in einer Dezentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen, das heißt einer Stärkung der lokalen Ebene, und der Ausweitung der Verfügungsgewalt des Managements sowohl gegenüber betrieblichen Parteikomitees als auch gegenüber den Beschäftigten. Mit dem 1987 eingeführten «vertraglichen Verantwortlichkeitssystem» wurde der gewachsenen Autonomie der Betriebsführung gegenüber dem staatlichen Eigentümer ein formaler Rahmen gegeben. Auf dessen Basis wurde ein privates Management installiert, das in den Bereichen der Produktionsplanung, Preissetzung, Allokation von Ressourcen und Festsetzung von Löhnen eigenverantwortlich handeln konnte. Über Gewinnanteile, die über die festgelegten staatlichen Abgaben hinausgingen, konnte frei verfügt werden. Während für Manager damit die Bedingungen geschaffen wurden, sich Ressourcen des Unternehmens (widerrechtlich) anzueignen, wurden die Beschäftigten mit einer an Profitmaximierung orientierten Be-

2 Wenngleich Bauern und Bäuerinnen auch vor Beginn der Reformen, wie oben skizziert, von den Produktionsmitteln getrennt waren, über welche die staatliche Bürokratie verfügte, hatten sie in der kollektiven Landwirtschaft den Status von «*quasi-wage laborers under a statist control*» (Wu 2005: Fußnote 7; Hervorhebung im Original). Genau genommen meint der Begriff der Semi-Proletarisierung demnach einen *Formwandel der Proletarisierung* im Rahmen einer sich verändernden Entwicklungsweise, das heißt einen Prozess, in welchem die Reproduktion der ländlichen Bevölkerung neben den neu geschaffenen Bedingungen für eine familienbasierte Subsistenzproduktion zunehmend marktabhängig erfolgte, während in den Volkskommunen eine Abhängigkeit von staatlichen Redistributionsleistungen gegeben war.

3 Kollektivbetriebe befinden sich formal im Besitz der ArbeiterInnen, während die Verfügungsgewalt de facto bei den lokalen Regierungen und Parteikadern liegt.

triebsführung und dementsprechenden Maßnahmen für eine «effizientere» Umgestaltung des Arbeitsprozesses konfrontiert. Dies umfasste auch den ersten Schritt in der Aufkündigung der lebenslangen Anstellungsgarantie, indem 1986 die parallel erprobte Einführung von Arbeitsverträgen auf alle neu in staatlichen Betrieben eingestellten ArbeiterInnen ausgedehnt wurde (vgl. Sheehan 1998: 95 ff.; Taylor et al. 2003: 53 f.).

Angesichts der vorherrschenden Kapitalknappheit und des allgemein niedrigen technologischen Entwicklungsniveaus wurde ebenfalls bereits Ende der 1970er Jahre die Öffnung Chinas für ausländische Direktinvestitionen und internationale Handelsbeziehungen eingeleitet. Die damit verknüpfte Ausweitung privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse erfolgte schrittweise in Form einer «segmentierten Deregulation» (Zweig 2002: 50). Der Errichtung der ersten vier Sonderwirtschaftszonen im Jahr 1980 in den küstennahen Provinzen Guangdong (Zhuhai, Shenzhen, Shantou) und Fujian (Xiamen) folgte in einer weiteren Phase ab 1984 erst die Öffnung vierzehn weiterer Städte und 1988 dann die der gesamten Küstenregion für ausländisches Kapital. Die Zunahme der wirtschaftspolitischen Autonomie resultierte für lokalstaatliche Akteure in weitreichenden Befugnissen hinsichtlich der Allokation von Ressourcen und der Verhandlungen mit ausländischen Investoren, wodurch eine weitere Grundlage für die Formierung einer Klasse von «KaderkapitalistInnen» (Wu 2005) geschaffen wurde (vgl. Zweig 2002: 50 f.). Diese endogene Dynamik traf auf eine Konjunktur des globalen Kapitalismus, in der international mobiles Kapital verstärkt auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten und billiger, relativ gut ausgebildeter Arbeitskräfte war (vgl. Gallagher 2005: 36 f.). Insgesamt blieb das Ausmaß der ausländischen Kapitalinvestitionen in den 1980er Jahren allerdings noch beschränkt. Dies sollte sich in der zweiten Reformphase grundlegend ändern.

Die graduelle Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse in der ersten Phase des Reformprozesses wurde nicht ohne sozialen Widerstand hingenommen. Im Gegenteil, vor dem Hintergrund neuerlicher ökonomischer Krisenerscheinungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kam es, insbesondere im urbanen Raum, zu breiten sozialen Mobilisierungen, die sich gegen die Auswirkungen der Reformmaßnahmen richteten. Im Zentrum der großen Proteste (unter anderem in Shanghai, Wuhan und Peking) mit bis zu 60.000 TeilnehmerInnen in den Jahren 1986–1987 standen enttäuschte Hoffnungen in die neue, postmaoistische Ära, die stark zunehmende Korruption unter Parteikadern sowie die wachsende Inflation.⁴ Dieser Unmut kulminierte 1989 in der Protestbewegung auf dem Tian'anmen-Platz in Peking sowie in zahlreichen anderen Städten, an der sich neben Studierenden vor allem auch ArbeiterInnen großer Staatsbetriebe beteiligten. Als Ausdruck der breiten Unzufriedenheit mit den einzig legalen Staatsgewerkschaften unter dem Dach des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes (ACFTU) gründeten ArbeiterInnen die «Autonome Arbeiterföderation Peking»

4 Laut Lee (2010: 204) stieg die Inflation von 18,5 Prozent im Jahr 1988 auf 25,4 Prozent im Jahr 1989.

(*gongzilian*), die laut eigenen Angaben auf 20.000 registrierte Mitglieder anwuchs (Walder/Gong 1993). Für die KPCh stellten diese Proteste die bisher größte Krise ihrer autoritären Herrschaft dar. Mit der gewaltsamen Niederschlagung der Bewegung am 4. Juni 1989 sollten sich letztlich jene Kräfte innerhalb der bürokratischen Staatsklasse durchsetzen, die zu keinerlei demokratiefördernden Kompromissen bereit waren.

3.3 Exportorientierung, Restrukturierung des Staatssektors und die Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse (1992–2002)

Mit der Niederschlagung der Tian'anmen-Proteste hatte kurzfristig die konservativ-maoistische Fraktion an Stärke innerhalb der Kommunistischen Partei gewonnen. Im Jahr 1992 proklamierte Deng Xiaoping, der selbst für den Militäreinsatz verantwortlich gewesen war, vor dem Hintergrund anhaltender sozialer und ökonomischer Widersprüche sowie des Zusammenbruchs der Sowjetunion eine Intensivierung der Marktreforamen im Allgemeinen sowie eine ausgedehnte Öffnung für ausländische Direktinvestitionen im Besonderen (vgl. Gallagher 2005: 24; Bramall 2009: 325 f.). Die neue parteistaatliche Entwicklungsstrategie konzentrierte sich nun auf eine exportorientierte und auf arbeitsintensiver Produktion basierende Industrialisierung sowie auf die Restrukturierung beziehungsweise Privatisierung staatlicher Unternehmen. Im Kern sollte die ausgerufenen Etablierung einer «sozialistischen Marktwirtschaft» die in den 1980er Jahre begonnene Umwälzung der Klassenverhältnisse beschleunigen, bis Anfang der 2000er Jahre zu einer Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der chinesischen Ökonomie führen und dabei auch den Charakter und die Funktionen des Parteistaates transformieren.

Die signifikant größere Rolle des internationalen Kapitals im Rahmen der forcierten Ausfuhrorientierung wird insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des Volumens der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) deutlich: Alleine zwischen 1991 und 1996 stiegen die ADI von 4,3 Milliarden auf 41,7 Milliarden US-Dollar an (vgl. Cho 2005: 151). Neben ADI aus Hong Kong und Taiwan («China Circle») stieg ab den 1990er Jahren auch das Ausmaß der ADI aus den westlichen OECD-Ländern bedeutend an, wobei ein außergewöhnlich hoher Anteil in die verarbeitende Industrie investiert wurde (vgl. Naughton 2007: 413 ff.).

Die exportorientierte Industrialisierung trieb den Prozess der Semi-Proletarisierung immer größerer Teile der ländlichen Bevölkerung voran. Vor dem Hintergrund der Mitte der 1990er Jahre noch immer auf eine Zahl von 100–200 Millionen geschätzten überschüssigen Arbeitskräfte in der chinesischen Landwirtschaft (vgl. Solinger 1999: 50) nahm die vor allem aus den weniger entwickelten Regionen Zentral- und Westchinas in Richtung der vom internationalen Exportkapital erschlossenen Küstenregionen verlaufende Binnenmigration bis Anfang der 2000er Jahre signifikant zu.⁵ Die Zahl der im offiziellen chinesischen Diskurs als «Bauern-ArbeiterInnen»

5 Für eine Analyse der sich verändernden Produktions- und Klassenverhältnisse in der chinesischen Landwirtschaft, auf die hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden kann, vgl. Zhang/Donaldson 2008.

(*nongmingong*) bezeichneten migrantischen Arbeitskräfte verdoppelte sich von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre auf 60–80 Millionen und stieg bis Anfang der 2000er Jahre weiter auf 100–140 Millionen an (vgl. Li 2010: 8; Fan 2008: 19 ff.). Die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen dieser WanderarbeiterInnen waren und sind nach wie vor maßgeblich durch das oben skizzierte Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*) bestimmt. Denn während die Land-Stadt-Migration durch die Einführung von temporären städtischen Aufenthaltsgenehmigungen im Jahr 1985 von staatlicher Seite formal anerkannt worden war, blieb nicht nur der Aufenthaltsstatus der WanderarbeiterInnen prekär, vielmehr waren sie weiterhin auch vom urbanen Sozialstaat und von arbeitsrechtlichen Bestimmungen ausgeschlossen. Ihre Verwandlung in LohnarbeiterInnen und die Inklusion in den entstehenden segmentierten Arbeitsmarkt ist daher – durchaus vergleichbar mit der Situation illegalisierter transnationaler MigrantInnen – durch eine räumliche Trennung der Produktions- und Reproduktionssphäre und eine weitgehende Entrechtung im urbanen Raum charakterisiert. Während die migrantische Arbeitskraft dabei in den Städten verausgabt wird, erfolgt ihre Wiederherstellung maßgeblich in den ländlichen Herkunftsdörfern, das heißt, die Kosten für die soziale Reproduktion der Arbeitskraft werden zu einem bedeutenden Teil von den ländlichen Haushalten getragen (vgl. Fuchs 2013). In der Exportindustrie wurde ein despotisches Fabrikregime etabliert (vgl. Chan, A. 2001; Pun 2006). Dieses ist geprägt durch niedrige Löhne, hohe Abzüge in Form von Straf- und Kautionszahlungen, rigide betriebliche Disziplinierungsmaßnahmen und extrem lange Arbeitszeiten, die in Verbindung mit enormen Sicherheitsmängeln am Arbeitsplatz auch sehr häufig zu Arbeitsunfällen führen. Im Verlauf der 1990er Jahre etablierte sich zudem die systematische Unterbringung von ArbeiterInnen in Wohnheimen auf oder in der Nähe des Betriebsgeländes. Dieses «Wohnheim-Arbeitsregime» soll nicht nur eine hohe Flexibilität der Arbeitszeiten gewährleisten, sondern auch der über den Arbeitsprozess hinausgehenden Kontrolle und Disziplinierung der migrantischen Beschäftigten dienen (vgl. Smith/Pun 2006). Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass bereits in den Jahren 1993–1994 die erste Streikwelle im südchinesischen Perlfussdelta registriert wurde, auch wenn der Widerstand der semi-proletarisierten WanderarbeiterInnen in den 1990er Jahren insgesamt betrachtet noch relativ begrenzt blieb (vgl. Hao et al. 2014: 17; Chan 2010: 32 f.).

Im staatlichen Sektor hatte die Konkurrenz durch TVEs, neue Privatunternehmen und ausländische Investoren bis Mitte der 1990er Jahre zu einer deutlichen Senkung der Profitraten geführt (vgl. ten Brink 2013: 127; Naughton 2007: 300). Die Produktivität war nunmehr um 50 Prozent niedriger als im nicht staatlichen Sektor (vgl. Cho 2005: 39). Als Reaktion auf diese krisenhafte Situation wurde von der parteistaatlichen Führung die «Restrukturierung» (*gaizhi*) der Staatsunternehmen eingeleitet, die auf Basis des 1994 verabschiedeten Unternehmensgesetzes von Rationalisierungen bis hin zu formellen Privatisierungen und Schließungen reichte. Im Rahmen des unter der Losung «grasping the large, releasing the small» (*zhuada fangxiao*) einge-

schlagenen Kurses halbierte sich die Zahl der Staatsunternehmen zwischen 1996 und 2006 (vgl. ten Brink 2013: 127), und in Verbindung mit der Privatisierung der TVEs sank der Anteil der Staats- und Kollektivunternehmen an der Industrieproduktion bis 2000 auf insgesamt rund ein Fünftel (vgl. Schmalz 2013: 337). Unternehmen in strategisch wichtigen Sektoren sollten demgegenüber weiterhin unter staatlicher Aufsicht bleiben, wobei auch verbliebene Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften (mit vom Staatshaushalt getrennten Unternehmensbudgets) transformiert wurden (vgl. ten Brink 2013: 127 f.).

Für die «alte» städtische ArbeiterInnenklasse bedeutete dies eine grundlegende Transformation des Arbeitsregimes sowie ihrer Reproduktionsbedingungen, da die historische Koppelung von Sozialleistungen an die jeweilige Arbeitseinheit (*danwei*) weitgehend aufgehoben, das Arbeitsverhältnis fortan über Arbeitsverträge reguliert und die Arbeitsprozesse dem nationalen und globalen Konkurrenzdruck entsprechend angepasst wurden. Die Umstrukturierung führte zu etwa 50 Millionen Entlassungen (ca. 40 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Sektor) bis Anfang der 2000er Jahre (vgl. Andreas 2008: 131; Schmalz 2013: 337). Der Großteil (etwa 80 Prozent) der entlassenen ArbeiterInnen musste auf flexible Beschäftigungsverhältnisse ausweichen, was in den meisten Fällen in informeller, schlecht bezahlter Kurzarbeit ohne soziale Absicherung resultierte (vgl. Lee 2007: 130 f.).

Der Widerstand gegen die Reformpolitik nahm vor diesem Hintergrund Ende der 1990er Jahre vor allem in den Zentren der Schwerindustrie im Nordosten des Landes erneut deutlich zu. Dabei handelte es sich in erster Linie um öffentliche Proteste, Demonstrationenmärsche und Straßenblockaden, vielfach ausgehend von bereits «freigestellten»,⁶ arbeitslosen oder pensionierten ArbeiterInnen (vgl. Lee 2010: 213 f.). Insgesamt stieg die Anzahl sogenannter Massenvorfälle, das heißt größerer Proteste, Demonstrationen und Streiks, von 8.700 im Jahr 1993 auf 32.000 im Jahr 1999. Die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse wurde von den ArbeiterInnen als offener Klassenkonflikt wahrgenommen (vgl. Chen 2006), was sich auf Demonstrationen etwa auch in skandierten Parolen wie «Nieder mit der neu entstandenen Bourgeoisie!» und «Ja zum Sozialismus. Nein zum Kapitalismus» ausdrückte (vgl. Lee 2010: 209). In einigen Fällen konnte der Widerstand die Umsetzung bestimmter Maßnahmen verzögern, insgesamt konnte der Umbau des Staats- und Kollektivsektors aber nicht gestoppt werden.⁷

6 Die chinesische Regierung schuf in dieser Hochphase des Restrukturierungsprozesses die Kategorie der sogenannten Freigestellten (*xiaogang*). Die hiermit gefassten Personen wurden offiziell nicht als arbeitslos gezählt. Sie blieben ihrer Arbeitseinheit zugeordnet und erhielten in der Regel für einen begrenzten Zeitraum weiterhin gewisse Sozialleistungen.

7 Zwischen 2004 und 2008 ging die Zahl der ArbeiterInnen in Staatsbetrieben etwa auf 64,6 Millionen auf 61,3 Millionen zurück (vgl. Au 2012: 155). Auch wenn die größte Welle der Privatisierungen bis Anfang der 2000er Jahre abgeschlossen war, zeigt sich hiermit, dass weitere Restrukturierungen im Sinne der Profitmaximierung von Staatsunternehmen nicht ohne Auswirkungen geblieben sind.

All diese Veränderungen waren wesentlich für die Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus in China. Bedeutende Teile der bürokratischen Staatsklasse konnten sich im Zuge des Restrukturierungs- und Privatisierungsprozesses vormals direkt vom Parteistaat kontrolliertes Eigentum privat aneignen, da dies vorwiegend an bisherige Manager von Staats- und Kollektivunternehmen sowie lokalstaatliche EntscheidungsträgerInnen und deren Familienmitglieder übergang (vgl. Breslin 2013: 52 f.). Diese stellten nun – neben den UnternehmerInnen im bereits zuvor entstandenen chinesischen Privatsektor, die sich ebenfalls zu einem Großteil aus vormaligen Parteikadern und staatlichen BeamtInnen rekrutierten (vgl. Dickson 2003) –, den Kern der sich formierenden nationalen Kapitalistenklasse dar (vgl. Wenten 2011: 35). Aber auch in jenen Staatsunternehmen, über die der Parteistaat die Kontrolle aufrecht erhielt, setzten sich kapitalistische Produktionsverhältnisse durch, da die Unternehmensführung einer de facto privatkapitalistischen Rationalität der Profitmaximierung angepasst wurde und bisher betrieblich verankerte Sozialleistungen weitgehend von den Unternehmen entkoppelt wurden (vgl. Andreas 2008: 132 f.). Schließlich artikuliert sich die Restrukturierung der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse auch in einer nachhaltigen Transformation des chinesischen Staates und der Kommunistischen Partei. Dies resultierte in einer Konfiguration, in der «privat-öffentliche Wachstumsregime» (ten Brink 2013: 131 ff.) eine zentrale Bedeutung einnehmen, in denen (vor allem lokal-)staatliche Akteure «in ihren Akkumulationsstrategien vergleichbare Kapazitäten wie privatkapitalistische Manager [entwickeln]» (ebd.: 171). Aufgrund der «quasi symbiotischen Beziehung zwischen staatlichen und nationalen Kapitalfraktionen und der KPCh» können sich dabei Kapitalinteressen relativ einfach in staatliches Handeln einschreiben, «während den Subalternen – nicht zuletzt aufgrund der passiven Haltung der Staatsgewerkschaft – nur wenige institutionelle Einflussmöglichkeiten zur Verfügung» stehen (Schmalz 2013: 339). Ein konkreter Ausdruck dieser Entwicklungen ist nicht zuletzt, dass mit der 2002 in das Parteistatut integrierten Theorie der «Drei Vertretungen» die Aufnahme von PrivatunternehmerInnen in die Partei formal legitimiert wurde, und sich seither auch die Zahl der UnternehmerInnen im Nationalen Volkskongress deutlich erhöht hat (vgl. Tsai 2007: 99 ff.; Breslin 2013: 79).

3.4 Eine Harmonisierung der Widersprüche? (Seit 2003)

Die dritte, mit dem Führungswechsel an der Partei- und Staatsspitze (Hu Jintao/Wen Jiabao) in den Jahren 2002/03 eingeleitete Phase des chinesischen Reformprozesses ist weniger durch grundlegende Veränderungen in der ökonomischen Entwicklungsstrategie als durch Versuche gekennzeichnet, die im bisherigen Reformverlauf entstandenen politökonomischen Widersprüche zu bearbeiten. Dabei zielte die Spitze der KPCh darauf ab, die staatliche Rolle als Regulierungsinstanz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu stärken (vgl. Wenten 2011: 41). Auf Grundlage des sogenannten wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts wurden Anstrengungen zur Loslösung von der Exportabhängigkeit unternommen: Die Stärkung des Binnenkonsums

sowie der Abbau regionaler und Stadt-Land-Entwicklungsunterschiede sind auch im gegenwärtigen 12. Fünfjahresplan (2011–2015) zentral. Mit der Zielvorgabe einer «harmonischen Gesellschaft» stehen insbesondere sozial- und umweltpolitische Maßnahmen im Vordergrund staatlicher Politik. Diese Entwicklungen als Ausdruck einer «sozialistischen Perspektive» oder «revolutionären Tradition» zu interpretieren (Peters in diesem Band; Arrighi 2008: 463, 468), ist irreführend und entbehrt jeder Grundlage. Vielmehr muss diese staatliche Strategie als Reaktion auf die seit 2003 weiter zunehmenden sozialen (Klassen-)Konflikte verstanden werden. Allgemeiner formuliert, nimmt der chinesische Parteistaat damit eine für kapitalistische Staaten charakteristische Aufgabe wahr: die Reproduktion der sozialen Verwertungsbedingungen unter den Bedingungen einer kapitalistischen Klassengesellschaft.

Die Transformation der Klassenverhältnisse in dieser Phase des Reformprozesses war durch eine weitreichende Veränderung in der Zusammensetzung der chinesischen Arbeiterklasse geprägt. Während sich, wie oben skizziert, die Zahl der im Staats- und Kollektivsektor beschäftigten ArbeiterInnen seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich reduziert hatte, dehnte sich der Semi-Proletarisierungsprozess der ländlichen Bevölkerung seit Anfang der 2000er Jahre neuerlich signifikant aus. So wird die Gesamtzahl an WanderarbeiterInnen gegenwärtig von offiziellen Statistiken und unabhängigen ForscherInnen auf 268 bis 280 Millionen geschätzt (vgl. NBSC 2014; Wang 2011). Eine der zentralen Triebkräfte hierfür war die erneute Ausweitung des ausländisch finanzierten Exportsektors nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001: Das Volumen der ADI wuchs nach einem kurzen Einbruch infolge der Asienkrise wieder um jährlich mehr als zehn Prozent, wodurch China im Jahr 2003 auch erstmals die USA als globaler Hauptzielort für ADI ablöste. Diese fließen vorwiegend – in den Jahren 2003/04 etwa zu 70 Prozent – in die verarbeitende Industrie (vgl. Naughton 2007: 419; Chan 2010: 23), in der sich auch der größte Teil (aktuell: 31 Prozent) der ArbeitsmigrantInnen verdingt und in welcher sie auch die Mehrheit der Beschäftigten stellen (vgl. NBSC 2014).

Vor diesem Hintergrund traten WanderarbeiterInnen im Verlauf der 2000er Jahre auch ins Zentrum der Klassenauseinandersetzungen (vgl. Chen 2013: 89, 99 ff.). Während sich die jährliche Zahl der sogenannten Massenvorfälle laut staatlicher Behörden zwischen 2000 und 2005 von 40.000 auf 87.000 mehr als verdoppelte, sprechen unabhängige Schätzungen von einem weiteren Anstieg auf etwa 180.000 Vorfälle im Jahr 2010 (vgl. People's Daily China, 10. Februar 2012), wobei der Anteil der Arbeiterproteste bei etwa 30 Prozent liegen soll (vgl. Yu 2007). Ebenso nahmen die bei Arbeitsbehörden als Schiedsfälle registrierten Arbeitskonflikte von 48.121 im Jahr 1996 auf eine zwischenzeitliche Höchstzahl von 693.465 (2008) dramatisch zu, während seither beinahe durchgehend mindestens 600.000 Konflikte pro Jahr registriert werden. Auch qualitative Veränderungen hinsichtlich der Organisationsformen und Inhalte der Arbeitskämpfe werden beobachtet. Zum einen ist laut Untersuchungen von Streiks im südchinesischen Perlflossdelta seit 2003 eine deutliche Tendenz hin zu

interessenbasierten und «offensiven» Forderungen festzustellen, die sich – im Vergleich zu Arbeitskämpfen bis Anfang der 2000er Jahre – nicht mehr auf existierende, rechtliche Standards beziehen, sondern auf «angemessene» und «gerechte» Löhne und Arbeitsbedingungen drängen (Chan/Pun 2009; Elfstrom/Kuruvilla 2014). Zum anderen sind in den letzten Jahren auch zunehmend «ansteckende» Streiks und erste Versuche der fabrikübergreifenden Vernetzung von Protestaktionen durch ArbeiteraktivistInnen zu beobachten, die tendenziell über das bisher dominante Muster eines auf einzelne Betriebe beschränkten «zellulären Aktivismus» (Lee 2007) hinausgehen. Diese Veränderungstendenzen in den durchweg «wilden Streiks» können unter anderem auf die gestiegenen Ansprüche und die gewachsene Konfliktbereitschaft der nunmehr zweiten und dritten Generation von WanderarbeiterInnen als auch – bedingt durch die seit 2003 in den chinesischen Küstenregionen wiederholt auftretende Arbeitskräfteknappheit – auf eine gestiegene Verhandlungsmacht dieses migrantischen Segments der chinesischen ArbeiterInnenklasse zurückgeführt werden (vgl. Pun/Lu 2009; Chan 2010).

Die ohne diese Entwicklung in den Klassenauseinandersetzungen nicht erklärbaren parteistaatlichen Bemühungen um eine «Harmonisierung» der Arbeitsbeziehungen konzentrieren sich seither auf deren Verrechtlichung und die Etablierung von Mechanismen für eine institutionalisierte Konfliktaustragung. Besonders hervorzuheben sind hierbei das Arbeitsvertragsgesetz sowie das Gesetz über Schlichtung und Schiedsverfahren bei Arbeitskonflikten, die beide im Jahr 2008 in Kraft traten (vgl. Schucher 2008; Geffken/Cui 2014). Zudem wurden Versuche zur Reform des staatlichen Gewerkschaftsbundes und in den letzten Jahren auch zur Einführung von Kollektivverhandlungen unternommen, die auf eine quasi-sozialpartnerschaftliche Integration von WanderarbeiterInnen abzielen (vgl. Pringle 2011). Die Anstrengungen zur Befriedung von Arbeitskämpfen sind jedoch bisher weitgehend gescheitert. Die institutionelle Abhängigkeit der Gewerkschaft vom autoritären Parteistaat sowie ihre auf Betriebsebene charakteristisch enge Bindung an das jeweilige Management schränken ihre Möglichkeiten als konfrontative, die Interessen der Lohnabhängigen repräsentierende Bewegung drastisch ein. Dadurch bleiben die Gewerkschaften in den Augen der ArbeiterInnen delegitimiert (vgl. Friedman 2014). Aufgrund der Interessenskonvergenzen zwischen UnternehmerInnen und lokalstaatlichen AkteurInnen bestehen darüber hinaus weiterhin deutliche Lücken hinsichtlich der tatsächlichen Implementierung der Arbeits- und Sozialgesetze.

Die vor diesem Hintergrund auch nach der vielbeachteten Streikwelle in der chinesischen Automobilindustrie im Jahr 2010 (vgl. u. a. FreundInnen von Gongchao 2010; Butollo/ten Brink 2012) weiter zunehmenden Arbeitskämpfe (vgl. u. a. CLB 2014) ereignen sich in einem Kontext der ungebrochenen Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft. Die von der Partei- und Staatsführung seit 2006 und mit besonderem Nachdruck infolge der Weltwirtschaftskrise forcierten Versuche, diese für die kapitalistische Entwicklung in China charakteristische Widerspruchskonstellation mit Reformen zur Stärkung des Binnenkonsums zu bearbeiten, waren bisher kaum

erfolgreich. Es war auch in den vergangenen Jahren die Steigerung der Exportquote, die hinter den erneut hohen Wachstumsraten der Volkswirtschaft stand, während die Konsumquote von 50 Prozent in den späten 1990er Jahren auf 34 Prozent im Jahr 2010 gesunken ist (vgl. ten Brink 2013: 233). Da Niedriglöhne und eine unterentwickelte Sozialpolitik Grundcharakteristika der vorherrschenden Entwicklung sind, erscheint eine weitere Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den chinesischen Lohnabhängigen und jenen unternehmerischen und staatlichen Kräften, die von diesem Billiglohnmodell profitieren, in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich.⁸

4 Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde argumentiert, dass ein analytischer Fokus auf die Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse sowie der damit verbundenen sozialen Kämpfe einen wichtigen Beitrag zu einem adäquaten Verständnis der Herausbildung und der Widersprüche des chinesischen Kapitalismus leisten kann. Dieses übergreifende Argument wurde im Rahmen eines historischen Überblicks über den chinesischen Transformationsprozess seit 1978 entwickelt. Im direkten Gegensatz zu einer weitgehend unkritischen und letztlich irreführenden Interpretation der gegenwärtigen Entwicklungsweise in Begriffen einer «Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus» habe ich dabei verdeutlicht, dass die Einleitung der Reformpolitik als kriseninduziert und auf den Widersprüchen einer seit 1949 entstandenen staatsbürokratischen Klassengesellschaft aufsetzend zu verstehen ist. Es wurde herausgearbeitet, dass die erste Phase des Reformprozesses (1978–1989) durch eine im Kontext der Agrarreformen und des Aufstiegs der ländlichen Industrie einsetzende Semi-Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung sowie eine graduelle Kommodifizierung der Arbeitskraft im staatlichen (Industrie-)Sektor gekennzeichnet war. Die Intensivierung der Marktreformen seit 1992, so wurde argumentiert, muss ebenfalls vor dem Hintergrund der in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmenden sozialen und ökonomischen Widersprüche interpretiert werden. Die Hinwendung zu einer exportorientierten Entwicklungsstrategie sowie die von intensiven sozialen Kämpfen geprägte Restrukturierung des staatlichen Sektors führten bis Anfang der 2000er Jahre zu einer Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie einer damit verbundenen Transformation des chinesischen Parteistaates. Schließlich wurde verdeutlicht, dass auch die seit 2002/03 forcierten sozialpolitischen Maßnahmen des chinesischen Parteistaates als Reaktion auf die Zunahme von offenen Klassenauseinandersetzungen zu verstehen sind, in deren Zentrum ländliche ArbeitsmigrantInnen stehen. Trotz der jüngsten Reformbemühungen ist nicht zu erwarten, dass die sozialen Kämpfe in China in naher Zukunft abnehmen werden.

8 Dass auch die politische Elite von einer weiteren Zuspitzung sozialer (Klassen-)Konflikte ausgeht und diese mit verstärkter Repression zu beantworten gewillt ist, darauf verweisen nicht zuletzt die steigenden Ausgaben für den internen Sicherheits- und Repressionsapparat, die 2011 auch das Militärbudget überstiegen (vgl. Chen X. 2013), sowie die unter der Führung von Xi Jinping und Li Keqiang erneut verschärften Polizeimaßnahmen gegen soziale AktivistInnen.

Literatur

- Andreas, Joel (2008): Changing Colours in China, in: *New Left Review* 54, 123–142.
- Arrighi, Giovanni (2008): *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg.
- Au Loong Yu (2012): *China's Rise. Strength and Fragility*, Pontypool.
- Bramall, Chris (2009): *Chinese Economic Development*, London/New York.
- Breslin, Shaun (2013): *China and the Global Political Economy*, Basingstoke.
- Butollo, Florian/ten Brink, Tobias (2012): Challenging the Atomization of Discontent. Patterns of Migrant-Worker Protest in China during the Series of Strikes in 2010, in: *Critical Asian Studies* 3/2012, 419–440.
- Chan, Anita (2001): *China's Workers under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, London/New York.
- Chan, Chris King-Chi (2010): *The Challenge of Labour in China. Strikes and the Changing Labour Regime in Global Factories*, London/New York.
- Chan, Chris King-Chi/Pun Ngai (2009): The Making of a New Working Class? A Study of Collective Action of Migrant Workers in South China, in: *The China Quarterly* 198, 287–303.
- Chen Chih-Jou Jay (2013): Die Zunahme von Arbeitskonflikten in China. Ein Vergleich von ArbeiterInnenprotesten in verschiedenen Sektoren, in: Egger, Georg et al. (Hrsg.): *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien, 78–105.
- Chen Feng (2006): Privatization and its Discontents in Chinese Factories, in: *The China Quarterly* 185, 42–60.
- Chen Xi (2013): The Rising Cost of Stability, in: *Journal of Democracy* 1/2013, 57–64.
- Cho, Hyeekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster.
- CLB (China Labour Bulletin) (2014): Searching for the Union. The Workers' Movement in China 2011–2013, unter: clb.org.hk/en/sites/default/files/File/research_reports/searching_for_the_union_1.pdf (Stand: 30.9.2014).
- Dickson, Bruce (2003): *Red Capitalists in China. The Party, Private Entrepreneurs, and Prospects for Political Change*, Cambridge.
- Elfstrom, Manfred/Kuruville, Sarosh (2014): The Changing Nature of Labour Unrest in China, in: *Industrial and Labor Relations (ILR) Review* 2/2014 453–480.
- Fan, Cindy C. (2008): *China on the Move. Migration, the State, and the Household*, London/New York.
- FreundInnen von Gongchao (2010): «Sie haben das selbst organisiert» – Die Streikwelle von Mai bis Juli 2010 in China, in: Pun, Ngai/Lee, Ching Kwan u. a.: *Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*, Hamburg/Berlin, 225–257.
- Friedman, Eli (2014): *Insurgency Trap. Labor Politics in Postsocialist China*, Ithaca/London.
- Fuchs, Daniel (2013): Development Strategies and Migrant Labour in China – Historical Change and Recent Struggles, in: *Studia Orientalia Slovaca* 2/2013, 247–270.
- Gallagher, Mary Elizabeth (2005): *Contagious Capitalism. Globalization and the Politics of Labor in China*, Princeton/Oxford.
- Geffken, Rolf/Cui Can (2014): *Das Chinesische Arbeitsvertragsgesetz. Neue kommentierte Ausgabe*, Cadenberge.
- Hao Ren u. a. (2014): *Streiks im Perlfussdelta. ArbeiterInnenwiderstand in Chinas Weltmarktfabriken*, Wien.
- Hart-Landsberg, Martin/Burkett, Paul (2005): *China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle*, New York.
- Harvey, David (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich.
- Lee, Ching Kwan (2010): Die Entwicklung des Arbeiteraufbruchs in China, in: Pun Ngai/Lee, Ching Kwan u. a.: *Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*, Hamburg/Berlin, 193–224.
- Lee, Ching Kwan (2007): *Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley/Los Angeles/London.
- Li Shi (2010): The Economic Situation of Rural Migrant Workers in China, in: *China Perspectives* 4/2010, 4–15.
- Meisner, Maurice (1999): *Mao's China and after. A History of the People's Republic*. 3. Aufl., New York.
- Naughton, Barry (2007): *The Chinese Economy. Transitions and Growth*, Cambridge/London.
- NBSC (National Bureau of Statistics of China) (2014): 2013 nian quanguo nongmingong jiance baogao (Untersuchungsbericht zu WanderarbeiterInnen 2013), unter: www.stats.gov.cn/tjsj/zxfb/201405/t20140512_551585.html (Stand: 30.9.2014).
- Perry, Elizabeth (1995): *Labor's Battle for Political Space: The Role of Worker Associations in Contemporary China*, in: Davis, Deborah S. u. a. (Hrsg.): *Urban Spaces in Contemporary China. The potential for autonomy and community in Post-Mao China*, Cambridge, 302–325.

- Pringle, Tim (2011): *Trade Unions in China. The Challenge of Labour Unrest*, London/New York.
- Pun Ngai (2006): *Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace*, Durham/London/Hong Kong.
- Pun Ngai (2007): Schlafsaalkapitalismus in Shenzhen, in: *Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis* 3/2007, 30–35.
- Pun Ngai/Lu Huilin (2010): Unfinished Proletarianization: Self, Anger, and Class Action among the Second Generation of Peasant-Workers in Present-Day China, in: *Modern China* 5/2010, 493–519.
- Schmalz, Stefan (2013): Neue Vögel im Käfig? Chinas steiniger Weg zu einem neuen Akkumulationsregime, in: Atzmüller, Roland u. a. (Hrsg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster, 329–352.
- Schucher, Günter (2008): Harmonisierung per Gesetz. Arbeitskonflikte in China und das neue Arbeitskonfliktgesetz, in: *China aktuell* 4/2008, 64–109.
- Sheehan, Jackie (1998): *Chinese Workers. A New History*, London.
- Smith, Chris/Pun Ngai (2006): The Dormitory Labour Regime in China as a Site for Control and Resistance, in: *International Journal of Human Resource Management* 8/2006, 1456–1470.
- Solinger, Dorothy J. (1999): Contesting Citizenship in Urban China. Peasant Migrants, the State, and the Logic of the Market, Berkeley/Los Angeles/London.
- Taylor, Bill/Chang Kai/Li Qi (2003): *Industrial Relations in China*, Cheltenham/Northampton.
- Tsai, Kellee S. (2007): *Capitalism without Democracy. The Private Sector in Contemporary China*, Ithaca/London.
- ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*, Frankfurt/New York.
- Unger, Jonathan (2002): *The Transformation of Rural China*, New York.
- Walder, Andrew G. (1986): *Communist Neo-Traditionalism. Work and Authority in Chinese Industry*, Berkeley/Los Angeles/London.
- Walder, Andrew (1984): The Remaking of the Chinese Working Class, 1949–1981, in: *Modern China* 1/1984, 3–48.
- Walder, Andrew G./Gong, Xiaoxia (1993): Workers in the Tiananmen Protests. The Politics of the Beijing Workers' Autonomous Federation, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 29, unter: www.tsquare.tv/links/Walder.html (Stand: 10.3.2014).
- Wang Hui (2003): *China's New Order. Society, Politics, and Economy in Transition*, Cambridge.
- Wang Kan (2011): Collective Awakening and Action of Chinese Workers. The 2010 Auto Workers' Strike and its Effects, in: *Sozial.Geschichte Online* 6/2011, 9–27.
- Wenten, Frido (2011): Restructured Class-Relations since 1978, in: Scherrer, Christoph (Hrsg.): *China's Labor Question*, München, 28–48.
- Wu Yiching (2014): *The Cultural Revolution at the Margins. Chinese Socialism in Crisis*, Cambridge/London.
- Wu Yiching (2005): Rethinking «Capitalist Restoration» in China, in: *Monthly Review* 6/2005, unter: monthlyreview.org/2005/11/01/rethinking-capitalist-restoration-in-china (Stand: 4.1.2015).
- Yu Jianrong (2007): *Zhongguo de saoluan shijian yu guanzhi weiji* (China's Riots and its Management Crisis), unter: www.chinaelections.org (Stand: 2.12.2011).
- Zhang, Qian Forrest/Donaldson, John A. (2008): The Rise of Agrarian Capitalism with Chinese Characteristics: Agricultural Modernization, Agribusiness and Collective Land Rights, in: *The China Journal* 30, 25–47.
- Zweig, David (2002): *Internationalizing China. Domestic Interests and Global Linkages*, Ithaca/London.
- Zweig, David (1997): *Freeing China's Farmers. Rural Restructuring in the Reform Era*, New York/London.

Werner Birnstiel

CHINA MUSS SEINEN WEG GEHEN - STICHWORTE ZUR ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN MARKTWIRTSCHAFT IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Das zentrale Anliegen meiner Ausführungen ist es, darauf einzugehen, wie es der Kommunistischen Partei (KP) Chinas gelingt, aktuell-praktisch und mit einem strategischen Ausblick soziale Verteilungsgerechtigkeit bei der Aneignung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion in der Volksrepublik China durchzusetzen.

Aus meiner Sicht und den Erfahrungen vor Ort in China in den vergangenen 23 Jahren entwickelt sich dort eine «sozialistische Marktwirtschaft» in einem Prozess, der zu einem «Sozialismus chinesischer Prägung» führt.

1 Historischer Hintergrund

Diese Entwicklung ist untrennbar mit der jüngeren Geschichte Chinas verknüpft:

- Bis 1911 existierte in China ein «versteinerter Feudalismus», bis 1949 hatte China den Status einer «Halbkolonie». Erst mit der Gründung der Volksrepublik 1949 erlangte das Land seine volle Souveränität.
- In allem stand das Land am Anfang, der größte Teil der Bevölkerung lebte in bitterster Armut oder in Elend. Heute kann ein «bescheidener Wohlstand» für die meisten seiner Bürger festgestellt werden.
- Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 stieg das jährlich verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von 190 US-Dollar (1978) auf 2.300 US-Dollar (2013). Diese Steigerung wird erreicht bei einer Bevölkerung von heute 1.369 Millionen, die derzeit jährlich trotz Geburtenregelung um 4,8 Millionen Menschen wächst und 1.395 Millionen im Jahr 2020 betragen wird. Ohne Geburtenregelung hätte China heute 310 Millionen Einwohner mehr. Das heißt, dass knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung von sieben Prozent der globalen landwirtschaftlichen Nutzfläche ernährt werden.
- Die Lebenserwartung ist von 36 (im Jahr 1950) auf gegenwärtig 75 Jahre angestiegen. Eine der wichtigsten Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten ist

deshalb, die Bevölkerung der Volksrepublik zu versorgen und die Überbevölkerung zu vermindern.

- Ab etwa 2025 wird mit einem Rückgang des Bevölkerungswachstums gerechnet. Bereits bis 2021, dem 100. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, wird laut Hu Jintao die «umfassende Vollendung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand» erreicht sein (Hu 2012).

2 Politische, wirtschaftliche und soziale Prämissen der KP Chinas bei der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft in China

- China war immer ein Staatswesen, das durch eine Zentralmacht regiert wurde und eine dementsprechende Gesellschaftsstruktur aufwies. In dieser Weise ist China über 2.500 Jahre historisch gewachsen und wird auch zukünftig keinem «westlichen (Parteien-)Pluralismus» folgen, sondern voraussichtlich in einer spezifischen Form zentralstaatlich regiert bleiben.
- Die KP Chinas wird in diesem Sinne ihre Regierungsfähigkeit ständig weiter modernisieren und als Macht ausübende Partei vertiefen. Entscheidend ist dabei: Demokratische Prozesse werden durch die KP Chinas im Rahmen der für China spezifischen Konsultativdemokratie vorangetrieben. Die zunehmende marktwirtschaftliche Entwicklungsvielfalt wird auf diese Weise gezielt mit der sich ausprägenden politischen Meinungs- und Handlungsvielfalt verknüpft. Sie führt zwangsläufig zu größerer individueller Handlungsfreiheit im Lebens- und im Berufsalltag. Diese hat sich insbesondere seit Ende der 1990er Jahre ausgeweitet und eine neue Qualität erreicht. Das erlebe ich häufig in der Arbeit vor Ort in China.
- Die Vielfalt in den Eigentumsverhältnissen und die unterschiedlichen Formen des Eigentums an Produktionsmitteln fördern die Produktivkraftentwicklung mit der Hauptproduktivkraft Mensch derart, dass unter den Bedingungen in China eine allseits rasante Entwicklung möglich geworden ist. Dabei herrscht ein immenser Konkurrenzdruck in allen Lebensbereichen, der noch weiter zunimmt. Diese Entwicklung wird von der KP Chinas im politischen Alltag, politisch-strategisch, makroökonomisch und sozial gesteuert und reguliert. Sie dann tatsächlich in schrittweise ebenfalls regulierten sozialen Fortschritt für einen immer größeren Teil der Bevölkerung umzusetzen, ist und bleibt für die KP Chinas der Kernbereich ihrer Politik und Strategie.
- In strategischen Bereichen der Volkswirtschaft ist es im Interesse der KP Chinas, dass die staatliche Dominanz oder Beteiligung in den Besitzverhältnissen bestehen bleibt. Sowohl bei der langfristigen strukturellen Ausrichtung als auch bei ständig zu konkretisierenden Rahmensetzungen ist die KP Chinas der politisch lenkende, mitorganisierende und auch kontrollierende Entscheidungsträger. Politisch-makroökonomisch werden Clusterbildungen in Provinzen, Autonomen Gebieten und in Regionen geplant, praktisch vorbereitet und begleitet. Aktuell geht es zum Beispiel um die materiell, finanziell und personell geförderte Go-West-Strategie in den ärmeren Provinzen und Autonomen Gebieten Zentral- und Westchinas.

- Das seit den 1980er Jahren dominierende quantitative Wachstum in der Wirtschaftsentwicklung soll planmäßig und schrittweise zu einem qualitativen Wachstum hingeführt werden. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum des BIP 7,54 Prozent (2007: 14,16 Prozent; 2010: 10,45 Prozent). Es wird gegenwärtig ein Prozess der Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas eingeleitet. Er zielt darauf, durch den zunehmend effizienteren Umgang mit den natürlichen, materiellen und menschlichen Ressourcen – durch sicherere Arbeitsverhältnisse, bessere Bildung, hinreichende Einkommen, verlässlichere soziale Absicherung, medizinische Versorgung auf höherem Niveau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse – eine neue Lebensqualität für immer weitere Kreise der Bevölkerung zu erreichen.
- Politisch steht dabei im Mittelpunkt, dass die Führung unter Xi Jinping auf allen Ebenen und in allen Bereichen konsequent gegen die in China uralten Übel Korruption, Formalismus und Bürokratismus vorgeht. Dementsprechend fand ab dem 20. Oktober 2014 das 4. Plenum des 18. Zentralkomitees der KP Chinas statt. Zentrales Thema war der Ausbau der Rechtsstaatlichkeit im Staat, in den Regierungen aller staatlichen Ebenen und in der Gesellschaft insgesamt.
- Umweltschutz ist nicht billig zu haben. Es wird deshalb noch eine Zeitspanne dauern, bis modernen Umweltstandards in der Industrie und Landwirtschaft tatsächlich entsprochen wird – zumal vielerorts zu erleben ist, wie katastrophal gering das Umweltbewusstsein entwickelt ist und die Umwelt aus Profitgier, aus Unkenntnis oder Sorglosigkeit der Bevölkerung geschädigt wird. Insbesondere seit Mai 2013 wird nun zum Programm erhoben, in eine «neue Ära der ökologischen Zivilisation des Sozialismus» einzutreten (Xi 2014). Konkret heißt das, planvoll eine Standortverteilung und Industriestruktur durchzusetzen, die zur Ressourceneinsparung, zu ökologischer Sicherheit und zu einer umweltfreundlicheren Produktions- und Lebensweise führt.

3 Soziale Verteilungsgerechtigkeit durch sozialistische Marktwirtschaft als Grundlage des Sozialismus chinesischer Prägung

Erwiesen ist, dass bei der Verbesserung der Lebenslage breiter Schichten der Bevölkerung durch die komplexe Gestaltung des Prozesses sozialer Verteilungsgerechtigkeit unter der Federführung der KP Chinas und der Regierungen aller Ebenen enorme Fortschritte erreicht worden sind. In diesem zugleich auch von krassen Widersprüchen geprägten Prozess steht die schrittweise Durchsetzung eines möglichst hohen Grades an sozialer Sicherheit für den Einzelnen, für die Familie, für die Kommune und die Region im Mittelpunkt. Bei der Entwicklung und Absicherung des «bescheidenen Wohlstands für alle» wird praktisch in allen Bereichen experimentiert. Seit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees der KP Chinas im November 2013 wird dabei auf die «entscheidende Rolle des Marktes bei der Ressourcenallokation» fokussiert (auf dem 14. Parteitag der KP Chinas 1992 ging es noch um die «grundlegende Funktion» des Marktes).

Das Neue und überaus Schwierige bei der politischen und makroökonomischen Lenkung und Leitung dieser Entwicklung besteht darin, dass kapitalistische marktwirtschaftliche Funktions- und Wirkungsmechanismen für die Durchsetzung sozialistischer gesellschaftlicher Zielstellungen genutzt werden. Das ist ständig eine politische, ökonomische und soziale Neulanderschließung und zugleich eine Gratwanderung zwischen marktwirtschaftlichen Sachzwängen und den zu gestaltenden Voraussetzungen, Anforderungen und Möglichkeiten des «Sozialismus chinesischer Prägung» – und all das in den Dimensionen Chinas mit seiner fast 1,4 Milliarden Menschen zählenden Bevölkerung:

- Im 12. Fünfjahresplan von 2010 bis 2015 sollen pro Jahr über neun Millionen neue städtische Arbeitsplätze durch die gezielte Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen in der Industrie und in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden. Zugleich wird die Optimierung von Strukturen und Mechanismen für die Annäherung im Entwicklungsniveau zwischen Stadt und Land in Angriff genommen. Die schrittweise Modernisierung in der Landwirtschaft wird in den nächsten Jahren zu weiteren spürbaren Einkommenserhöhungen für die Landbevölkerung führen. Besonders wichtig für die Bauern war der per Gesetz durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses gewährte dauerhafte Erlass der Agrarsteuer seit Januar 2006. Damit gehören die seit 2.600 Jahren fälligen Getreideabgaben der Bauern an den Staat endgültig der Vergangenheit an. Willkürlich erhobene Agrarsteuern durch – diesbezüglich mitunter sehr erfindungsreiche – örtliche Regierungen können nun strafrechtlich verfolgt werden. Natürlich müssen die Bauern auch weiterhin Steuern für andere Einkünfte aus ihrer Tätigkeit zahlen. Insgesamt wurde aber ein wichtiger Schritt getan, um chinaweit ein einheitliches Steuersystem zu schaffen und so die einander bedingende sozial ausgewogenere und ökologisch nachhaltigere Entwicklung von Stadt und Land zu fördern.
- Unternehmen verschiedener Eigentumsformen und Größe werden in diese soziale Strukturentwicklung eingebunden durch die Kombination von staatlicher finanzieller Förderung, Einflussnahme auf die Personalpolitik, die Erhöhung der Qualifikation der Leitungsebenen durch Aus- und Weiterbildung sowie die Einführung des dualen Ausbildungssystems zur umfassenden Behebung des Mangels an qualifizierten Facharbeitern und Technikern in nahezu allen produzierenden Wirtschaftszweigen.
- Im Rahmen der Urbanisierung geht es insbesondere um die kontrollierte Entwicklung von kleinen (bis 500.000 Einwohner) und mittelgroßen Städten (bis 1,5 Millionen Einwohner). Es wird davon ausgegangen, dass bis 2030 jährlich über 15 Millionen Menschen in die Städte ziehen. Auch vermittels dieses Entwicklungsstrangs wird die schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land durchgesetzt. Bestandteil dieser Reformschritte ist die ausdrückliche Förderung armer Familien.
- Von 2006 bis 2010 wurde mit gesamtwirtschaftlicher Prägung der soziale Wohnungsbau vorangetrieben. Es entstanden 15 Millionen Wohneinheiten. Bis zum

Ende des 12. Fünfjahresplans 2015 kommen weitere 36 Millionen Wohneinheiten hinzu. Zugleich boomt der «freie» Immobilienmarkt, wo aufgrund spekulativer Entwicklungen große Leerstände und etliche Investitionsruinen hingenommen werden müssen. Durch politische Einflussnahme, darunter auf die Banken, wird bei der Kreditvergabe an Immobiliengesellschaften lokal und regional gegengesteuert. Das gelingt nicht durchgängig, wirkt aber insgesamt gegen die Ausweitung und das Platzen einer Immobilienblase. Eine dauerhafte politische, ökonomische und soziale Herausforderung bleibt die soziale Einbindung der etwa 270 Millionen Wanderarbeiter und ihrer Familien in die jeweiligen Arbeitsorte – soweit das überhaupt möglich ist. Die Wanderarbeiter verdienen für chinesische Verhältnisse relativ gut, monatlich durchschnittlich 2.600 Yuan (etwa 340 Euro), müssen aber zumeist weit entfernt von ihren Familien unter teilweise schwierigen Lebensbedingungen ihrem Broterwerb nachgehen. Dadurch verändern sich familiäre Beziehungsgefüge, die nun im traditionsverhafteten und geografisch riesigen China sozialverträglich den neuen Lebensumständen angepasst werden müssen.

- Mit der Schaffung eines Renten- und Krankenversicherungssystems wurde erstmalig in Chinas langer Geschichte 1980 begonnen. Zwischen 2002 und 2012 wurde der «Rahmen eines sozialen Systems» geschaffen, das inzwischen fast die gesamte Bevölkerung erfasst. Herausragend hierbei ist, dass ab 2009 probeweise auch für die damals etwa 670 Millionen Landbewohner die «grundlegende Krankenversicherung» eingeführt und bis 2013 in Stadt und Land schrittweise ausgebaut wurde. Mittlerweile geht es um den Auf- und Ausbau eines «fairen und nachhaltigen Sozialsystems», bei dem der Staat die leitende Rolle innehat und zugleich marktwirtschaftliche Möglichkeiten genutzt werden.

Soweit einige komplexe Beispiele für Veränderungen auf wichtigen Gebieten. Sie lassen sich faktisch auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche ausweiten und werden in der Praxis in einem alles andere als widerspruchsfreien Prozess immer differenzierter mit dem Ziel der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung umgesetzt.

Fazit: Der Aufbau der sozialistischen Marktwirtschaft unter der Führung der KP Chinas hat in den vergangenen 35 Jahren zu unvergleichlich großen Erfolgen geführt. Zugleich weist dieser komplexe Prozess unvermeidlich auch viele Schattenseiten auf und erfordert, dass die KP Chinas inzwischen rigoros gegen Korruption, Vetternwirtschaft, Profitgier in Verbindung mit schamloser Ausbeutung von Arbeitskräften und Machtmissbrauch politisch und rechtsstaatlich abgesichert vorgehen kann und muss.

Es steht durchaus zur Debatte, sich von tradierten Sozialismusvorstellungen und -definitionen zu lösen, neue Entwicklungen – im Sinne von Deng Xiaopings Metapher, «nach den Steinen tastend den Fluss zu überqueren» – als Weg zum Sozialismus chinesischer Prägung zu analysieren und zu akzeptieren. Ganz gewiss geht es dabei auch darum, «linke», de facto eurozentristische Positionen ad acta zu legen und neue

sozialistische Entwicklungsmöglichkeiten aufzunehmen. Dies ist umso nützlicher für uns, weil es in zivilisatorisch richtungsweisenden Staaten wie der Volksrepublik China zur Erhöhung des Lebensstandards breiter Kreise der Bevölkerung führt, zunehmend nachhaltig wirksame Ergebnisse für die effizientere Verwertung knapper werdender Ressourcen wie Arbeit, Kapital, Boden, Wasser und Rohstoffe zur Produktion von Gütern und immateriellen Leistungen erbringt und den Schutz der Umwelt ermöglicht.

Literatur

Hu Jintao (2012): Bericht auf dem XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei China, 8.11.2012, unter: http://german.china.org.cn/china/archive/cpc18/2012-11/16/content_27138402.htm (Stand: 14.9.2015).
Xi Jinping (2014): China regieren, Rödermark.

Bettina Gransow

KAMPFZONE KIEZ¹

CHINESISCHE STADTSANIERUNG, BÜRGERPROTESTE UND ANERKENNUNGSKONFLIKTE

In den dicht besiedelten chinesischen Städten bewirken Sanierungsprojekte nicht nur eine physische Neugestaltung des städtischen Raumes, sondern auch massive Eingriffe in das Alltagsleben seiner BewohnerInnen, ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds. Als Folge solcher Maßnahmen kann es zu zwangsweisen Umsiedlungen kommen, zu Einkommenseinbußen für die Betroffenen und zur Zerstörung informeller ökonomischer und sozialer Netzwerke. Umsiedlungen und möglicherweise ausbleibende oder unzureichende Entschädigungen sind aber nur ein Teil des Problems. Die Betroffenen müssen auch mit dem Schmerz über den Verlust ihres Zuhauses zurechtkommen, mit dem sie emotional verbunden sind, mit ihren Zukunftsängsten und Gefühlen von Unsicherheit, Machtlosigkeit und Wut über die mangelnde Information und Beteiligung am Prozess der Sanierungsplanung und -umsetzung in «ihrem» Kiez. Gerade in Vierteln mit historischem Flair und kulturell bedeutsamer Architektur sind die individuellen und kollektiven Erinnerungen eng mit der Geschichte des Ortes verwoben.

Am Beispiel der Sanierung eines Altstadtviertels in der südchinesischen Stadt Guangzhou beleuchtet diese Studie unter Verwendung eines mikrosoziologischen Ansatzes die komplexen sozialen Dynamiken urbaner Umstrukturierung im Detail, besonders Prozesse der De- und Rekonstruktion physischer und sozialer Räume. Im Fokus stehen die Auswirkungen von Sanierungsmaßnahmen auf die BewohnerInnen und der Spielraum, der ihnen bleibt, um ihren eigenen Ideen und Forderungen Gehör zu verschaffen. Geht es den BewohnerInnen allein um materielle Entschädigung? Welche Rolle spielt die Forderung nach Anerkennung ihrer eigenen Erfahrungen,

1 Der vorliegende Artikel ist die von der Verfasserin überarbeitete Übersetzung eines zuerst unter dem Titel «Reclaiming the Neighbourhood: Urban redevelopment, citizen activism, and conflicts of recognition in Guangzhou» in der Zeitschrift *China Perspectives* Nr. 2/2014 publizierten Textes. Tim Jack übersetzte den Text aus dem Englischen.

ihrer kollektiven Erinnerungen und ihrer durch das Flair des Viertels geprägten Lebenswelten? Inwiefern geht es um Teilhabe am Umgestaltungsprozess des nunmehr umstrittenen städtischen Raums?

In der Tradition von Untersuchungen, die soziale Konflikte nicht als Fehlfunktionen, sondern eher als Ausdruck des sozialen Wandels sehen (vgl. Simmel; Dahrendorf; Coser), liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags auf den im Zuge des Sanierungsprozesses auftretenden und ihn gleichzeitig antreibenden Konflikten um Anerkennung. Im Vordergrund steht dabei die Perspektive der BewohnerInnen, insbesondere derer, die versuchen, ihrer Position in diesem Konflikt eine Stimme zu geben, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen und den Sanierungsprozess, basierend auf ihren eigenen Vorstellungen zur Zukunft des Viertels, zu beeinflussen.

Die Studie basiert auf teilnehmender Beobachtung in den Jahren 2010 bis 2012, Interviews mit BewohnerInnen, Mediendokumentationen und anderen Materialien. Für ein tieferes Verständnis der dargestellten Auseinandersetzung orientiert sich diese Studie an einem anerkennungstheoretischen Modell sozialer Konflikte, das auf der Debatte zwischen Axel Honneth und Nancy Fraser zu Verteilung und Anerkennung beruht (vgl. Fraser/Honneth 2003). Die sozialen Konflikte um die Stadtsanierung zwischen AnwohnerInnen und den lokalen Behörden, so die These dieses Beitrags, gehen über die reine Frage der Verteilung materieller Gewinne und Verluste hinaus. Vielmehr lösen sie Anerkennungskonflikte aus, die von Zwängen, Verhandlungen und asymmetrischer Beteiligung im autoritären und stark kommerzialisierten Transformationsprozess in China geprägt sind. Obgleich diese Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt, kann sie dennoch zum besseren Verständnis der Komplexität und Dynamik sozialer Konflikte, der sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen und der Proteste von BürgerInnen gegen soziale Interventionen im innerstädtischen Raum beitragen.

1 Protestforschung und die Frage der Anerkennung

Das Pilotprojekt zur Sanierung eines Altstadtviertels von Guangzhou, mit dem sich diese Studie befasst, erstreckte sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren und war von Protesten und kollektiven Aktionen der BewohnerInnen des Stadtviertels begleitet. Relevante Forschungsansätze kommen aus der chinabezogenen Protestforschung und ihrem ab den 1990er Jahren entstandenen Paradigma des «berechtigten Widerstands» (vgl. O'Brien 1996; O'Brien/Li 2006; kritisch: Perry 2008). Zunächst prägte dieses Paradigma die frühe Debatte über die Proteste der Landbevölkerung, fand später aber bei Themen wie Umweltschutz und Arbeit auch Anwendung auf den städtischen Protest (vgl. Yu 2007; Cai 2010; Zhu/Wang 2010; Hsing/Lee 2010). Mit der Zeit verbreiterte sich der Ansatz und fragt heute beispielsweise danach, ob Proteste nur auf die Umsetzung bestehender Rechte abzielen oder vielmehr versuchen, Möglichkeiten zur Formulierung neuer Gesetze zu entwickeln (vgl. Jiang 2013). Sowohl in ländlichen als auch in städtischen Konflikten gehören die Enteignung (von Land) und der Abriss von Häusern zu den Auslösern von Widerstand. Wichtige Mit-

tel des Protests sind persönliche und schriftliche Petitionen sowie Versuche der Mobilisierung von Delegierten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (vgl. Chen 2012; Minzner 2006; Gransow 2008). Über die Formen und das Ausmaß der Proteste hinaus lässt sich in der akademischen Diskussion ein besonderes Interesse an der Frage erkennen, ob Proteste das Potenzial haben, der Ein-Parteien-Herrschaft in China gefährlich zu werden und letzten Endes zu einem Wechsel des Regimes führen könnten.² Manche AutorInnen betrachten den Protest selbst als eine Form der Teilhabe (vgl. Yu 2005; Göbel/Ong 2012). Seitdem Tarrow (2008: 7) auf den Mangel an Forschung zu den Beziehungen zwischen Protesten und den Reaktionen der Politik verwiesen hat, ist diese Frage stärker in den Fokus gerückt (vgl. Cai 2008; Lee/Zhang 2013). Mit der Forschung zu Protestbewegungen unter dem Paradigma eines «strapazierfähigen, elastischen Autoritarismus» (*resilient authoritarianism*) von Nathan (2003) werden Konzepte wie das des umstrittenen Autoritarismus (*contentious authoritarianism*) und des konsultativen Autoritarismus (*consultative authoritarianism*) zur Erforschung der vielen Spielarten von Protest und Teilhabe innerhalb autoritärer Systeme genutzt (vgl. Chen 2012; He/Thogerson 2010). Verhandelnder Autoritarismus (*bargaining authoritarianism*) ist ein von Lee und Zhang geprägter Begriff, der drei Praktiken von Herrschaft und Unterordnung im Spannungsfeld zwischen Beamten der untersten Ebene und protestierenden BürgerInnen beschreibt, die sie als Mikrofundament autoritärer Herrschaft identifizieren: die Verhandlung über Proteste, deren bürokratische Vereinnahmung und den Klientelismus. Lee und Zhang argumentieren, dass alle drei Taktiken nach einer Entpolitisierung von Konflikten streben (vgl. Lee/Zhang 2013). So erhellend und überzeugend diese Analyse auch ist, sie beantwortet nicht die Frage, ob eine solche Praxis bloß auf dem taktischen Kalkül von BeamtInnen beruht, die um eine Entschärfung politisch explosiver Inhalte bemüht sind, oder ob die BeamtInnen tatsächlich von einem ökonomischen Hintergrund der Proteste ausgehen und diese daher auch mit ökonomischen Mitteln zu lösen versuchen.

In der vorliegenden Fallstudie kristallisierte sich als Ergebnis der teilnehmenden Beobachtung allmählich heraus, dass der zentrale Auslöser der Konflikte die Frage der Anerkennung beziehungsweise mangelnder Anerkennung war, das heißt die Beachtung oder Missachtung von Problemen, Wünschen, Forderungen, Wissen und Lebensumständen der AnwohnerInnen durch die Planungs- und Regierungsbehörden. Konflikte um Anerkennung werden hier im breiteren Kontext von sozialer Gerechtigkeit, Verteilung und Teilhabe betrachtet. Die Forderungen der AnwohnerInnen nach Anerkennung werden differenziert nach ihren ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen betrachtet. Soziale Anerkennung gilt dabei als eine normative Kategorie, die individuelle Autonomie von intersubjektiver Zustimmung

2 Schucher (2009) verweist auf die Tendenz in der neueren Protestforschung zu autoritären Regimen, jeglichen Protest als gegen das Regime gerichtet zu verstehen.

abhängig macht (vgl. Fraser/Honneth 2003: 1; Fraser 2003).³ Ich definiere Anerkennungskonflikte in Anknüpfung an Honneth als soziale Konflikte, die aus der individuellen oder kollektiven Erfahrung von Missachtung entstehen und die aus dieser Erfahrung heraus Widerstand als eine Äußerungsform eröffnen, die der Selbstvergewisserung des eigenen sozialen oder moralischen Wertes dient.⁴ Gleichzeitig erzeugt diese «Selbst-Bestätigung» innerhalb der protestierenden Gruppe Anerkennung, die wiederum durch die Interaktion mit anderen sie unterstützenden sozialen AkteurInnen noch gestärkt werden kann (vgl. Honneth 1994: 260, 263). Während Fraser und Honneth sich bei ihrer Auseinandersetzung um Verteilung oder Anerkennung explizit auf liberale Demokratien westlicher Gesellschaften beziehen, stelle ich diese Definition von Anerkennungskonflikten in den Kontext des durch Autoritarismus, Marktverhältnisse und gesellschaftliche Transformation geprägten Systems in China und unterscheide hierfür drei Muster der Anerkennung:

1. Paternalistische Fürsorge beziehungsweise Zwang und Unterordnung, wobei sich der Staat mit den ihm geballt zur Verfügung stehenden Ressourcen in der Lage sieht, autoritäre Macht innerhalb eines Wechselverhältnisses zu erhalten und zu stabilisieren.

2. Marktförmiger Tausch und Verteilungsgerechtigkeit, wobei Marktmechanismen zunehmend sämtliche Sphären der chinesischen Gesellschaft durchdringen, einschließlich der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Markt, und immer mehr BürgerInnen um ihre Rechte wissen und diese verteidigen.

3. Soziale Ausdifferenzierung beziehungsweise Pluralisierung und Beteiligung, wobei der schnelle soziale Wandel neue soziale Gruppen hervorbringt, die Wege zur Entscheidungsbeteiligung in Bezug auf den Staat, den Markt und soziale Fragen finden müssen.

Diese drei Muster der Anerkennung stehen für unterschiedliche Solidarbeziehungen und Identitätsentwürfe. Sie bilden den autoritär-flexiblen Rahmen zur Aushandlung von Konflikten um Anerkennung in der chinesischen Gesellschaft.⁵ Wenn Individuen oder Gruppen das Gefühl haben, dass ein vereinbartes Muster von Anerkennung versagt oder grob missachtet wird, kann dieses Gefühl als «Respektlosigkeit» verstanden und zum Motiv sozialer Konflikte werden (vgl. Honneth 2003: 157). Bevor ich näher auf diese Zusammenhänge eingehe, werde ich zunächst den historischen und kulturellen Hintergrund des Altstadtviertels in Guangzhou beschreiben und die Entwicklung des Sanierungsprojekts seit 2007 mit seinem planungstechnischen und regulatorischen Rahmen skizzieren.

3 Für den umkämpften Prozess der Individualisierung in China vgl. Hansen/Svarverud 2010.

4 Allerdings folge ich Honneths Ansatz nicht, Anerkennung als die übergreifende und Verteilung als die ihr untergeordnete moralische Kategorie zu verstehen (vgl. Fraser/Honneth 2003: 2 f.).

5 Die Struktur des Buchs von You-tien Hsing und Ching Kwan Lee (2010) scheint von Nancy Frasers Verständnis sozialer Anerkennung inspiriert zu sein, jedoch gehen Hsing und Lee hierauf nicht im Detail ein und greifen Frasers expliziten Bezug auf westliche Gesellschaften nicht auf. Laurence Roulleau-Berger (2012: 88) schreibt, dass Forderungen nach Anerkennung aus Situationen sozialer, ökonomischer und ethnischer Ungleichheit erwachsen, und beschreibt die Entstehung von *Zwischenräumen* in der chinesischen Gesellschaft, die «Grammatiken der Anerkennung und Geringschätzung» hervorbringen.

2 Ein Altstadtviertel mit kulturgeschichtlichem Flair

Guangzhou, das in der westlichen Welt auch unter dem Namen Kanton bekannt ist, unterlag – wie andere chinesische Städte auch – einer umfassenden Umgestaltung. Der damit verbundene Wettbewerb mit anderen Städten sowie unternehmerisch inspirierte städtische Strategien ließen die Stadtplanung zu einer Priorität werden (vgl. Wu u. a. 2007: 180). Bei dieser Ausrichtung auf den Markt wurde die urbane Landreform zum Dreh- und Angelpunkt für die räumliche Neugestaltung der Stadt. Der Handel mit Bodennutzungsrechten beschleunigte die Umwandlung von Industrie- und Wohngebieten in Büro- und Geschäftsflächen. Zudem hat die Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungen die Rolle der Stadtregierungen in diesem Prozess gestärkt. Neue wirtschaftliche AkteurInnen tauchten auf und die staatliche Regulierung ging Bündnisse mit den Marktkräften ein (vgl. ebd.: 233, 236). In Übereinstimmung mit dem marktwirtschaftlichen Diskurs präsentiert sich Guangzhou als ökonomisches Zentrum und als Weltstadt (*world-class city*), die ihr lokales kulturelles Erbe als Kapital entdeckt hat.⁶ Im Herzen der Altstadt von Guangzhou, zentral zwischen einer belebten Fußgängerzone und einem beliebten Park eingebettet und hervorragend an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen, liegt ein ehemaliges kantonesisches Opernviertel – ein Filetstück in den Augen unternehmerisch orientierter lokaler Behörden, InvestorInnen und ImmobilienmaklerInnen. Südlich grenzt das Viertel an die Straße Xiguanlu.⁷ In dieser Gegend siedelten früher ausländische Handelshäuser, denen es nicht gestattet war, sich in der Stadt selbst niederzulassen (vgl. Tsin 1999: 20). Als Guangzhou 1759 zum einzigen chinesischen Hafen wurde, in dem AusländerInnen Geschäfte treiben durften, dauerte es nicht lange, bis Xiguan als Handelszentrum erblühte. Sinnbild der Xiguan-Kultur (*xiguan wenhua*) sind die Arkaden (*qilou*) in den hohen Gebäuden entlang der Xiguanlu, die Schutz vor Sonne und Regen bieten und mit ihren zahllosen kleinen Handwerksläden, Geschäften und Restaurants zu Spaziergängen einladen.

Im Gegensatz zum lebhaften Treiben auf den umliegenden Straßen war Xiguanlu in jüngster Zeit eher ein ruhiges und friedliches Viertel – zumindest bevor der Abriss von Häusern begann. Die mit traditionellen Granitplatten (*mashi*) gepflasterten Gassen des Viertels sind zu eng für den Autoverkehr. Sie eignen sich jedoch hervorragend für ein Schwätzchen mit den NachbarInnen oder um die historischen Gebäude verschiedener Epochen zu besichtigen. Überall kann man die typischen dreiteiligen Türen der Xiguan-Gebäude (*xiguan dawu*) finden. Sie bestehen aus einer äußeren, halbhohen, gerundeten und oft geschnitzten Flügeltür (*jiaomen*), einer mittleren Sprossentür,

6 Die Entwicklung von Guangzhou zu einer kulturell reichen Weltstadt war das zentrale Thema des Guangzhou Summit Forum im Jahr 2010.

7 Der eigentliche Name der Straße wird auch für das Viertel und das Sanierungsprojekt gebraucht und wurde von mir, um die Privatsphäre der AnwohnerInnen zu wahren, in «Xiguanlu» geändert. «Lu» ist chinesisch für Straße. Xiguan heißt so viel wie «westliche Vorstadt» und bezeichnete im 18. und 19. Jahrhundert ein Gebiet außerhalb (westlich) der Stadtmauern, die das damalige Guangzhou umschlossen.

die Luft und Licht hereinlässt, aber gleichzeitig für Sicherheit sorgt (*tanglong*), und schließlich einer inneren, massiven Holztür (*damumen*).

Mit BewohnerInnen unterschiedlicher sozialer Schichten, zahlreichen Geschäften und Einrichtungen in fußläufiger Entfernung, einer relativ hohen Bevölkerungsdichte und engen nachbarschaftlichen Beziehungen spiegelt das Sanierungsgebiet Xiguanlu in gewisser Weise das Ideal des New Urbanism⁸ wider. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass großstädtische Sanierungsprojekte auf der ganzen Welt große Mühen darauf verwenden, der sozialen Segmentation entgegenzuwirken, um zu erreichen, was es in Xiguanlu bereits in vorbildlicher Weise gab. Daher mag es ironisch erscheinen, wenn ein ehemals stark integriertes Viertel wie Xiguanlu mit seinem besonderen historischen Flair plötzlich von der Abrissbirne getroffen wird. Statt die Stärken des Viertels zu nutzen, um den Gefahren einer Polarisierung der städtischen Gesellschaft entgegenzuwirken, droht das Sanierungsprojekt nun selbst zu einem Motor eben dieser Polarisierung zu werden.

3 Sanierung als soziale Intervention – «Abriss vor Planung»

Erstmals erwähnt wurde das Xiguanlu-Projekt Ende 2006 als eines von fünf geplanten Sanierungsvorhaben in Guangzhou. Insgesamt erstreckt sich das Baugebiet auf eine Fläche von 20,71 Hektar. Davon sollten 2,45 Hektar aufgrund ihrer einzigartigen Merkmale erhalten bleiben (vgl. Ausstellungskatalog 2012; Shin 2014: 270). 14,14 Hektar wurden für den Abriss freigegeben, wofür 1.950 Haushalte permanent umgesiedelt werden sollten. Dies betraf sowohl Personen in gemieteten, von der Stadt verwalteten öffentlichen Wohnungen als auch solche, die private Wohnungen mieteten oder besaßen. Neben den BewohnerInnen des Viertels waren unter anderem die Stadt- und Bezirksverwaltungen mit ihren jeweiligen Planungsbüros, die Umsiedlungsbüros, das städtische Verwaltungsamt für Land und Bebauung sowie das für finanzielle Entschädigungen und Deckung der Umsiedlungskosten zuständige Zentrum für Landnutzung und Entwicklung in das Projekt involviert.⁹ Begonnen wurde die Sanierung von Xiguanlu ursprünglich unter dem Motto «kompletter Abriss aller Gebäude» und «spätere Rückkehr aller BewohnerInnen in ihre Wohnungen». Während der zweite Teil des Mottos von den BewohnerInnen positiv aufgenommen wurde, wurde der erste Teil scharf kritisiert, da er keinen Schutz historischer Gebäude vorsah. Im Gegenteil: Die berühmten Qilou-Arkaden an der Xiguanlu Road sollten durch neue Hochhäuser ersetzt werden.

8 New Urbanism ist eine Ende des 20. Jahrhunderts in den USA entstandene Bewegung gegen die Zersiedelung des Umlands der Städte. Ihr zentrales Anliegen ist die Integration von Wohngebieten mit Flächen für Arbeit und Geschäften ins Stadtzentrum, basierend auf dem Modell historischer Stadtzentren.

9 Für eine detaillierte Analyse der verschiedenen Akteure der Stadtsanierung aus planerischer Perspektive vgl. (für Shanghai) Zhang 2013.

Im Jahr 2007 gab die Stadtregierung von Guangzhou dem Protest nach. Der Plan wurde überarbeitet, und die Arkaden sollten erhalten bleiben – jedoch nur die Baudenkmäler (*wenwu*) unter ihnen. Anschließend hoffte die Stadt, mittels einer internationalen Ausschreibung einen umfassenden Bebauungsplan für das Gebiet entwickeln zu können. Im April 2008 nahm das städtische Planungsbüro von Guangzhou einen Plan zum Schutz und zur Nutzung der historischen Gebäude im Projektgebiet an, das nun als «auffälliges Sanierungsgebiet» ausgewiesen wurde. Einen Monat später sandten WohnungseigentümerInnen aus Xiguanlu dem Nationalen Volkskongress einen Brief, dass der geplante Abriss gegen das Immobilienrecht (*wuquanfa*) von 2007¹⁰ verstoße und der Plan daher zurückgenommen oder überarbeitet werden müsse. Ungeachtet dieser ungelösten Fragen begann im November 2008 der Abriss. Zu diesem Zeitpunkt hatten erst 954 Haushalte, das heißt weniger als die Hälfte der Betroffenen, eine Entschädigungsvereinbarung unterschrieben (vgl. Shin 2014: 274, Ausstellungskatalog 2012: 8). Im Dezember 2009 präsentierte die Lokalregierung einen Plan zum Schutz und zur Entwicklung des nunmehr als «historisch und kulturell» wertvoll bezeichneten Viertels (*lishi wenhua jiequ*) und betonte die Aspekte Kultur, Freizeit und Tourismus. Die in diesem Plan zum Ausdruck kommende Kursänderung wird verständlicher, wenn man bedenkt, dass die Planungsbemühungen der Provinz Guangdong und damit der Stadt Guangzhou sich inzwischen auf die Strategie der «Drei Alten [Gebiete]» (*sanjiu*) stützten.¹¹ Dieses Dokument der Provinz gab einer großflächigen Stadtsanierung grünes Licht, enthielt aber auch Richtlinien für eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit. Im August 2010 besuchte der damalige Bürgermeister von Guangzhou das Projektgebiet und erklärte, das Gebiet solle ein Modell für die Verbesserung der Lebensbedingungen, den Erhalt von Kultur und die Restaurierung einer Altstadt werden. Im März 2011 entschied sich die Bezirksregierung für den Erhalt von 120 historischen Gebäuden, unter ihnen auch die ehemaligen Wohnstätten kantonesischer OpernsängerInnen. Im Juni 2011 verabschiedete das Planungskomitee der Stadt Guangzhou einen schließlich im Januar 2012 veröffentlichten neuen Sanierungsplan für Xiguanlu (vgl. Wei 2011). Dieser sah die Umsiedlung von nur noch 50 weiteren Haushalten vor und hob als neues Motto den Erhalt «aller historisch und kulturell wertvollen Gebäude» und «die Wahrung der Besitzrechte der ursprünglichen BewohnerInnen an ihren Wohnungen» hervor. Zur Sicherheit wurde jedoch

10 Das chinesische Immobilienrecht definiert alle Arten von Eigentum in der Volksrepublik China und die damit einhergehenden Rechte: staatliches, kollektives und privates Eigentum. Es legt fest, dass der Bau, die Übertragung und Zerstörung von Immobilien einer Registrierung bedarf.

11 «Guangdong sheng renmin zhengfu guanyu tuijin «san jiu» gaizao cujin jiejue jiyue yongdi de ruogan yijian» (Ausgewählte Vorschläge der Volksregierung der Provinz Guangdong zur Entwicklung der «Drei Alten [Gebiete]» und zur Förderung von Landerhalt und intensiver Landnutzung), Dokument Nr. 78, 2009. Die Strategie der «Drei Alten [Gebiete]» bezieht sich auf die ehemaligen Dörfer im heutigen Stadtgebiet (*Urban Villages*), die ehemaligen Industriegebiete und heruntergekommene Wohngebiete und ihre Sanierung. Pressekonferenz zu Guangzhous «Sanierungsprogramm Drei Alte [Gebiete]», 18.8.2010, unter: www.gz.gov.cn/business/htmlfiles/gzgovcn/s7467/201101/719458.html (Stand 5.12.2013); vgl. auch Schoon 2014.

der Presse gegenüber betont, dass «nicht *alle* BewohnerInnen zurückkehren können» (Liu 2011: A 06). Dies war praktisch das genaue Gegenteil des ursprünglichen Planungsmottos von 2007. Zunehmend wurde den Betroffenen klar, dass die Pläne zum Erhalt des Altstadtviertels Xiguan auf den Tourismus ausgerichtet und insofern primär kommerziell motiviert waren. Ihre noch vorhandenen Hoffnungen, in ihren Kiez zurückkehren zu können, schwanden mit diesem Plan dahin.

Als kritisches Fazit bleibt festzuhalten, dass das Projekt von seiner Anlage her keine übergeordneten, durchdachten und nachvollziehbaren Ziele im Sinne einer Altstadtsanierung verfolgte, sondern die Stadt sich hiermit das kostbare Land als Ressource für kommerzielle Unternehmungen sicherte. Die Projektplanung diente daher weniger einer rationalen und geordneten Umsetzung des Projekts, sondern vielmehr als ein Instrument, um eine große Anzahl von BewohnerInnen des Viertels in möglichst kurzer Zeit aus dem Viertel herauszusiedeln und mit dem Abriss der Gebäude zu beginnen. Die so geschaffenen Fakten machten es für die verbliebenen BewohnerInnen wenig attraktiv, inmitten des Schutts, Drecks und der Abrissruinen auszuharren und den Lärm, den Staub und viele weitere Beeinträchtigungen hinzunehmen.

Wichtig ist, dass die vom Staatsrat veröffentlichten Bestimmungen zur Enteignung und Entschädigung für Häuser auf staatseigenem Boden («Guoyou tudi shang fangwu zhengshou yu buchang tiaoli») aus dem Jahr 2011 eine neue rechtliche Grundlage schufen und die ursprünglichen, seit 2001 geltenden Bestimmungen zu Abriss und Zwangsumsiedlung ersetzten. Diese neuen Enteignungsbestimmungen nehmen sehr viel stärker Rücksicht auf die Interessen der BürgerInnen als frühere Regelungen, etwa, indem sie die Entschädigungszahlungen auf der Grundlage des Marktwerts einer neuen Wohnung berechnen.

Ein Entwurf dieser Enteignungsbestimmungen war zuvor bereits mehrere Jahre lang diskutiert worden, wurde aber immer wieder vom Widerstand lokaler Behörden ausgebremst, für die der Handel mit Bodennutzungsrechten zu einer bedeutenden Einkommensquelle geworden war (vgl. Erie 2012: 51). Die Enteignungsbestimmungen von 2011 weisen der Regierung bei Enteignungen und Entschädigungszahlungen eine zentrale Rolle zu, während Baufirmen und Abrissunternehmen bei diesen Fragen außen vor bleiben (Yan/Chen 2011).¹² Wenn BürgerInnen Enteignungsentscheidungen nicht akzeptieren, haben sie das Recht, bei den Behörden einen Antrag auf Neuentcheidung zu stellen. Die neuen Regelungen verbessern auch die Kriterien und Methoden zur Evaluierung von Entschädigungszahlungen, wie auch zur Beilegung von Streitigkeiten über nicht registrierte Gebäude. Konflikte sollen *vor* einer Enteignung gelöst werden, genauso wie Entschädigungszahlungen *vor* einer Umsiedlung geleistet werden sollen. Erstmals berücksichtigen die Bestimmungen zudem Fragen einkom-

12 Vgl. auch www.kingandwood.com (Stand 28.12.2013). Lokalregierungen wurde es verboten, selbstständig Abrissunternehmen Aufträge zu erteilen. Dies sollte dem Rechtsgrundsatz entsprechen, dass Verwaltungsbestimmungen von ihrer Umsetzung zu unterscheiden sind und nicht zur Festlegung der Letzteren benutzt werden.

menschlicher Gruppen, worin sich ein Bewusstsein des Gesetzgebers für die Situation von sozial benachteiligten BürgerInnen ausdrückt. Insgesamt stellen diese neuen Bestimmungen einen beträchtlichen Fortschritt für den Schutz der Rechte von Personen dar, die von Enteignung und Umsiedlung betroffen sind. Entscheidend ist, dass sie die Bedingungen formulieren, unter denen Enteignungen im öffentlichen Interesse durchgeführt werden können, und dabei eine größere Transparenz des Prozesses verlangen. Am Beispiel der Enteignungsbestimmungen von 2011 zeigt sich deutlich, wie nach dem Start des Xiguanlu-Projekts neue Gesetze und Richtlinien in Kraft traten, die, konsequent angewendet, die Situation der betroffenen BewohnerInnen verbessert hätten. Bei einem Projekt wie diesem hätte *vor* Beginn der Arbeiten eine Sozialverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müssen. Zwar verfügt China über kein entsprechendes Gesetz hierzu, dennoch bestehen Richtlinien und Empfehlungen, die zur Entwicklung von Sozialplänen für die Betroffenen hätten genutzt werden können, insbesondere um auch benachteiligten Gruppen eine angemessene Beteiligung an den Vorteilen des Projekts zu ermöglichen.¹³ Trotz des relativen Fortschritts gegenüber früheren Regelungen werden die Enteignungsbestimmungen von 2011 dennoch diesem Zweck kaum gerecht. Zwar sehen sie vor der Durchführung einer Enteignung eine öffentliche Anhörung und die Erstellung eines Berichts zur Bewertung der Risiken für die soziale Stabilität («Shehui wending fengxian pinggu baogao») vor. Doch statt soziale Risiken und Folgen für die Betroffenen zu betrachten, soll der Fokus dieser Berichte auf den Risiken für einen glatten Projektverlauf gelegt werden, da protestierende BürgerInnen ein Projekt möglicherweise hinauszögern und damit die Kosten in die Höhe treiben könnten. Dies scheint ein verfehelter Ansatz zu sein, der möglicherweise gerade umgekehrte Folgen hat, schafft er doch Anreize, mit sozialen Unruhen zu drohen, um finanzielle Mittel zur Aufrechterhaltung sozialer Stabilität in Anspruch nehmen zu können, und ignoriert umgekehrt die von dem Projekt für die betroffene Bevölkerung ausgehenden sozialen Risiken.

4 Konflikte um Anerkennung und Bürgerproteste

Mit Beginn der Abrissarbeiten und Umsiedlungen veränderte sich die Art der Konflikte, denen sich die BewohnerInnen des Xiguanlu-Kiezes gegenübersehen, sie wurden tiefgreifender und vielschichtiger. Was zunächst als eine Reaktion auf Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen angefangen hatte, entwickelte sich mit der Zeit zu einer Debatte über die lokale historische Bedeutung des Viertels und führte zu zahlreichen Ideen über dessen Zukunft und die seiner BewohnerInnen. An diesem Prozess beteiligten sich verschiedene Akteure, darunter ExpertInnen, die Medien und die Zivilgesellschaft. Dabei wurden auch neue und öffentlich wahrnehmbare Mittel

13 Vgl. «*Touzi xiangmu kexingxing yanjiu zhinan*» (Richtlinien für Machbarkeitsstudien von Investitionsprojekten), angenommen von der chinesischen staatlichen Kommission für Planung und Entwicklung, Peking 2002; vgl. Gransow/Price 2007.

wie Webseiten, Vorträge, Workshops, Filme, Musik, Videos und Ausstellungen dafür genutzt, Informationen über Xiguanlu bereitzustellen und so eine Diskussion über die Sanierung von Altstadtvierteln und die mit der Gentrifizierung einhergehenden Probleme zu befördern.

Die Anwohnerproteste in Xiguanlu und der Kampf um ihren Kiez lassen sich in mindestens vier Dimensionen als Konflikte um Anerkennung analysieren. Als Erstes ist hier die ökonomische Dimension zu nennen, bei der es um die Kriterien des Projekts zur Festlegung von Entschädigungen geht und um die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit. Zweitens die soziale Dimension, die sich auf die Anerkennung des «gelebten Raums» (Lefebvre) der BewohnerInnen bezieht. Drittens die kulturelle Dimension, bei der es um die Forderung der Betroffenen geht, die lokale Kultur des Xiguan-Viertels zu bewahren und wiederzubeleben, und viertens eine politische Dimension, die sich um die Ignoranz gegenüber den Problemen der Sanierung für die BewohnerInnen dreht, gegenüber ihrer Verbundenheit mit ihrem Kiez, ihrem Wissen und ihren Vorstellungen hierzu. Ein zentraler Punkt ist die Forderung danach, im Verhandlungsprozess von den lokalen Behörden und der Regierung als Partner akzeptiert zu werden, mit dem Recht, über die eigene Zukunft und die des Viertels mitbestimmen zu können.

5 Ökonomische Anerkennung: Protest gegen und Verhandlung über Entschädigungskriterien

Für viele BewohnerInnen des Xiguanlu-Viertels war die Vorstellung, ihre vertraute Umgebung verlassen und in einen Randbezirk ziehen zu müssen, ein ziemlicher Schock. Zu Beginn des Projekts 2007 sollten rund 1.950 Haushalte umgesiedelt werden, von denen 723 ihre Wohnungen von der Stadt gemietet hatten und 1.277 entweder über private Mietverträge verfügten oder EigentümerInnen waren. Während die MieterInnen städtisch verwalteter Wohnungen ohne viel Federlesens zum Auszug gezwungen wurden, gestalteten sich die 2008 und 2009 geführten Verhandlungen mit den MieterInnen und EigentümerInnen privater Wohnungen und Häuser wesentlich schwieriger. Als problematisch erwiesen sich sowohl die Festlegung der Bedingungen, Kriterien und Höhe von Entschädigungszahlungen als auch die teils völlig unklaren Besitzverhältnisse. Noch im Juli 2009 hatten 634 Haushalte in Privatgebäuden, davon 136 Haushalte mit geringen Einkommen, noch keine Entschädigungsvereinbarung unterschrieben. Für die verschiedenen Gruppen von MieterInnen und EigentümerInnen variierten die Auswirkungen des Projekts in Bezug auf Entschädigungsansprüche für den Verlust des Wohnraums ganz enorm.¹⁴ MieterInnen von städtischen Wohnungen (*gongfang zuhu*), von denen viele selbst Angestellte verschiedener Behörden waren, bot die Regierung entweder an, eine der gestellten und meist am Stadtrand

¹⁴ Die folgende Analyse anspruchsberechtigter Gruppen basiert auf dem Bericht «Jumin shou yingxiang qingkuang zongjie» (Zusammenfassung der Situation der [vom Projekt] betroffenen AnwohnerInnen), Guangzhou 2010.

von Guangzhou gelegenen Wohnungen zu beziehen, oder sich gegen Zahlung eines Zuschusses von 1.600 Yuan pro Quadratmeter selbst eine andere Bleibe zu suchen. Ausziehen mussten sie in jedem Fall, und die MieterInnen städtischer Wohnungen waren daher unter den Ersten, die Xiguanlu verließen. Im Nachhinein beschwerten sie sich über die schlechte Qualität ihrer neuen Wohnungen, die hohen Betriebskosten, die zusätzlichen Ausgaben für den öffentlichen Nahverkehr, das Fehlen von Märkten und die Zerstörung ihrer familiären Netzwerke. Besondere Schwierigkeiten hatten Großfamilien, die in den hohen Xiguan-Gebäuden mehr Platz gehabt hatten und jetzt nicht mehr alle ihre Mitglieder unterbringen konnten. Trotzdem scheint das Anerkennungsmuster der paternalistischen Fürsorge durch die lokale Regierung und der Unterordnung der Betroffenen im Fall der Umsiedlung der MieterInnen städtischer Wohnungen an den Stadtrand im Großen und Ganzen funktioniert zu haben.

Andere Beschwerden zu Entschädigungen bezogen sich auf Wohnraum, der von der Regierung aus historischen Gründen nur vorübergehend zur Verfügung gestellt worden war (*daiguan fangzi*) und der daher die rechtlichen Bedingungen für Entschädigungszahlungen nicht erfüllte. *Daiguan fangzi* bezeichnet Häuser und Wohnungen, deren EigentümerInnen nicht festgestellt werden können und die daher vom städtischen Wohnungsamt verwaltet werden. Für sie gelten die gleichen Entschädigungskriterien wie für die städtischen Wohnungen. Manche Haushalte betrachten sich jedoch als Eigentümer und nicht als Mieter und sind daher mit dieser Lösung nicht zufrieden. Ein zweites Problem hat mit dem gemeinschaftlichen Eigentum an physisch nicht trennbaren Wohnungen zu tun. Betroffene in dieser Gruppe sind besonders unzufrieden, weil ihnen die Anerkennung als EigentümerInnen verwehrt wird und sie es für nicht fair halten, dass sie nur eine kleine beziehungsweise gar keine Entschädigung erhalten.

MieterInnen privater Wohnungen (*sifang zuhu*) waren die am stärksten negativ betroffene Gruppe. Da allein ein Mietvertrag zu einer Entschädigung berechtigt, waren LangzeitmieterInnen und MigrantInnen besonders benachteiligt: Sie besitzen oft keine Verträge. LangzeitmieterInnen hatten in vielen Fällen ihre Wohnungen vor langer Zeit von Verwandten übernommen und konnten, da die EigentümerInnen nicht mehr auffindbar waren, ihren Anspruch auf Entschädigung nur schwer beweisen. MigrantInnen als Untergruppe von MieterInnen von Privatwohnungen waren meist an einem anderen Ort gemeldet und hatten daher, selbst wenn sie schon lange zusammen mit ihren Familien im Xiguanlu-Viertel lebten, keinerlei Anspruch auf Entschädigung.

Private EigentümerInnen (*sifang yezhu*) konnten sich zwischen einer Barentschädigung und dem Tausch ihrer Wohnung gegen eine andere Immobilie entscheiden. Dabei sind zwei Gruppen von EigentümerInnen zu unterscheiden: solche mit relativ kleinen Wohnungen und solche mit großen Wohnungen oder Häusern.

Familien mit geringem Einkommen und einer einzigen, höchstens 40 m² großen Wohnung bekamen alle die Mindestentschädigung in Höhe einer Wohnung von

40 m².¹⁵ Bei einer Standardeinheit von 9.000 Yuan pro m² hätten BesitzerInnen demnach eine Entschädigung von 360.000 Yuan erhalten. Damit hätten sie sich durchaus eine 70 bis 80 m² große Wohnung in den Vorstädten für etwa 200.000 Yuan leisten können und hätten immer noch Geld übrig gehabt. Ähnlich wie die MieterInnen städtischer Wohnungen, die ihre Umsiedlung nicht verhindern konnten, hatten auch die 400 Haushalte, die nur kleine Wohnungen besaßen, praktisch ebenfalls keine Möglichkeit, das «unwiderstehliche Angebot» abzulehnen. Die großzügige Entschädigung führte dazu, dass sich diese Gruppe leicht aus dem Gebiet «rauskaufen» ließ. Das vorherrschende Anerkennungsmuster hier war ein marktformiger Tausch. In Verbindung mit dem paternalistischen Muster von Schutz und Unterordnung hatte diese Gruppe aber faktisch keine Möglichkeit, ein finanziell attraktives Angebot abzulehnen. Viele der noch verbliebenen EigentümerInnen glaubten anfangs, dass sie nach der Sanierung in ihren Kiez zurückkehren und sich wieder einkaufen (*yuandi huiqian*) könnten. Schnell wurde jedoch klar, dass die angebotene finanzielle Entschädigung dafür nicht ausreichen würde. In einem Protestbrief an den Ständigen Ausschuss des lokalen Volkskongresses («Guangzhou shi renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui») vom 23. November 2009 beschwerte sich eine Gruppe von BewohnerInnen darüber, dass die «Barentschädigung zu niedrig ist. Obwohl in der Regel 9.000 Yuan pro m² gezahlt werden sollten (dies spiegelt den geschätzten Marktpreis, zuzüglich 20 Prozent Altstadtzulage, zuzüglich eines Käuferzuschusses von 1.200 Yuan pro m² und eines Bonus von 500 Yuan pro m² bei fristgerechter Unterzeichnung des Vertrags), flossen häufig tatsächlich nur 8.000 oder gar nur 7.000 Yuan pro m². Bei Preisen von derzeit etwa 10.000 Yuan pro m² reicht das nicht einmal für eine Bestandsimmobilie, geschweige denn für eine Neubauwohnung, für die derzeit Preise zwischen 15.000 und 17.000 Yuan pro m² gezahlt werden.»¹⁶ Allein rechnerisch funktionierte die Idee daher nicht, sich wieder ins Viertel einzukaufen. Dies war einer der Hauptgründe, warum die Entschädigungszahlungen für selbst bewohntes Eigentum als nicht gerecht (*bu gongzheng*) empfunden wurden. Kritik wurde auch an der Art der Wohnraumvermessung geäußert. Da die einzelnen Stockwerke der alten Xiguan-Gebäude sehr hoch sind, war die tatsächlich genutzte Fläche oft zwei- bis dreimal so groß wie die Grundfläche der Wohnung, die nichtsdestotrotz allein zur Berechnungsgrundlage gemacht wurde. Generell lässt sich festhalten, dass sich EigentümerInnen größerer Wohnungen und Häuser primär mit einem marktformigen Anerkennungsmuster identifizierten. Bekamen sie allerdings das Gefühl, dass dem Muster nicht entsprochen wurde, zögerten sie nicht, für einen fairen Preis zu kämpfen.

15 «*Jiucheng lianpian gaizao xiangmu chaiqian gongzuo xuanchuan shouce*» (Broschüre über die Abrissarbeiten in einem zusammenhängenden Altstadtsanierungsprojekt), Juli 2009: 2.

16 Brief vom 23. November 2009. Für die Quadratmeterpreise für Neubauten und Bestandsimmobilien vgl. Breitung u. a. 2013: 45.

LadenbesitzerInnen und -pächterInnen (*ziyou shangpu he shangpu zubu*) sowie EigentümerInnen, die Läden eröffnet hatten (*zhugaishang*), was seit der Reformpolitik möglich ist, erhielten weder eine Entschädigung nach dem Prinzip «ein Laden für einen Laden», noch konnten sie erwarten, nach Abschluss der Sanierungsarbeiten in ihre Läden zurückkehren zu dürfen. Dies traf für die allermeisten LadenbetreiberInnen in den Xiguanlu-Arkaden zu, dementsprechend unzufrieden waren deren EigentümerInnen. Darüber hinaus beschwerten sich die LadenbesitzerInnen im Viertel, dass die Geschäfte seit Ankündigung des Sanierungsprojekts schlechter liefen und sich die Situation mit dem Auszug der BewohnerInnen des Viertels zusätzlich verschärft hätte.

Der Anspruch auf, die Art und die Höhe der Entschädigung waren für die BewohnerInnen Fragen von großer Bedeutung. In den unterschiedlichen Ansprüchen auf Entschädigung spiegelt sich eine soziale Hierarchie, an deren unterem Ende sich diejenigen ohne jedweden Anspruch befinden. Je nach Position in dieser Hierarchie eröffneten sich für die einzelnen Haushalte Chancen und Risiken, die finanziellen Gewinn oder eine Verschlechterung ihrer Lage bedeuteten.

6 Soziale Anerkennung: Zerstörung von familiären und nachbarschaftlichen Netzwerken

Das Xiguanlu-Viertel bildete, wie andere Kieze auch, ein Geflecht aus persönlichen, familiären, Organisations-, Gemeinde- und Geschäftsnetzwerken. Einzelne Familien und soziale Gruppen betonten ihre Abhängigkeit von sozialen Netzwerken unterschiedlich stark. Insbesondere ältere BewohnerInnen, die jahrzehntelang im Viertel gelebt haben, und auch BetreiberInnen kleiner Läden waren wenig gewillt, das Viertel zu verlassen.

Die soziale Hierarchie, die sich aus der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung von ökonomischen Verlusten und deren Entschädigung oder Nicht-Entschädigung und ihrer je unterschiedlichen Verhandlungsmacht ergibt, scheint, grob gesagt, in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Abhängigkeit von sozialen Netzwerken dieser verschiedenen «Entschädigungs»-Gruppen zu stehen. Hierarchisch auf der untersten Stufe stehen MigrantInnen aus ländlichen Gebieten, die mit ihren Familien und/oder Verwandten in Xiguanlu wohnen und im Viertel arbeiten oder in der Nähe kleine Läden aufgemacht haben. Da sie sich in vielen Bereichen ihres Lebens auf informelle Vereinbarungen verlassen müssen, erhöht die Zerstörung ihrer lokalen Netzwerke den wirtschaftlichen Verlust und die Lebenshaltungskosten, wenn sie – ohne jede Entschädigung – an einen anderen Ort umziehen und sich gegebenenfalls dort auch eine neue Existenz aufbauen müssen. Ganz offensichtlich mangelt es an einer Lösung für Personen ohne erkennbaren gesetzlichen Schutz oder Anspruch auf den von ihnen genutzten Wohnraum. Gemessen an internationalen Standards müssten MigrantInnen aus dem ländlichen Raum beispielsweise eine angemessene Unterstützung für ihren Umzug erhalten, wenn sie schon seit einem bestimmten, von der zuständigen Behörde festzulegendem Zeitraum, in einem Sanierungsgebiet leben (World Bank 2004:

Anhang 1, 375 f.). Die Enteignungsbestimmungen von 2011 müssten daher um eine Klausel zu den Rechten von MigrantInnen in der Stadt ergänzt werden, die diese vor den Folgen von Sanierungsprojekten und dem Verlust ihres Lebensunterhalts schützt. Weil das paternalistische Anerkennungsmuster MigrantInnen, die bereits in der Stadt leben, nicht schützt und weil die Zivilgesellschaft nicht stark genug ist, um sich effektiv für deren Rechte einzusetzen, werden MigrantInnen ländlicher Herkunft auf diese Weise weiter an der Rand der urbanen Gesellschaft gedrängt.

Die Umsiedlung führt in vielen Familien zu Stress, da gleichzeitig verschiedene Entscheidungen getroffen werden müssen, die sich auf zentrale Lebensbereiche ihrer Mitglieder auswirken. In der Folge von Umsiedlungen kann es dazu kommen, dass Haushalte geteilt werden. Die Umsiedlung kann sich auch auf Ehen, Arbeit, Schule, die Versorgung von Kindern, älteren Menschen und kranken Familienmitgliedern sowie auf andere Bereiche auswirken.¹⁷ Zudem sinkt mit dem Voranschreiten des Sanierungsprojekts und der entsprechenden Auflösung oder Veränderung von Organisationsstrukturen und Netzwerken das Dienstleistungsangebot dramatisch. Einwohnerkomitees (*juweihui*), die der Nachbarschaft früher als Ansprechpartner dienten, werden nicht mehr als hilfreiche Partner gesehen, sondern eher als Organisationen, die einseitig Stellung für das Sanierungsprojekt beziehen und den AnwohnerInnen empfehlen wegzuziehen. Auch das Straßenkomitee (*jiedaoban*), das formell die Einwohnerkomitees leiten soll, bietet kaum Unterstützung. Gleichzeitig entstehen neue Organisationen wie das Büro für den Abriss (*chaiqian bangongshi*), mit dem die BewohnerInnen eigentlich nur sprechen, wenn es sich gar nicht vermeiden lässt. Die Zerstörung familiärer und nachbarschaftlicher Netzwerke trägt zur Frustration bei, insbesondere unter den Armen und Älteren, aber auch unter den EigentümerInnen. Das sinkende Vertrauen in bestehende und neu gegründete Organisationen auf der untersten Ebene ließ die KiezbewohnerInnen enger zusammenrücken und sie begannen, Hand in Hand zu arbeiten und ihre Beschwerden an höhere Stellen zu richten. Während die Lösung der vom Sanierungsprojekt verursachten Probleme der Gesellschaft überlassen bleibt, schaffen politische Kontrolle und Unterdrückung des zivilgesellschaftlichen Engagements gleichzeitig ein soziales Vakuum, das selbstorganisierte Formen des sozialen Zusammenhalts erschwert. Pluralisierung und Beteiligung können daher als Anerkennungsmuster nur sehr eingeschränkt wirksam werden.

Angesichts der zunehmenden Übermacht der Kräfte, die einen Abriss befürworten, und getrieben von wachsendem Misstrauen sind die BewohnerInnen und insbesondere die EigentümerInnen im Viertel mit der Zeit immer aktiver geworden. Damit haben sie auch Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für die Unterstützung von außen geschaffen, zum Beispiel durch ExpertInnen, Medien und studentische Gruppen. Engagierte junge Leute, deren Interesse am Planungsprozess, an der Lokalge-

17 Persönliche Notizen während eines Gruppeninterviews mit vom Sanierungsprojekt Betroffenen, 16.6.2010.

schichte, am Schicksal der BewohnerInnen des Viertels und an den zugrunde liegenden sozialen Bedingungen und Dynamiken geweckt wurde, boten Unterstützung und damit auch Anerkennung. Die Zusammenstellung von Hintergrundinformationen, das Führen von Interviews, das Erstellen von Filmen und Musikvideos, die Durchführung akademischer Workshops, bei denen internationale Sanierungsprojekte vergleichend vorgestellt wurden, die Einladung von ExpertInnen und die Organisation von kleinen und großen Ausstellungen hat viel zur Dokumentation und Begleitung des Sanierungsprojekts aus vielfältigen Perspektiven beigetragen.¹⁸

7 Kulturelle Anerkennung: Schutz des Viertels und seiner Geschichte

Zunächst eher aus praktischen Erwägungen zum Erhalt der eigenen Wohnungen und Häuser heraus, später auch in einem weiteren Sinne des Verständnisses von lokaler Identität wurden die wechselhaften Zumutungen des Sanierungs-«Plans» für die AnwohnerInnen zu einem Prozess der Auseinandersetzung über die Bedeutung lokaler Kultur und kultureller Authentizität. Zu den Fragestellungen in diesem Prozess gehörten der Erhalt des Viertels, die Beziehungen zwischen kultureller und sozialer Geschichte, das öffentliche Interesse an einer Sanierung des Xiguanlu-Viertels sowie die Bedeutung der eigenen Verantwortung und der Besitzverhältnisse. Zunehmend wurde den AnwohnerInnen klar, dass es nicht einfach darum ging zu bleiben, sondern auch darum, das neu zu schaffende Viertel mit ihren eigenen Ideen zu prägen.

Für die Planungsbehörden von Guangzhou bildete das Shanghaier Sanierungsprojekt Xintiandi das Modell für die Sanierung von Xiguanlu (vgl. Wu u. a. 2007: 249–251).¹⁹ Xintiandi steht für den Einzug von modernem Konsum und Lifestyle in die sanierten Shikumen-Altbauten,²⁰ die als Einkaufs- und Bummelmeilen neu konzipiert wurden. Während die Gebäude (zumindest äußerlich) sorgfältig erhalten blieben, sahen sich BewohnerInnen mit niedrigen und mittleren Einkommen zum Verlassen des Viertels gezwungen und mussten der Shanghaier Elite, AusländerInnen und TouristInnen das Feld überlassen (vgl. ebd.: 251). Die BewohnerInnen von Xiguanlu stehen diesem Modell eher kritisch gegenüber. «Von Xintiandi in Shanghai können wir nichts lernen, wir wollen unser echtes Xiguan zurück» («bu neng xue Shanghai Xintiandi, yao hui women zhenzheng de Xiguan»).²¹ Kulturelle Authentizität lässt sich nicht bewahren, wenn alte Gebäude nur als leere «Krabbenpanzer» (*xieke*) erhalten bleiben, sagen sie. Als negatives Beispiel wird auf das Golden-Voice-Kino in der Xiguanlu Road

18 Vgl. z. B. die Internetseite «Love Canton» unter: site.douban.com/lovecanton (Stand: 2.4.2014).

19 Xintiandi ist Teil des größeren Taipingqiao-Sanierungsprojekts in Shanghai.

20 Shikumen oder Steintorhäuser sind zwei oder drei Stockwerke hohe Häuser in Shanghai, in denen sich fernöstliche und westliche Elemente mischen. Die Ursprünge dieser Gebäude lassen sich bis zur Taiping-Revolution 1860 zurückverfolgen, als örtliche HändlerInnen für die Unterbringung von Flüchtlingen aus Jiangsu und Zhejiang in den ausländischen Vierteln von Shanghai in den Hausbau investierten.

21 «Zhendui X: dikuai gengxin gaizao guihua de yijianshu» (Kommentar zum überarbeiteten Sanierungsplan für Xiguanlu), Anhang 1: Aufzeichnungen zum Gruppeninterview am 2.5.2010: 48.

verwiesen: Trotz Warnungen und vehementer Proteste blieb von ihm nur die Fassade erhalten. 1934 erbaut, ist seine einzigartige Akustik nun für immer verloren. Das Gesetz zum Schutz von Kulturgütern («Zhonghua renmin gongheguo wenwu baohufa») aus dem Jahr 2007 und die Richtlinie der «Drei Alten [Gebiete]» von 2009 heizten die Diskussionen zusätzlich an. Gruppen trafen sich zum Morgentee und diskutierten nicht nur über den Erhalt historischer Gebäude und ihre Architektur, sondern auch über deren praktischen Wert und weitere Fragen, wie etwa die Möglichkeiten, Kultur lebendig zu erhalten. Im Januar 2012 veröffentlichte das städtische Planungsamt von Guangzhou einen Plan zum Schutz kulturell bedeutsamer und historischer Stätten («Guangzhou shi lishi wenhua mingcheng baohu guihua») und forderte eine Reaktion der Öffentlichkeit innerhalb von 30 Tagen. Kurz vor Fristende schlugen 78 NachbarInnen aus Xiguanlu vor, dass die Liste der 22 bestehenden «kulturell-historischen» Viertel von Guangzhou durch Xiguanlu als 23. Viertel ergänzt werden sollte, und sie verwiesen dabei auf die früheren Wohnstätten von Stars der kantonesischen Oper, das Gildenhause der Opern-Ensembles und eine Kampfkunstschule (vgl. Mo 2012). Ihr Vorschlag wurde angenommen. Für die AktivistInnen des Viertels war dies ein Erfolg; aber es war ebenso ein Erfolg für die Planungsstäbe und die Stadtregierung, die sich jetzt trotz aller vorangegangenen Planungsfehler darin sonnen konnten, auf beispielhafte Weise die jüngsten Richtlinien zum Schutz historischer Gebäude und zur Ermöglichung öffentlicher Beteiligung erfüllt zu haben.

8 Politische Anerkennung: Forderung von öffentlicher Beteiligung

Nachdem der Abriss eines Gebäudes ein benachbartes Haus gefährlich kippen ließ, kam es im November 2009 zu einer ersten kollektiven Aktion von AnwohnerInnen. 50 BewohnerInnen, die fürchteten, in ihrem Viertel nicht mehr sicher zu sein, schrieben erst einen Brief an die Behörden von Guangzhou und dann an den Petitionsausschuss des städtischen Volkskongresses. Sie verlangten die Verschiebung der Bauarbeiten bis zum vollständigen Auszug der AnwohnerInnen (*xian anzhi hou chaiqian*). Zudem verlangten sie eine höhere Entschädigung für den Kauf von vergleichbarem Wohnraum.²² Im Januar 2010 wurde ein «neuer» Bezirksplan präsentiert, der das Projektgebiet in sechs Teilgebiete aufgliederte, alle mit kommerzieller Ausrichtung. Die BewohnerInnen waren schockiert, dass ihr Viertel weiterhin ohne einen genauen Plan oder rechtliche Basis zerstört wurde. Sie verfassten noch einen, diesmal von 220 Personen unterschriebenen Protestbrief, der konkrete Verbesserungsvorschläge enthielt. Darunter waren Maßnahmen wie die Durchführung einer Sozialverträglichkeitsprüfung, die Anhörung von ExpertInnen, AkademikerInnen und der allgemeinen Öffentlichkeit, die Verschiebung des weiteren Abrisses bis zur Veröffentlichung eines offiziellen Plans, der sich an die Regeln für den Erhalt historischer Viertel halten

22 Brief vom 23.11.2009.

müsste, und die Fortführung der Sanierung unter Beachtung der gesetzlichen Prinzipien und des Schutzes des Eigentums.²³ Zwar gab es auf diese Petitionen schriftliche Antworten, jedoch beschränkten sich diese hauptsächlich auf die Übermittlung der Position der Planungsbehörden und der Verwaltung. Trotz der zahlreichen Initiativen betonten die betroffenen BewohnerInnen deren grundsätzlich apolitische Natur. «Ja, warum haben wir das eigentlich alles gemacht? Wir wollten nicht nur unserem Unmut Luft machen (*wuli qunao*). [...] Wir möchten unsere Leben genießen, Tee trinken und mit den NachbarInnen reden, das Lebensgefühl unseres Kiezes bewahren. Wir sind nicht gegen Stadtentwicklung! Nur müssen die entsprechenden Gesetze und Bestimmungen Rücksicht auf das Leben der Menschen nehmen, man muss ihnen zum Beispiel erst einen Ort zum Leben geben, bevor man alles abreißt.»²⁴ Häufig kam es in den Gesprächen und Interviews zu Aussagen wie: «Die Regierung hört uns wirklich nicht zu» (*shishi shang, zhengfu bu kenting womende*) oder «Unsere Stimme ist nicht laut genug» (*womende shengyin xianzai tai xiao*).²⁵ Die Mangelhaftigkeit des Planungsprozesses war teilweise durch unzureichende Informationen, Transparenz und Bürgerbeteiligung bedingt. Erst mit den Enteignungsbestimmungen von 2011 waren die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen worden, dass eine öffentliche Anhörung stattfinden muss, bevor Pläne für Entschädigungszahlungen beschlossen werden können. Jedoch wären noch weitreichendere Formen der Beteiligung vorstellbar gewesen, wie etwa die Organisierung von Workshops mit Betroffenen oder die Beteiligung von marginalisierten Gruppen an Aktionsplänen. Viele rechtliche Verfahren könnten stark verbessert werden. Allgemein sind die Erfordernisse für Bürgerbeteiligung sehr vage, öffentliche Anhörungen lassen sich manipulieren und es gibt nur bedingt Möglichkeiten der Vertretung (und ähnliche Mittel) zur Erreichung klar definierter Ergebnisse (vgl. Jiang 2013: 132).

EigentümerInnen waren ganz besonders aktiv bei der Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten, so sehr, dass manche ForscherInnen sie mit InteressensvertreterInnen oder Lobbygruppen verglichen haben (vgl. ebd. 132 ff.; Zhang 2014; Merle 2014). Sollte es ihnen gelingen, in ihren Wohnungen und Häusern im Viertel zu bleiben und ihre Vorstellungen einer «sanften» Stadtsanierung zu verwirklichen, würden sie zu den wenigen GewinnerInnen des Prozesses zählen.

Lange bestehende asymmetrische Eigentums- und Machtstrukturen, bisher verdeckt durch die soziale Kohäsion von Nachbarschaftsnetzwerken und -einrichtungen, sind unter dem Druck der Sanierungsmaßnahmen zum Vorschein gekommen und zeigen sich klar in der unterschiedlichen Verhandlungsmacht der einzelnen Gruppen. In gewisser Hinsicht wurde die soziale Ungleichheit von innen nach außen gekehrt und zeigt sich nun räumlich als soziale Segregation.

23 Brief vom 29.3.2010.

24 Rede eines Anwohners bei der Eröffnung einer Ausstellung über Xiguanlu, Guangzhou, 23.12.2011.

25 «Zhendui X: **dikui gengxin gaizao guihua de yijianshu**», op. cit.: 63.

9 Schlussfolgerungen

Soziale Unterschiede und die ungleichen Besitzverhältnisse im Viertel waren vor Beginn des Projekts weniger deutlich sichtbar und zudem durch familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke gedämpft. Die Zuweisung einzelner Haushalte zu Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Entschädigungsansprüchen, die für manche einem Sechser im Lotto gleichkamen und für andere mit starken Verlusten verbunden waren, entfaltete eine polarisierende Hebelwirkung auf die sozialen Hierarchien und spiegelte sich auch räumlich in der konkreten Umsiedlung wider. Die Konsequenz war, dass die meisten BewohnerInnen das beliebte Viertel verlassen mussten. Von den weniger als 25 Prozent, die 2013 noch im Projektgebiet lebten, ist die Mehrheit für einen Umzug entweder zu arm und/oder zu alt. Bei dem Rest der BewohnerInnen sind die Besitzverhältnisse und damit die Entschädigungsbedingungen unklar, oder sie gehören zu den wenigen EigentümerInnen, denen der Verbleib im Viertel gelungen ist.

Analysiert man die Proteste und Diskussionen um das Altstadtsanierungsprojekt als zwischen den AnwohnerInnen und der lokalen Regierung und Verwaltung ausgetragene Konflikte um Anerkennung, dann offenbart sich der dynamische Charakter dieser Konflikte. Sie werden in ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Auseinandersetzungen über Entschädigungszahlungen, den Verlust von familiären und nachbarschaftlichen Netzwerken, den Erhalt historischer Gebäude und die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung und Umsetzung der Sanierung ausgefochten. Eine solche Analyse zeigt, wie Änderungen der ökonomischen und insbesondere der rechtlichen Rahmenbedingungen nach dem Beginn der Implementation eines Sanierungsprojektes entweder zur Verschärfung, Lösung oder besseren Regulierung von Konflikten beitragen können. In jedem Fall aber stellen solche Änderungen der Spielregeln die strittigen Fragen auf eine neue Grundlage, was von den Konfliktparteien entweder angenommen oder angefochten werden kann. Insbesondere gilt dies für neue Gesetze und Richtlinien, wie sie für das Immobilienrecht (2007), den Schutz von Kulturgütern (2007) und die Enteignung und Entschädigung, insbesondere auch in Bezug auf Beteiligungsrechte (2011) erlassen wurden. Diese traten allesamt erst nach Projektbeginn in Kraft und führten daher zu Debatten über ihre Anwendbarkeit auf das bereits begonnene Sanierungsprojekt.

Sprunghaft gestiegene Immobilienpreise führten dazu, dass bestehende Entschädigungsangebote nicht länger als angemessen betrachtet wurden. Diese Dynamik zeigte sich auch in den Auseinandersetzungen über die kulturelle und geschichtliche Bedeutung des Viertels. Angesichts des bevorstehenden Abrisses ihres Viertels wurden sich die BewohnerInnen nicht nur seines architektonischen Reizes und historischen Flairs bewusst. Sie realisierten auch die enge Verbindung zwischen der Architektur des Viertels mit seinen kulturellen und historischen Traditionen und ihrem eigenen, von Xiguan geprägten ruhigen Lebensstil, abseits (und doch nahe) der lebhaften Geschäftsstraßen im Zentrum von Guangzhou. In der Folge begannen sie für eine sanfte Form der Sanierung zu kämpfen, um zumindest einen kleinen Teil des bereits halb abgerissenen Viertels zu retten.

Kollektive Aktionen gegen die Form des Sanierungsprojekts wurden vor allem von den EigentümerInnen großer Wohnungen oder Häuser getragen und nicht so sehr von Menschen der unteren sozialen Klassen, die häufig sehr viel existenzieller vom Projekt betroffen waren. Anders gesagt: Diejenigen, die am meisten unter dem Sanierungsprojekt zu leiden hatten, waren im Allgemeinen nicht diejenigen, die im Widerstand gegen die negativen Auswirkungen der Sanierung am aktivsten waren. Obwohl eine bessere Integration von MigrantInnen aus dem ländlichen Raum erklärtes Ziel der chinesischen Urbanisierungspolitik ist, wurde diese soziale Gruppe, die im Zuge des sozialen Wandels in China zusammen mit der neuen Gruppe der städtischen Wohnraum besitzenden Mittelklasse entstanden ist, im Xiguanlu-Projekt völlig ignoriert. Das paternalistische Anerkennungsmuster hat sich als selektiv erwiesen und berücksichtigt ländliche MigrantInnen nicht. Diese müssen sich nun selbst neuen Wohnraum und möglicherweise auch neue Arbeit suchen. Obwohl sie besonders negativ betroffen sind, waren sie an keiner der Protestaktionen in Xiguanlu beteiligt. Es lässt sich darüber spekulieren, ob dies vor allem ihrer geringen Zahl und ihrer schwachen Verhandlungsmacht geschuldet ist oder vielmehr auf ein Selbstbild zurückzuführen ist, das weniger auf die Lebensumstände in der Stadt und mehr auf den Status als ArbeiterInnen fokussiert ist. Diese Überlegung liegt angesichts der ansonsten durchaus häufigen Streiks und Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen nahe. Es könnte aber auch einfach das *Hukou*-System sein, das ländliche MigrantInnen ohne dauerhaften Wohnsitz in der Stadt dazu bringt, keinen Anspruch auf städtischen Raum zu erheben. In Bezug auf Bürgerproteste kann diese Studie daher keinen Zusammenhang zwischen dem Grad der Betroffenheit durch das Sanierungsprojekt und dem Grad der Beteiligung an kollektiven Protesten einzelner sozialer Gruppen feststellen. Diese Hypothese sollte durch weitere empirische Studien überprüft werden.

Durch die Forderungen der KiezbewohnerInnen nach Anerkennung und Beteiligung an der Gestaltung des Sanierungsprojekts wurde der unzureichende Ansatz des Projektmanagements («Erst Abriss, dann Planung») noch einmal sehr deutlich – dieser beruhte nicht auf klaren Verfahrensregeln, sondern auf einzelnen Vereinbarungen mit individuellen Haushalten über strittige Punkte. Obwohl diese Art der Verhandlung schnelle Ergebnisse zeitigen kann, birgt sie gleichzeitig das Risiko unerwünschter und potenziell sehr kostspieliger Folgewirkungen. Im Gegensatz dazu würde eine breitere Beteiligung vor und während solcher Projekte in Form von rechtzeitiger Information, Beratung und unter Beteiligung der Betroffenen und der allgemeinen Öffentlichkeit Lösungen wesentlich nachhaltiger und damit letztlich auch günstiger machen. In vielen Fällen würde die rechtzeitige Investition in eine sozial nachhaltige Projektplanung und -umsetzung nachfolgende Ausgaben «zur Wahrung der sozialen Stabilität» überflüssig machen.

Literatur

- Altrock, Uwe/Schoon, Sonia (Hrsg.) (2014): *Maturing Megacities. The Pearl River Delta in Progressive Transformation*, Dordrecht.
- Ausstellungskatalog (2012), 11 Seiten (chinesisch).
- Breitung, Werner/Flock, RYanne/Li, Lixun (2013): *Commodity Housing and the Socio-Spatial Structure in Guangzhou – A Study Based on Estate-Level Residential Property Prices*, in: *China Perspectives* 2/2013, 41–51.
- Cai, Yongshun (2008): *Local Governments and the Suppression of Popular Resistance in China*, in: *China Quarterly* 193, 24–42.
- Cai, Yongshun (2010): *Collective Resistance in China. Why Popular Protests Succeed or Fail*, Stanford.
- Chen, Xi (2012): *Social Protests and Contentious Authoritarianism in China*, Cambridge.
- Erie, Matthew (2012): *Property Rights, Legal Consciousness and the New Media in China: The Hard Case of the Toughest Nail-house in History*, in: *China Information*, 1/2012, 35–59.
- Fraser, Nancy (2003): *Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition and Participation*, in: *Fraser/Honneth*, 7–109.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Redistribution or Recognition? A Political-Philosophical Exchange*, London.
- Göbel, Christian/Ong, Lynette (2012): *Social Unrest in China*, in: *Europe China Research and Advice Network*, unter: www.eucran.eu (Stand: 2.11.2013).
- Gransow, Bettina (2008): *Das Petitionswesen in China – ein Instrument sozialer Gerechtigkeit?*, in: *Der Bürger im Staat*, 3–4/2008, Die Volksrepublik China, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 236–242.
- Gransow, Bettina/Price, Susanna (Hrsg., überarbeitete englische Version) (2007): *Social Assessment Manual for Investment Projects in China – Turning Risks Into Opportunities*, zusammengestellt von der China International Engineering Consulting Corporation, Peking.
- Hansen, Mette Halskov/Svarverud, Rune (Hrsg.) (2010): *iChina. The Rise of the Individual in Modern Chinese Society*, Kopenhagen.
- He, Baogang/Thogerson, Stig (2010): *Giving the People a Voice? Experiments with Consultative Authoritarian Institutions in China*, in: *Journal of Contemporary China* 66, 675–692.
- Honneth, Axel (1994): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a. M.
- Honneth, Axel (2003): *Redistribution as Recognition: A Response to Nancy Fraser*, in: *Fraser/Honneth*, 110–197.
- Hsing, You-tien/Lee, Ching-Kwan (Hrsg.) (2010): *Reclaiming Chinese Society. The New Social Activism*, London.
- Jiang, Yihong (2013): *Altering the Rules: Chinese Homeowners' Participation in Policy Making*, in: *Journal of Current Chinese Affairs* 3/2013, 121–148.
- Lee, Ching Kwan/Zhang, Yonghong (2013): *The Power of Instability: Unraveling the Microfoundations of Bargained Authoritarianism in China*, in: *American Journal of Sociology* 6/2013, 1475–1508.
- Liu, Xue: *X lu chaiqian zai yanqi* (Abriss von Xiguanlu verzögert sich weiter), in: *Nanfang Dushibao*, 25.6.2011.
- Merle, Aurore (2014): *Homeowners of Beijing, Unite! The Construction of a Collective Mobilization*, *China Perspectives* 2/2014, 7–15.
- Minzner, Carl F. (2006): *Xinfang: An Alternative to Formal Chinese Legal Institutions*, in: *Stanford Journal of International Law* 1/2006, 103–179.
- Mo, Guanting (2012): *Jiefang xu X lu ru lishi wenhua jiequ* (Nachbarn fordern Aufnahme von Xiguanlu in die Liste der kulturell-historischen Viertel), in: *Guangzhou Ribao*, 4.2.2012.
- Nathan, Andrew (2003): *Authoritarian Resilience*, in: *Journal of Democracy*, 1/2003, 6–17.
- O'Brien, Kevin J. (1996): *Rightful Resistance*, in: *World Politics*, 1/1996, 31–55.
- O'Brien, Kevin J./Li, Lianjiang (2006): *Rightful Resistance in Rural China*, Cambridge.
- Perry, Elizabeth (2008): *Chinese Conceptions of «Rights»: From Mencius to Mao – and Now*, in: *Perspectives on Politics* 1/2008, 37–50.
- Rouleau-Berger, Laurence (2012): *Multiple Modernities, Inequalities and Intermediate Spaces*, in: *Laurence Rouleau-Berger/Li, Peilin* (Hrsg.): *European and Chinese Sociologies. A New Dialogue*, Leiden, 83–92.
- Schucher, Günter (2009): *Liberalisierung in Zeiten der Instabilität: Spielräume unkonventioneller Partizipation im autoritären Regime der VR China*, in: *German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Working Paper Series* 103.
- Shin, Hyun Bang (2014): *Elite Vision Before People: State Entrepreneurialism and the Limits of Participation*, in: *Altrock, Uwe/Schoon, Sonia* (Hrsg.) (2014): *Maturing Megacities. The Pearl River Delta in Progressive Transformation*, Dordrecht, 267–285.
- Schoon, Sonia (2014): *Three Olds: Experimental Urban Restructuring with Chinese Characteristics*, *Guangzhou and*

- Shenzhen in Comparison, in: Altrock, Uwe/Schoon, Sonia (Hrsg.) (2014): *Maturing Megacities. The Pearl River Delta in Progressive Transformation*, Dordrecht, 105–121.
- Tarrow, Sidney (2008): *Prologue: The New Contentious Politics in China: Poor and Blank or Rich and Complex?* In: O'Brien, Kevin J. (Hrsg.): *Popular Protest in China*, Cambridge, Mass., 1–10.
- Tsin, Michael (1999): *Nation, Governance and Modernity in China: Canton 1900–1927*, Stanford.
- Wei, Kai (2011): *Jumin quanbu huiqian bu keneng* (Nicht alle BewohnerInnen werden zurückkehren können), in: *Nanfang Dushibao*, 21.9.2011.
- World Bank (Hrsg.) (2004): *Involuntary Resettlement Sourcebook. Planning and Implementation in Development Projects*, Washington.
- Wu, Fulong/Jiang, Xu/Gar-On Yeh, Anthony (2007): *Urban Development in Post-Reform China. State, Market and Space*, London.
- Yan, Jun/Chen, Haiting (2011): *Understanding the Regulations on Expropriation and Compensation of Housing on State-Owned Land*, in: *China Bulletin*, November 2011.
- Yu, Jianrong (2005): *Social Conflict in Rural China Today: Observations and Analysis on Farmers' Struggles to Safeguard Their Rights*, in: *Social Sciences in China*, Bd. 26, 3/2005, 125–136.
- Yu, Jianrong (2007): *Conflicts in the Countryside*, in: *China Perspectives* 3/2007, 28–34.
- Zhang, Amy (2014): *Rational Resistance: Homeowner Contention against Waste Incineration in Guangzhou*, in: *China Perspectives* 2/2014, 45–52.
- Zhang, Kai: *Who is Relocating Whom in the Renovation of Shanghai's Old City?* In: *China Perspectives* 1/2013, 29–39.
- Zhu, Jiangang/Wang, Chao (2010): *Jiti xingdong de celüe yu wenhua kuangjia de jiangou* (Taktiken des kollektiven Aktivismus und der Aufbau eines kulturellen Rahmens), in: Zhu, Jiangang (Hrsg.): *Gonggong Shenghuo Pinglun. Shequ, Kongjian yu Xingdong* (Public Life Review. Community, Space and Action) 1/2010, Peking, 31–70.

Eva Sternfeld

DIE ÖKOLOGISCHEN HERAUSFORDERUNGEN DES CHINESISCHEN WIRTSCHAFTSWUNDERS¹

Der folgende Beitrag thematisiert die ökologischen Herausforderungen des chinesischen Wirtschaftsbooms und deren soziale Konsequenzen. Obwohl das Land auf eine relativ lange Geschichte von institutionalisierter Umweltpolitik zurückblicken kann, gibt es bei der Implementierung auf lokaler Ebene große Vollzugsdefizite. Umweltschäden verursachen nicht nur hohe ökonomische Kosten, sie wirken sich auch auf die soziale Stabilität aus.

China zahlt für seine rasante Wirtschaftsentwicklung einen hohen Preis. Täglich kommt es irgendwo in der Volksrepublik zu einem größeren Umweltskandal, und die Fälle, die es in die Schlagzeilen schaffen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Umweltzerstörung hat in Form von Krankheiten, verseuchten Böden, Luft- und Wasserverschmutzung enorme Auswirkungen auf die Bevölkerung. Die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache: Der vorzeitige Tod von bis zu 1,2 Millionen Menschen jährlich wird direkt auf die Folgen der erheblichen Luftverschmutzung in Chinas Großstädten zurückgeführt (vgl. Wong 2013). Regelmäßig in die Medien schaffte es in den vergangenen Jahren die smoggeplagte Hauptstadt Peking. Doch Luftverschmutzung ist nicht die größte ökologische Herausforderung der chinesischen Hauptstadt. Pro Einwohner stehen dort im Schnitt lediglich 120 Kubikmeter Wasser pro Jahr zur Verfügung, das ist etwa ein Fünftel der Menge, die nach UN-Klassifikation als Grenzwert für «Wassermangel» genannt wird. Das Wasser ist nicht nur knapp, es ist auch erheblich verschmutzt. Nur drei Prozent des Grundwassers in chinesischen Städten gilt als sauber, in der dicht besiedelten nordchinesischen Tiefebene werden bis zu 70 Prozent des Grundwassers als ungeeignet für den menschlichen Gebrauch klassifiziert. Mit der Wasserverschmutzung einher geht eine Verschmutzung des Acker-

1 Aktualisierte und erweiterte Fassung eines Artikels, der 2011 in der Zeitschrift *Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär* unter dem Titel «Ökologische Vernunft, Autokratie und Zivilgesellschaft» erschienen ist.

lands, und über dieses gelangen die Schadstoffe in die Nahrungskette. Im Jahr 2014 wurden die Ergebnisse einer zuvor geheimgehaltenen Untersuchung des chinesischen Ministeriums für Landressourcen bekannt, die über besorgniserregende landesweite Verseuchung der Ackerböden mit Kadmium, Quecksilber und Arsen berichtet (vgl. Kaiman 2014b).

Der volkswirtschaftliche Schaden ist groß. Eine Studie der Weltbank und des dem chinesischen Staatsrat unterstehenden Development Research Center beziffert 2014 allein die durch Luftverschmutzung verursachten volkswirtschaftlichen Schäden auf bis zu 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr – und damit auf fast drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (The World Bank/Development Research Center of the State Council 2014: 26). Die Umweltschäden haben vielerorts solche Ausmaße erreicht, dass eine Sanierung selbst unter größten Anstrengungen kaum gelingt. Mindestens zehn Milliarden Euro wurden während der Olympiavorbereitungen allein in Umweltschutzmaßnahmen in Peking investiert (vgl. Schüller 2008). Doch der Erfolg bleibt aus. Regelmäßig gerät die Hauptstadt in die Schlagzeilen, wenn krebserregende Feinstaubbelastungen die Stadt vernebeln. So zum Beispiel am 15. Januar 2015, als Feinstaubbelastungen von durchschnittlich 478 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen wurden, etwa das 20-fache des von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als gesundheitlich unbedenklich eingestuften Grenzwerts von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter (vgl. Beijing Air Pollution 2015; Kaiman 2014a).

Der chinesische Wirtschaftsboom und der damit verbundene Anstieg des Verbrauchs von fossilen Energieträgern tragen zum Anstieg der weltweiten Treibhausgasemissionen bei und haben damit Auswirkungen auf den globalen Klimawandel. 2013 entfielen auf China bereits 29 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. China übertraf mit 7,4 Tonnen CO₂ erstmals die Pro-Kopf-Emissionswerte, die durchschnittlich für die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermittelt wurden (PBL 2014: 4). China ist damit nicht nur zum Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen avanciert, es gehört auch zu den Staaten, die sich nach den Prognosen des Weltklimarats auf erhebliche ökologische, ökonomische und soziale Verwerfungen als Folge der globalen Klimaerwärmung einstellen müssen.

So wird seit 1970 eine Abschwächung des Monsuns beobachtet. Dies geht mit höheren Niederschlägen und Überschwemmungen in der Region des Jangtsekiang und anhaltenden Dürren in Nordchina während des Sommers einher (IPCC 2014: 1333). Wassermangel könnte verbunden mit steigenden Temperaturen zu Engpässen in der Wasserversorgung der Landwirtschaft und Produktionseinbrüchen führen (IPCC 2014: 1341). Szenarien für 2020 prognostizieren Ertragsrückgänge von bis zu 18 Prozent bei Reis, von bis zu 22 Prozent bei Weizen sowie von bis zu 30 Prozent bei Mais (vgl. Piao 2010: 48). Das tibetische Hochplateau, Quellgebiet der großen asiatischen Flüsse, wie auch die Gebirge in Nordwestchina sind von der Klimaerwärmung betroffen. Die Gletscherschmelze und tauende Permafrostböden führen kurzfristig zu größerer Überschwemmungsgefahr, langfristig zu einem dramatischen

Rückgang der Wasserführung der großen Flüsse, begleitet von Temperaturanstieg, größerer Trockenheit und Sandstürmen. Chinesische Wissenschaftler befürchten, dass das Abschmelzen der Gletscher zu einer völligen Neuordnung der Wassersysteme in Teilen Westchinas führen wird und zahlreiche Flussoasen aufgegeben werden müssen (vgl. Piao 2010: 48). Millionen von Umweltflüchtlingen wären die Folge. Für Chinas Küsten erwartete der vierte Sachstandsbericht des Weltklimarats einen Anstieg des Meeresspiegels von 40 bis 60 Zentimetern bis zum Jahr 2100. Hiervon wären Chinas wichtigste Wirtschaftsregionen, das Perlfussdelta und die Region um Shanghai, direkt betroffen (IPCC 2007: 481; IPCC 2014: 1346).

Chinas Umweltkrise ist allgegenwärtig und wird mittlerweile sowohl von der politischen Führung als auch von der Bevölkerung als einer der entscheidenden Faktoren gesehen, die den angestrebten Weg zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Weltmacht gefährden könnten. Nie zuvor haben sich chinesische Regierungsvertreter so häufig und offen zur Umweltkrise geäußert wie in den vergangenen Jahren. Chinas dramatische Umweltsituation haftet wie ein hässlicher Fleck auf der schönen Fassade der postulierten «harmonischen Gesellschaft des Sozialismus». Bereits 2005 hatte der stellvertretende Umweltminister Pan Yue in einem aufsehenerregenden Interview mit dem deutschen Magazin *Der Spiegel* gewarnt: «Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit.» (Der Spiegel 2005: 149)

Dabei sind es nicht so sehr die direkten Auswirkungen auf die Natur, als vielmehr ihre indirekten gesellschaftlichen Folgen, die der gegenwärtigen Regierung Sorgen bereiten. Beunruhigt verfolgt sie, wie sich Konflikte um knappe Ressourcen verschärfen und die Umweltzerstörung nicht nur große ökonomische Schäden verursacht, sondern sich auch negativ auf die Volksgesundheit und soziale Stabilität auswirkt, Chinas internationales Ansehen beeinträchtigt und damit nicht zuletzt die Autorität der Kommunistischen Partei (KP) zu untergraben droht.

Meinungsumfragen, die in letzten Jahren in China durchgeführt wurden, belegen, dass die schlechte Umweltqualität zu den vorherrschenden Themen gehört, die den Chinesen auf dem Herzen liegen. So attestiert zum Beispiel eine seit 2008 durchgeführte Studie des amerikanischen Pew Research Center der chinesischen Bevölkerung ein hohes Interesse an Umweltthemen und belegt, dass die Besorgnis über Umweltverschmutzung und Nahrungsmittelsicherheit in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen hat (Pew Center 2008; Pew Center 2013).

Tabelle 1: Wachsende Sorgen der chinesischen Bevölkerung

	Größe des Problems von 0 bis 100 (in Prozent)			
	2008	2012	2013	Veränderung 2008–2013 (in Prozent)
Nahrungsmittelsicherheit	12	41	38	+26
Produktqualität	13	33	31	+18
Sicherheit von Medikamenten	9	28	27	+18
Altersversorgung	13	28	30	+17
Luftverschmutzung	31	36	47	+17
Korrupte Beamte	39	50	53	+14
Bildung	11	23	24	+13
Wasserverschmutzung	28	33	40	+12
Arm-Reich-Unterschied	41	48	52	+11
Gesundheitsversorgung	12	26	23	+11
Arbeitsbedingungen	13	23	23	+10
Verkehr	9	18	19	+10
Kriminalität	17	25	24	+7
Korrupte Geschäftsleute	21	32	27	+6
Arbeitslosigkeit	22	24	27	+5
Elektrizitätsmangel	4	8	8	+4
Steigende Preise	72	60	59	-13

Quelle: Pew Research 2013²

Die katastrophale Umweltbilanz der letzten Jahre verweist auf die Schwächen der staatlichen Umweltpolitik, die sich trotz guter Vorsätze nicht gegen die Prioritäten einer vorrangig am ökonomischen Wachstum orientierten Entwicklungsstrategie durchsetzen konnte. «Wir werden nicht aus Angst vor dem Ersticken das Essen aufgeben, und

2 Insgesamt wurden 3.226 Interviews mit über 18-jährigen Personen auf Chinesisch durchgeführt. Die Interviews für die Ausgabe 2013 wurden zwischen März und April 2013 in zwölf Großstädten, zwölf Kleinstädten und zwölf Dörfern in Zentral, Ost- und Westchina durchgeführt. Vgl. auch: www.pewglobal.org/2013/09/19/survey-methods-61/.

nicht aus Angst vor Verunreinigung der Umwelt darauf verzichten, unsere Industrie zu entwickeln.» (Peking Rundschau 1972/24: 6) Dieses Statement, 1972 von einem chinesischen Delegierten selbstbewusst auf der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm vorgetragen, würden auch heute noch viele Politiker unterschreiben, insbesondere jene, die aus Chinas ärmeren Regionen stammen. Obwohl China eine mehrere Jahrzehnte zurückreichende Geschichte der institutionalisierten Umweltpolitik hat, führte die staatliche Umweltbehörde (SEPA) lange ein Schattendasein am Kabinetttisch. Erst 2008 erhielt die SEPA überhaupt den Rang eines Ministeriums. Mit einem Stab von kaum 300 Beamten in der Pekinger Zentrale hat die staatliche Behörde in den vergangenen Jahren einen ambitionierten Katalog an Gesetzen und Politikinitiativen erarbeitet. Dazu gehören zum Beispiel das 2006 in Kraft getretene Umweltverträglichkeitsgesetz, Initiativen für ein «grünes» Kredit- und Versicherungssystem und die Berechnung des «grünen BIP».³ Vieles ist jedoch Makulatur geblieben oder scheiterte wie im Fall des «grünen BIP» am Widerstand der Lokalregierungen und des nationalen Statistikamts. Befürchtet wurde, dass regionale Daten des «grünen BIP» aufzeigen könnten, dass gerade die wirtschaftlich erfolgreichen Regionen dieses Wachstum auf Kosten eines ökologischen Raubbaus erreicht hatten (vgl. Economy 2007; Economy 2013).

Den lokalen Umweltbehörden fehlt häufig die Autorität, sich gegen die Wirtschaftsinteressen der eigenen Lokalregierung durchzusetzen. Der Jurist Wang Canfa, Leiter einer Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für die rechtlichen Interessen von Opfern der Umweltverschmutzung engagiert, schätzt, dass maximal zehn Prozent der Umweltgesetze implementiert werden (vgl. Economy 2007). Das Vollzugsdefizit der staatlich verordneten Umweltpolitik ist nicht zuletzt, wie Eaton und Kostka (2014) aufzeigen, dem politischen System geschuldet, das Lokalpolitikern nur relativ kurze Amtszeiten zubilligt, in denen sie sich für höhere (Partei-)Ämter profilieren können. Viele Karrieristen setzen daher eher auf spektakuläre und gut sichtbare Infrastrukturprojekte und Wirtschaftswachstum um jeden Preis, als auf die langsamere und unscheinbarere Umstellung auf einen ressourceneffizienten, nachhaltigen Entwicklungsweg. Erst neuerdings wurde die Umsetzung von Umwelt- und Klimazielen als Kriterien in die Leistungsbewertung zur Beförderung von lokalen Kadern aufgenommen. Ob dies eine nachhaltige Wirkung haben wird, bleibt abzuwarten und wird vor allem daran zu messen sein, ob es sich bei den Kriterien um «harte» oder «weiche» Anforderungen handelt.

Das Umweltministerium ist bemüht, seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit zu kompensieren, indem es sich NGOs, internationale Entwicklungsorganisationen und auch in- und ausländische Medien als strategische Partner sucht. Nichtstaatliche Umweltorganisationen werden seit den 1990er Jahren toleriert, legalisiert sind sie freilich nicht. Neben den bereits 1993 gegründeten NGOs Friends of Nature und Global Village of Beijing haben inzwischen besorgte Bürger zahlreiche weitere Um-

3 «Grünes BIP» umschreibt die Initiative, wirtschaftliches Wachstum in Abhängigkeit zu seinen ökologischen Kosten darzustellen.

weltorganisationen ins Leben gerufen, um auf akute Umweltprobleme aufmerksam zu machen und sich aktiv im Umweltschutz zu engagieren. Eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Informationen spielt zum Beispiel das von dem Journalisten Ma Jun gegründete Institute for Public and Environmental Affairs (IPE). Die Organisation veröffentlicht auf ihrer Internetseite (www.ipe.org.cn) Daten zur Wasser- und Luftqualität, die sie vom chinesischen Umweltministerium erhält und zu detaillierten Karten und Datenbanken aufbereitet. In einem sogenannten Verschmutzungsatlas können Bürger sich über die Qualität von Luft und Wasser in ihrer nächsten Umgebung informieren und auch die verursachenden Industriebetriebe lokalisieren. Die Webseite enthält auch ein Ranking der Betriebe, die am meisten Schadstoffe an die Umwelt abgeben. Noch erfolgreicher ist die von einem Pekinger Start-up entwickelte App AQICN.org (Air Quality Index), die die Informationen zur Luftqualität des Umweltministeriums für zahlreiche chinesische Großstädte sowie Städte in der gesamten Welt stündlich aktualisiert zur Verfügung stellt. Diese Daten, die für Nutzer leicht verständlich darstellen, ob die Luftqualität in ihrer Stadt aktuell unbedenklich oder gesundheitsgefährdend ist, sind von solcher Brisanz, dass die Seite zum Beispiel während der Konferenz der Asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC), die im November 2014 in Peking stattfand, nicht aufgerufen werden konnte.

Das Internet, aber auch die traditionellen Printmedien, Radio und Fernsehen spielen bei der Aktivierung der Zivilgesellschaft für Umweltthemen eine immer wichtigere Rolle. Trotz staatlicher Zensur ist in den vergangenen Jahren eine recht vielfältige Presselandschaft entstanden, deren Medien mit möglichst interessanten, aktuellen Beiträgen um Leser, Zuschauer und Hörer konkurrieren. So gelingt es Umweltaktivisten immer wieder, ihre Anliegen in den Medien zu platzieren.

Ma Jun ist nur einer von zahlreichen chinesischen Journalisten, die sich auf Umweltthemen spezialisiert haben. Viele von ihnen sind zugleich auch in einer der Umwelt-NGOs organisiert, die durch ihre Mitglieder den direkten Draht zu den Medien nutzen. So lädt bereits seit mehreren Jahren die Journalistin Wang Yongchen einmal im Monat in das Redaktionsgebäude der Zeitung *China Youth* zu einem «Umweltjournalisten-Salon» ein. Eingeladene Fachreferenten und Umweltaktivisten informieren hier über die Hintergründe aktueller Kampagnen wie zum Beispiel über den von NGOs getragenen Protest gegen Staudammprojekte am Nujiang-Fluss im Südwesten Chinas.

Nach dem Atomunglück im japanischen Fukushima hinterfragten chinesische Print- und Internetmedien die Atomsicherheit im eigenen Land. Sie veröffentlichten Karten, in denen sie die Standorte sämtlicher sich in Betrieb, im Bau und in der Planung befindenden Atomprojekte als «ost- und zentralchinesischen Atomgürtel» aufzeigten. Damit wurde vielen chinesischen Bürgern erstmals das Ausmaß des geplanten Atomprogramms vor Augen geführt. Wiederholt fällt in diesen Berichten der Begriff vom «Sprung in die Atomkraft», der in Anlehnung an die maoistische Kampagne des «Großen Sprungs nach vorn» (1958–1961) die Befürchtung zum Ausdruck bringt, dass ambitionierte Pläne in viel zu kurzer Zeit und nur ungenügend vorbereitet angesteuert werden, mit mög-

licherweise verhängnisvollen Folgen (vgl. Li/Wang 2011; Heng 2011). Es gibt jedoch immer noch keine gesetzliche Grundlage, die die Aktivitäten von NGOs offiziell gestattet. Sie bewegen sich daher auf dünnem Eis. In der Regel tolerieren staatliche Stellen Aktivitäten von lokalen Umweltorganisationen und die Berichterstattung, solange sie örtliche Missstände aufgreifen und Verstöße gegen die Umweltgesetzgebung anprangern. Über den Medien schwebt allerdings die Schere des Zensors, sobald eine Berichterstattung «aus dem Ruder zu laufen» und überregionale Dimensionen anzunehmen droht. Als zum Beispiel Presseberichte über eine Algenkatastrophe im Taihu-See, die im Sommer 2007 zur Einstellung der Wasserversorgung der Millionenstadt Wuxi führte, eine landesweite Welle von Berichten über verschmutzte Gewässer in ganz China auslöste, wurde das Thema auf Anordnung der obersten Zensurbehörde abrupt beendet.

Auch Umweltaktivisten aus der Provinz, die von den Behörden in Peking als «Whistleblower» geschätzt werden, sind in ihren Heimatorten als «Nestbeschmutzer» häufig harscher Repression ausgesetzt. Wu Lihong, ein Umweltaktivist, der fast 16 Jahre lang Beweise gegen umweltverschmutzende Betriebe am Taihu-See, dem wichtigsten Trinkwasserlieferanten der Megastadt Shanghai, gesammelt und so die Schließung von zahlreichen Betrieben erreicht hatte, wurde für dieses Engagement 2005 in Peking mit dem nationalen Umweltpreis ausgezeichnet. Die Auszeichnung schützte ihn aber nicht: In seinem Heimatort Yixing wurde Wu mehrfach von Unbekannten zusammengeschlagen. Er hatte es nicht nur gewagt, auf die Verschmutzung des Sees hinzuweisen, sondern auch die korrupten Verflechtungen zwischen lokalen Behörden, Parteiorganisationen und örtlichen Industrieunternehmen als deren Ursache anzuprangern. Im Jahr 2007, unmittelbar vor Bekanntwerden des Taihu-Skandals, wurde Wu von der örtlichen Polizeibehörde unter dem fadenscheinigen Vorwurf, ein Chemieunternehmen erpresst zu haben, verhaftet. Erst im April 2010 wurde der Umweltaktivist, der nach eigenen Angaben im Gefängnis schwer gefoltert wurde, wieder entlassen. Der «Ökokrieger», wie Wu in den chinesischen Medien genannt wird, versucht nun, den obersten Volksgerichtshof anzurufen, um Rehabilitation und Wiedergutmachung zu erstreiten (vgl. Erling 2010; Grigg 2014).

Dass der Unmut in der Bevölkerung über die Umweltsituation wächst, lässt sich an der wachsenden Zahl von Petitionen und Beschwerden, die bei den Umweltbehörden eingehen, ablesen. Für den Zeitraum des 11. Fünfjahresplans (2006–2010) zählte die Petitionsabteilung des Umweltministeriums rund 300.000 Beschwerden, diese hatten 2.614 Verwaltungsentscheidungen zur Folge. Für den gleichen Zeitraum verzeichneten die Statistiken aber lediglich 980 Gerichtsentscheidungen zu Umweltverträglichkeitsprüfungen und lediglich 30 Fälle, in denen Umweltvergehen strafrechtlich verfolgt wurden. Diese Angaben deuten darauf hin, dass die Zahl der umweltbezogenen Konflikte, die durch Verwaltungsentscheidungen und auf dem Rechtsweg gelöst werden, bislang marginal ist (vgl. Feng/Wang 2012). Weitaus häufiger verleihen die von Umweltschäden Betroffenen ihrem Ärger und ihren Sorgen spontan und in Form von mitunter gewalttätigen Demonstrationen Ausdruck. Für den Zeitraum von 2005

bis 2012 registrierte das Umweltministerium 927 sogenannte Massenergebnisse (vgl. Kennedy 2012; Blanchard 2010).

Es sind häufig nicht die Ärmsten der Armen, die auf die Straße gehen. Eine saubere Umwelt zählt inzwischen zu den Gütern, die Chinas aufstrebende städtische Mittelschicht als Teil ihrer Lebensqualität einfordert. Schon aus der Immobilienwerbung wird deutlich, dass sich Objekte am besten dann verkaufen, wenn sie das Wort «grün» oder «Park» im Namen führen. Umso größer ist die Empörung, wenn Stadtregierungen sich anschicken, in der Nachbarschaft Industriegebiete anzusiedeln. Hier organisieren sich aus Sorge um die Gesundheit und den Wert der eigenen Immobilie sogenannte NIMBY-Bewegungen («Not in my backyard»). So wehren sich Bürger inzwischen in mehr als 30 Städten, einschließlich der Metropolen Peking, Shanghai und Guangzhou, gegen geplante Müllverbrennungsanlagen in ihrer Nähe (vgl. Xie 2010). In Shanghai protestierten Bürger gegen den geplanten Ausbau des Transrapid. Anwohner aus der Stadt Weihai in Shandong schickten 2007 eine Petition an Ministerpräsident Wen Jiabao, um gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerks in der Nähe des bei Touristen beliebten Silberstrands zu protestieren (vgl. Wen 2007). Waren solche Proteste bis zum Atomunglück in Fukushima noch eher die Ausnahme, schenken viele chinesische Bürger inzwischen der offiziellen Sprachregelung, Kernkraft sei im Vergleich zur Kohle «sauber und sicher», keinen Glauben mehr.⁴ Im Juli 2013 protestierten Tausende Bürger in Guangdong tagelang gegen den geplanten Bau einer Urananreicherungsanlage in der Nähe der Stadt Jiangmen (Sternfeld 2014: 198).

Als Fanal für ökologisch motivierte Massenproteste gilt eine Demonstration, die im Juni 2007 die südchinesische Stadt Xiamen lahmlegte. An mehreren aufeinanderfolgenden Tagen protestierten Zehntausende besorgte Bürger, viele von ihnen Studierende und Mitarbeiter der Xiamen-Universität, sowie Anwohner aus dem als gut situiert geltenden Stadtteil Haicang gegen den geplanten Bau einer Chemiefabrik. Die geplante, 1,4 Milliarden US-Dollar teure Fabrik sollte Paraxylol (PX) herstellen, ein Grundstoff, der für die Erzeugung von Plastik und Polyester genutzt wird. Eine Ansiedlung solcher Chemiebetriebe ist in unmittelbarer Nachbarschaft von Wohngebieten laut chinesischer Umweltgesetzgebung nicht gestattet. Trotz massiver Einschüchterungen durch die lokalen Behörden gelang es den Organisatoren innerhalb kürzester Zeit, über SMS zeitweise bis zu 20.000 Demonstranten zu mobilisieren. Ein Protest solchen Ausmaßes blieb nicht ohne amtliche Reaktion. Der stellvertretende Umweltminister Pan Yue intervenierte persönlich und veranlasste eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung durch die staatliche China Research Academy for Environmental Sciences. Die Bürger waren insofern erfolgreich, als das umstrittene Werk nun nicht mehr in Xiamen, sondern in der Nähe der Stadt Zhanjiang, ebenfalls in der Provinz Fujian, realisiert wird. Richtig aufatmen können die Anwohner

4 «Atomkraft sauber und sicher» lautete zum Beispiel eine Überschrift der parteiamtlichen Tageszeitung *Renmin Ribao* (2005) aus Anlass des 13-jährigen reibungslosen Betriebs des Atomkraftwerks Qinshan in Zhejiang.

aus dem Xiamener Stadtteil Haicang freilich nicht, denn ein Ende 2007 vorgelegtes Gutachten stellte lediglich fest, dass ein Wohngebiet und ein Chemieindustrialgebiet in unmittelbarer Nachbarschaft nicht vereinbar sind, überließ es aber den lokalen Behörden zu entscheiden, das geplante Chemieindustrialgebiet aufzugeben oder aber die Anwohner umzusiedeln (vgl. Liu 2007). Auf jeden Fall haben die Proteste in Xiamen die Öffentlichkeit für Paraxylol sensibilisiert. Wo immer sich Behörden anschicken, Genehmigungen für den Bau eines solchen Werks zu erteilen, gehen besorgte Anwohner auf die Straße und sorgen in teilweise gewalttätigen Protesten wie zuletzt 2014 in Kunming und Maoming dafür, dass diese Fabriken zumindest nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihren Wohnvierteln gebaut werden (BBC 2014).

Das Beispiel aus Xiamen scheint symptomatisch für das Dilemma, in dem sich Chinas staatliche Umweltpolitik befindet. Trotz der Aufwertung zum Ministerium ist die oberste staatliche Umweltbehörde eine immer noch vergleichsweise schwache Institution, der es kaum gelingt, die umweltpolitischen Ziele gegenüber den vorrangig am wirtschaftlichen Wachstum interessierten lokalen Behörden und Industriebetrieben durchzusetzen. Daher suchte der ehemalige Journalist und beim Umweltministerium für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Vizeminister Pan Yue den Schulterchluss mit der aufkeimenden Zivilgesellschaft. Mit aufsehenerregenden Aktionen wies er gezielt auf das in Paragraph 11 des Umweltverträglichkeitsgesetzes verankerte Recht auf Information und Beteiligung der Öffentlichkeit hin. So lud er im Frühjahr 2006 Vertreter von prominenten Umwelt-NGOs in die Räume der Umweltbehörde ein, um am Beispiel einer umstrittenen Planung für den Pekinger Park Yuanmingyuan medienwirksam die gesetzlich vorgeschriebene Bürgeranhörung zu inszenieren (vgl. Zhao 2010). Jedoch lassen sich die gerufenen Geister nicht immer ohne Weiteres instrumentalisieren. «Ich habe großen Respekt vor der Umweltbewegung, doch ich betrachte mich nicht als Umweltkämpferin. Es ging uns darum, China etwas stärker in Richtung Meinungsfreiheit zu bewegen», resümierte etwa Anfang der 1990er Jahre Dai Qing, Journalistin und Herausgeberin des 1989 erschienenen Buches «Yangzi, Yangzi», das die sozialen und ökologischen Folgen des damals geplanten Drei-Schluchten-Staudamms kritisch beleuchtete (vgl. Bosshard 1995). Im Falle des Xiamener Protests wurden umgehend zahlreiche, meist mit Mobiltelefonen aufgenommene Fotos und Videos der Demonstrationen ins Internet gestellt und konnten in ganz China angesehen werden.⁵ Der gesprochene Kommentar zu einem Video zog nicht nur explizit eine Parallele zu dem Fall des 400 Kilometer entfernten Taihu-Sees, sondern der Sprecher betonte auch, dass die Proteste von Xiamen die ersten Massendemonstrationen seit dem Ende der Demokratiebewegung von 1989 seien (vgl. Economy 2007). Um Pan Yue, von westlichen Medien vielfach schon als «Reformer» geadelt, ist es seither ruhig geworden. Er ist zwar noch im Amt, es sind aber keine aufsehenerregenden Statements mehr an die Öffentlichkeit gelangt.

5 Siehe zum Beispiel www.youtube.com/watch?v=iOG1XA6Wm1g&NR=1 oder www.youtube.com/watch?v=1UHh1jX5r2o&NR=1 (Youtube war 2007 in China noch zugänglich), Stand: 15.1. 2015.

Literatur und Quellen

- BBC (2014): China Maoing environmental protest violence condemned, unter: www.bbc.com/news/world-asia-china-26849814 (Stand: 15.1.2015).
- Beijing Air Pollution (2015): Real-time Air Quality Index (AQI), unter: <http://aqicn.org/city/beijing/> (Stand: 15.1.2015).
- Blanchard, Ben/Laurence, Jeremy (2010): Chinese villagers attack government building, unter: <http://in.reuters.com/article/idINIndia-45992720100208> (Stand: 15.1.2015).
- Bosshard, Peter (1995): Der Damm zu Babel, Zürich.
- China Daily (2010): 600 Residents protest waste incinerator project, unter: www.chinadaily.com.cn/china/2010-05/18/content_9860151.htm (Stand: 15.1.2015).
- Dai Qing (Hrsg.) (1989): Changjiang, Changjiang – Sanxia Gongcheng Lucheng (Jangtsekiang, Jangtsekiang – Die Kontroverse um das Drei-Schluchten-Projekt), Guizhou.
- Eaton, Sarah/Kostka, Genia (2014): Authoritarian Environmentalism Undermined? Local Leaders' Time Horizons and Environmental Policy Implementation in China, in: *The China Quarterly* 218, 359–380.
- The Economist (2013): Nuclear activism. Limiting the fallout, unter: www.economist.com/news/china/21582016-rare-protest-prompts-government-scrap-plans-build-uranium-processing-plant (Stand: 3.8.2014).
- Economy, Elizabeth C. (2007): The Great Leap Backward? In: *Foreign Affairs*, 5/2007, 38–60, unter: www.foreignaffairs.com/search/the%20great%20leap%20backward (Stand: 15.1.2015).
- Economy, Elizabeth C. (2013): China's Environmental Governance Crisis. Council on Foreign Relations, unter: www.cecc.gov/sites/chinacommission.house.gov/files/documents/hearings/2013/CECC%20Hearing%20-%20Food%20Safety%20-%20Elizabeth%20Economy%20Written%20Statement (Stand: 15.1.2015).
- Erling, Johnny (2010): Bauer Wu kämpft wieder für sauberes Wasser in China, in: *Die Welt*, 22.5.2010, unter: www.welt.de/welt_print/politik/article7739526/Bauer-Wu-kaempft-wieder-fuer-sauberes-Wasser-in-China.html (Stand: 2.8.2014).
- Feng Jie/Wang Tao (2012): Officials struggling to respond to China's year of environmental protests, in: *Chinadialogue*, 6.12.2012, unter: www.chinadialogue.net/article/show/single/en/5438-Officials-struggling-to-respond-to-China-s-year-of-environment-protests (Stand: 15.1.2015).
- Grigg, Angus (2014): Hunt for environmentalist Wu Lihong kicks off China's pollution war, in: *Financial Review*, 19.3.2014, unter: www.afr.com/p/world/hunt_for_environmentalist_wu_lihong_CU7Mtlvb7SDKzSBOAN8E6L (Stand: 15.1.2015).
- Heng Mei (2011): Riben he weiji, Zhongguo ni zhunbei hao le ma? (Atomkrise in Japan, China bist du darauf vorbereitet?), in: *Wangyi Luntan*, 15.3.2011, unter: <http://bbs.news.163.com/bbs/shishi/201730409.html> (Stand: 3.8.2014).
- IPCC (International Panel on Climate Change) (2007): Fourth Assessment Report. Contribution of Working Group II, unter: www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-chapter10.pdf (Stand: 2.8.2014).
- IPCC (International Panel on Climate Change) (2014): Fifth Assessment Report. Contribution of Working Group II, unter: https://ipcc-wg2.gov/AR5/images/uploads/WGIIAR5-Chap24_FINAL.pdf (Stand: 14.1.2015).
- Kaiman, Jonathan (2014a): China's toxic air pollution resembles nuclear winter, say scientists, in: *The Guardian*, 25.2.2014, unter: www.theguardian.com/world/2014/feb/25/china-toxic-air-pollution-nuclear-winter-scientists (Stand: 30.7.2014).
- Kaiman, Jonathan (2014b): China says more than half of its groundwater is polluted, in: *The Guardian*, 23.4.2014, unter: www.theguardian.com/environment/2014/apr/23/china-half-groundwater-polluted (Stand: 30.7.2014).
- Kennedy, John (2012): Environmental protests in China on dramatic rise, expert says, in: *South China Morning Post*, 29.10.2012, unter: www.scmp.com/news/china/article/1072407/environmental-protests-china-rise-expert-says (Stand: 15.1.2015).
- Li Weina/Wang Qihua (2011): Zhongguo hedian yuzhen (Chinas atomares Nachbeben), *Caijing* 286, 62–66.
- Liu Jianqiang (2007): Planning Failure in Xiamen, unter: www.chinadialogue.net/article/show/single/en/1564-Planning-failure-in-Xiamen (Stand: 15.1.2015).
- Lorenz, Andreas (2005): Das Wunder ist bald zu Ende, in: *Spiegel* 10/2005, 149.
- PBL Netherland Environment Assessment Agency (2014): Trends in Global CO2 Emissions, unter: www.pbl.nl/sites/default/files/cms/publicaties/PBL_2014_Trends_in_global_CO2_emissions_2014_1490_0.pdf (Stand: 14.1.2015).
- Peking Rundschau (1972): Chinas Standpunkt über Umweltschutz, 24/1972, 6–9.
- Pew Research Center (2008): The 2008 Pew Global Attitudes Survey in China. The Pew Global Attitudes Project, unter: <http://pewglobal.org/reports/pdf/261.pdf> (Stand: 15.1.2015).

- Pew Research Global Attitudes Project (2013): Environmental Concerns on the Rise in China, unter: www.pewglobal.org/2013/09/19/environmental-concerns-on-the-rise-in-china (Stand: 30.7.2014).
- Piao Shilong/Cias, Philippe/Yao Huang/Shen Zehao/Peng Shushi/Li Junsheng/Zhou Liping/Liu Hongyan/Ma Yuecun/Ding Yihui/ Fiedlingsstein, Pierre/Liu Chunzhen/Tan Kun/Yu Yongqiang/ Zhang Tianyi/Fang Jingyuan (2010): The Impacts of Climate Change on Water Resources and Agriculture in China, in: *Nature* 7311, 126–139.
- Renmin Ribao (2005): Hedian qingjie you anquan, unter: <http://scitech.people.com.cn/GB/25895/3148053.html> (Stand: 3.8.2014).
- Schüller, Margot (2008): Wirtschaftliche Dimensionen der Olympischen Spiele in Beijing: Wer werden die Gewinner sein?, in: *China aktuell* 2/2008, 126–139.
- Sternfeld, Eva (2011): Ökologische Vernunft, Autokratie und Zivilgesellschaft. Der Fall China, *Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär* 14/2011, 47–51.
- Sternfeld, Eva (2014): Fukushima und die Folgen für Chinas Atomenergieprogramm, in: *Kontinuität und Umbruch in China. Jahrbuch der Deutschen Vereinigung für Chinastudien*, Wiesbaden, 189–208.
- Wen Bo (2007): A call for transparency: China's emerging anti-nuclear movement, in: *China Environment Series* 9/2007, 106–109.
- The World Bank/Development Research Center of the State Council (2014): *Urban China. Toward efficient, inclusive, and sustainable urbanization*, Washington.
- Wong, Edward (2013): Air pollution linked to 1.2 Million Premature Deaths in China, unter: www.nytimes.com/2013/04/02/world/asia/air-pollution-linked-to-1-2-million-deaths-in-china.html?_r=0 (Stand: 30.7.2014).
- Xiang Fang (2008): Citizens Finding a Voice: Bottom-up Politics in China's Nuclear Power Debate, *China Environment Series* 10, 151–156.
- Xie Yanmei (2010): Stand-off in Beijing, in: *Chinadialogue* 17, 72–73.
- Zhao Yuhong (2010): Public Participation in China's EIA Regime: Rhetoric or Reality, in: *Journal of Environmental Law* 22, 89–123.

Hansjörg Herr

DER AUFSTIEG CHINAS ZU EINER ÖKONOMISCHEN GROSSMACHT - ERFOLGE UND HERAUSFORDERUNGEN

1 Einleitung¹

China begann seine Transformation von einer Planwirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie Ende der 1970er Jahre. Die Veränderungen wurden durch den Tod Mao Zedongs im Jahr 1976 eingeleitet. Mao hatte die Volksrepublik China nach dem Sieg gegen die Truppen von Chiang Kai-shek und der Vertreibung der Japaner 1949 ausgerufen. Nach Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei (KP) Chinas errangen die Reformer um Deng Xiaoping 1978 die Oberhand und leiteten den Reformprozess ein. Der große Unterschied zur Transformation der Planwirtschaft in der Sowjetunion liegt darin, dass China einen graduellen Reformweg einschlug und keine Schockstrategie. Zudem hat die KP Chinas nach wie vor die uneingeschränkte politische Macht und konnte die Transformation im Rahmen eines stabilen politischen Systems durchführen, während es in der Sowjetunion fundamentale politische Umbrüche gab, die zur Auflösung der Sowjetunion und zu weitreichenden ökonomischen Turbulenzen führten. China war somit in der Lage, eine langfristige Strategie der Reformen zu verfolgen. Die chinesische Transformationsstrategie war jedoch nicht durch einen Masterplan gekennzeichnet, der alle Details festlegt. Dies war eher der Fall in der Sowjetunion, als spätestens mit dem Beginn der Präsidentschaft von Boris Jelzin im Juni 1991 mit schnellen Reformschritten und Unterstützung westlicher Berater quasi planerisch eine kapitalistische Ökonomie geschaffen werden sollte. China verfolgte eine Politik der tastenden Entwicklung: «Die Steine ertastend den Fluss überqueren», so charakterisierte Deng Xiaoping (vgl. Gransow 2004), der die chinesische Transformationsstrategie ab Ende der 1970er Jahre bis in die 1990er Jahre hinein entscheidend beeinflusste, den chinesischen

1 Für Unterstützung und Anregungen danke ich Helen Engelhardt.

Weg. Dabei zeigte China, wie viele andere asiatische Länder, eine hohe Lernfähigkeit der Regierung und Administration, die Fehlentwicklungen zu erkennen und zu beseitigen suchten.

In diesem Beitrag soll die ökonomische Entwicklung Chinas kurz nachgezeichnet werden. Trotz vieler positiver Aspekte darf nicht verschwiegen werden, dass China auch keinen Mangel an Problemen hat. Diese werden hier ebenfalls angesprochen. Im zweiten Abschnitt wird ein Überblick über die ökonomische Entwicklung in China gegeben. Der dritte Abschnitt geht dann speziell auf die Integration Chinas in die Weltwirtschaft ein. Der vierte Abschnitt zieht Schlussfolgerungen und verdeutlicht die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme Chinas.

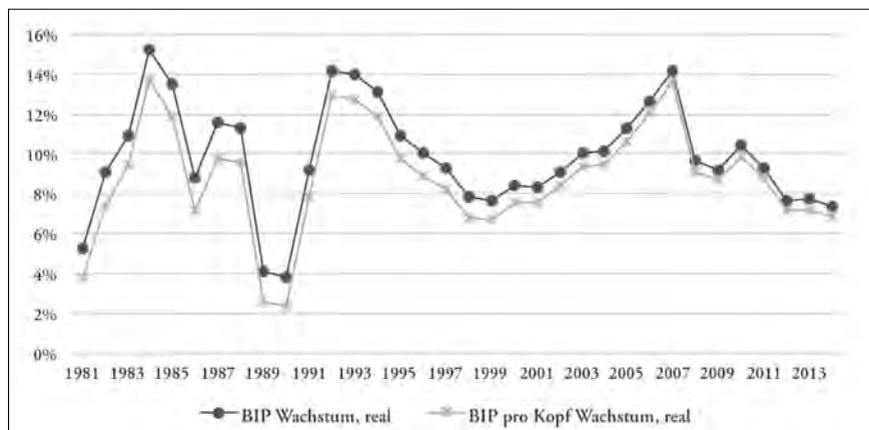
2 Die Entwicklung der chinesischen Ökonomie

2.1 Überblick über die ökonomische Entwicklung

China² weist seit dem Beginn des Reformprozesses außerordentlich hohe Wachstumsraten auf. Zwischen 1980 und 2014 lag das jährliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Durchschnitt bei 9,80 Prozent, das Pro-Kopf-Wachstum bei 8,74 Prozent (vgl. Abbildung 1). Nicht zuletzt aufgrund der Ein-Kind-Politik, die im Jahr 1979 eingeführt wurde, war das Bevölkerungswachstum in China relativ gering, sodass die Pro-Kopf-Wachstumsrate kaum unter der des BIPs lag. Gleichwohl gab es Schwankungen in der Wachstumsrate. Ende der 1980er Jahre gab es eine kräftige Wachstumsdelle. Dann stiegen die Wachstumsraten stark an, schwächten sich mit Ausbruch der Asienkrise 1997 aber wieder ab. Nach erneut starkem Wachstum nach 2002 rutschte China mit dem Ausbruch der Großen Rezession im Jahr 2009 in eine neue mittelfristige Phase geringeren Wachstums. Die insgesamt hohen Wachstumsraten haben dazu geführt, dass der Anteil der armen Bevölkerung gemessen an einem Einkommen von täglich unter 1,25 US-Dollar pro Kopf von 60,1 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 1990 auf 6,3 Prozent im Jahr 2011 gesunken ist (Weltbank 2014a). Das Einkommen pro Kopf lag 2013 bei einem Wert von 6.500 US-Dollar. Zum Vergleich, in Deutschland lag der Wert 2013 deutlich über 40.000 US-Dollar. Mit einer Bevölkerung von über 1,3 Milliarden Menschen liegt das absolute BIP Chinas im Jahr 2014 nach Kaufkraftparitäten gerechnet etwa so hoch wie das der USA (Weltbank 2014b). Obwohl China insgesamt noch ein Entwicklungsland ist, hat sich eine relevante Mittelschicht herausgebildet. Die chinesische Akademie der Sozialwissenschaften zählte im Jahr 2013 Haushalte mit einem Jahreseinkommen von 6.400 bis 53.000 Euro zur Mittelschicht, was 310 Millionen Personen entspricht (Deutsche Welle 2013).

2 Wenn nicht anders vermerkt, ist mit «China» immer Festlandchina gemeint, also die Volksrepublik China ohne die Sonderzonen Hongkong und Macau. Die Republik China (Taiwan) ist ein unabhängiger Staat.

Abbildung 1: Wachstumsrate des chinesischen Bruttoinlandsproduktes (BIP), 1981–2014



Quelle: IWF WEO (2014)

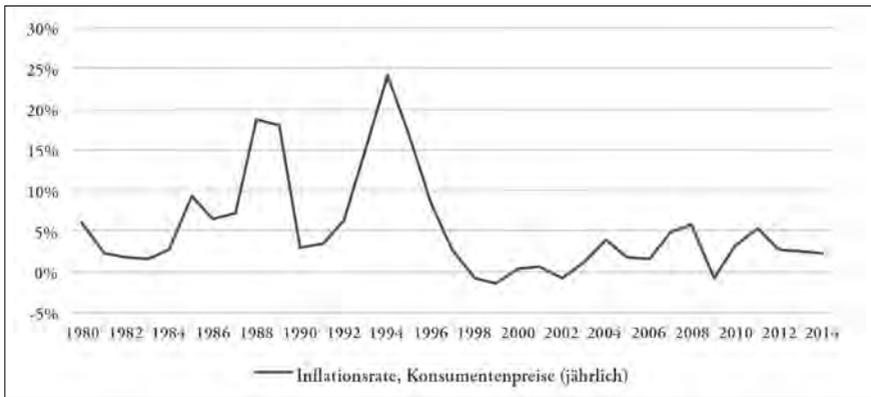
Die Inflationsrate in China stieg Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre auf vergleichsweise hohe Werte (vgl. Abbildung 2). Dies hat mit der Erosion des Kreditplans zu tun, der nach dem Beginn der Reformen die direkte quantitative Mengenplanung ersetzte und bis Ende der 1990er Jahre existierte. Geldpolitik wurde in China nach 1978 so betrieben, dass die Zentralbank die Verleih- und Einlagenzinssätze festsetzte und gleichzeitig direkt das Kreditvolumen der Banken steuerte, die nach dem Beginn der Reformen aus dem planwirtschaftlichen Monobankensystem hervorgingen. Der Kreditplan bekam Ende der 1980er Jahre Löcher, da die Banken ihn dadurch umgingen, dass sie massenhaft Nicht-Bank-Finanzintermediären wie Investmentfonds, die sie teilweise selbst gründeten und finanzierten, zur Kreditvergabe nutzten. Die ungezügelter Kreditvergabe, refinanziert von der Zentralbank, führte in dieser Phase zu hoher Nachfrage, die an Kapazitätsgrenzen stieß und eine Nachfrageinflation auslöste. Gleichzeitig stiegen die Nominallöhne zu stark an und lösten eine Lohn-Preis-Spirale aus.³

Der Kreditplan wurde durch administrative Maßnahmen einschließlich der Abwicklung vieler Nicht-Bank-Finanzintermediäre Anfang der 1990er Jahre wieder funktionsfähig gemacht. Insgesamt kam es aufgrund der Ereignisse auf dem Platz am Tor des himmlischen Friedens (Tian'anmen-Platz) in Peking im Jahr 1989 zu einem Stillstand der Reformen. Auch diese Entwicklungen führten zu restriktiver Kreditver-

3 Zur Inflationstheorie vgl. Heine/Herr (2013).

gabe und zu einer Drosselung des Produktionsvolumens. Ab Mitte der 1990er Jahre verharteten Preisänderungen in China auf niedrigem Niveau. Nach dem Ausbruch der Asienkrise im Jahr 1997 kam es sogar zu temporären deflationären Tendenzen. Es ist zu betonen, dass China ab Mitte der 1990er Jahre bis heute eine für ein Entwicklungsland außerordentlich stabile und niedrige Inflationsentwicklung aufweist. Es gab während dieser Phase im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungsländern keinerlei Tendenzen der Erosion des Geldsystems, die das Vertrauen der Bevölkerung in die inländische Währung hätte schwächen können. Der Renminbi (manchmal auch als Yuan bezeichnet) wird von der chinesischen Bevölkerung geschätzt und gehalten.

Abbildung 2: Inflationsrate in China, 1980–2014



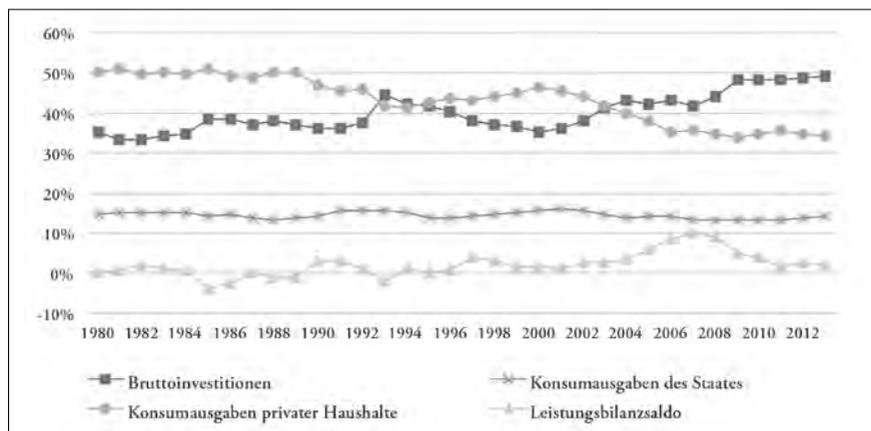
Quelle: IWF WEO (2014)

Die Abbildung 3 zeigt die Struktur der aggregierten Nachfrage in China. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass ab dem Beginn der Transformation bis Mitte der 1990er Jahre die Leistungsbilanz (wesentlich dominiert durch die Handelsbilanz) um Null schwankte und dann begann, längerfristig positiv zu werden. China hat im Vergleich zu vielen anderen Entwicklungsländern immer darauf geachtet, keine langfristigen Leistungsbilanzdefizite zu haben. Es hat aus diesem Grunde auch keine hohe Auslandsschuld aufgebaut und ist bemerkenswerterweise ab Ende der 1970er Jahre nie in eine Währungskrise geraten, die in so vielen anderen Entwicklungsländern zu negativen Wachstumsraten und teilweise langfristiger Stagnation führte.

Bemerkenswert ist in China der extrem hohe und steigende Anteil der Investitionen am BIP, der während der letzten Jahre fast 50 Prozent erreichte. International üblich sind um die 20 Prozent, in Entwicklungsländern ist der Anteil manchmal etwas höher. In Deutschland lag der Wert im Jahr 2013 bei 19 Prozent (Statistisches Bundesamt 2014). Entsprechend niedrig ist in China der Anteil der Konsumnachfrage am

BIP, der unter 40 Prozent absank. Hohe Investitionen steigern die Produktionskapazitäten und verkörpern neue Technologien, die für eine nachholende Entwicklung notwendig sind. Jedoch muss zwischen Investitionen und anderen Nachfragekomponenten eine gewisse Proportion bestehen, ansonsten ergibt sich im Vergleich zur Gesamtnachfrage eine Unterauslastung der Kapazitäten oder die Kapazitäten sind nicht in der Lage, die Nachfrage mengenmäßig zu bedienen. Die Investitionsnachfrage in China ist derzeit zu hoch, während die Konsumnachfrage zu niedrig ist. Wir kommen unten auf diesen Punkt zurück.

Abbildung 3: Anteil der Nachfragekomponenten in Prozent am BIP, 1980–2013



Quelle: Weltbank (2014); IWF WEO (2014)

2.2 Die Entwicklungsphasen der chinesischen Ökonomie

2.2.1 Die 1980er Jahre

Die Entwicklung Chinas kann in verschiedene Phasen unterteilt werden. Wir beginnen mit den 1980er Jahren. Als erster Reformschritt wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft beendet und das Land an Familien verpachtet. Dieser Schritt führte zu einem Produktivitätsschub in der Landwirtschaft, der bis etwa Mitte der 1980er Jahre anhielt. Danach gingen die Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft aufgrund kleiner Produktionseinheiten und weitgehend unveränderter Technologien zurück. Die geringen Produktivitätsfortschritte machten den landwirtschaftlichen Sektor zu einer Beschäftigungsquelle – allerdings mit geringem Einkommen. Im Jahr 1980 arbeiteten in China 68,7 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, 2011 waren es immerhin noch 34,8 Prozent. In Deutschland arbeiteten 2011 gerade einmal 1,6 Prozent in der Landwirtschaft (vgl. Global Economy 2014). Es bleibt unklar, ob die geringen Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft ab Mitte der 1980er

Jahre eine bewusste Politik der Beschäftigungsstabilisierung waren. Faktum bleibt, dass erst während des letzten Jahrzehnts durch Kauf und Übertragung von Pachten größere und produktivere Einheiten entstanden. Auch wird seit einiger Zeit die (weitere) Urbanisierung Chinas als eine neue wichtige Entwicklungsphase verstanden und gefördert.

Die rund 300.000 meist kleinen Staatsunternehmen erhielten in den 1980er Jahren marktwirtschaftliche Anreize – Privatisierungen gab es in dieser Phase nicht –, während die Mengenplanung langsam auslief. Das Preissystem wurde schrittweise liberalisiert. Ebenso wurde ein Finanzsystem geschaffen, das bankenzentriert ist. Privatbanken oder ausländische Banken spielen im Finanzsystem in China bis heute keine Rolle. Im Zentrum des Finanzsystems stehen die vier großen staatlichen nationalen Geschäftsbanken. Ihre Bedeutung ging langsam zurück, aber sie hatten Ende 2011 bei der Kreditvergabe der Banken immer noch einen Anteil von rund 43 Prozent. Im gleichen Jahr fielen die weiteren Marktanteile auf drei nationale Entwicklungsbanken in staatlichem Eigentum mit einem Marktanteil von über acht Prozent, an 13 national agierende Aktienbanken, die ebenfalls weitgehend staatlich kontrolliert werden, mit einem Marktanteil von rund 13 Prozent, an 144 regional agierende lokale Banken – ebenfalls weitgehend unter staatlicher Kontrolle – mit einem Marktanteil von rund neun Prozent und an 30 ausländische Banken mit einem Marktanteil von unter zwei Prozent. Der verbleibende Marktanteil entfiel auf kleinere Institute wie ländliche Kreditgenossenschaften (über 2.200) oder Banken mit Spezialaufgaben wie Leasing oder Autofinanzierung (vgl. CBRC 2012).

Als zentrales makroökonomisches Steuerungssystem rückte, wie schon betont, ab Ende der 1970er Jahre der Kreditplan in den Mittelpunkt. Er steuerte nicht nur das gesellschaftliche Kreditvolumen der Banken, sondern die Kreditallokation unterlag ebenfalls massiver politischer Einflussnahme (vgl. Herr 2000). Im Kern wurde das erlaubte Kreditvolumen auf Provinzebene heruntergebrochen und dessen Allokation zwischen der Lokalregierung, Managern der Staatsunternehmen, Bankmanagern und der lokalen Niederlassung der Zentralbank ausgehandelt, wobei die Lokalregierung die wichtigste Rolle spielte. Die Zinsen wurden so festgelegt, dass die Realzinssätze niedrig waren und die Unternehmen wenig belasteten. Der überwiegende Anteil der Kredite ging an Staatsunternehmen. Im Zentrum der Kreditvergabe stand die Investitionstätigkeit einschließlich des Ausbaus der Infrastruktur, denn jede Provinz wollte ihre eigenen Unternehmen fördern und möglichst alle Industrien bei sich ansiedeln. Manager von Staatsunternehmen wollten ihre Unternehmen wachsen sehen, hohe Profite waren nur ein Motiv des Managements neben vielen anderen. Das Management hatte das Ziel, Profite im Unternehmen zu belassen und zudem möglichst viel Kredit für die Expansion des Unternehmens aufzunehmen. Der beschriebene Kreditvergabemechanismus und das Investitionsverhalten haben sich bis heute in modifizierter Form erhalten. Sie erklären die hohe Investitionsquote in China. Die chinesische Managementphilosophie ist bis zu einem gewissen Grad vergleichbar mit der der

westlichen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, weil sie auf Expansion und darauf ausgerichtet ist, verschiedene Stakeholder zu bedienen. Im Rahmen der Finanzialisierung, die in den 1970er beziehungsweise Anfang der 1980er Jahre insbesondere in angelsächsischen Ländern begann, wurde die Shareholder-Management-Philosophie zur dominierenden Unternehmensstrategie. Bei dieser stehen die Interessen der Eigentümer im Zentrum sowie die kurzfristige Profitmaximierung – gekoppelt mit hohen Dividendenausschüttungen, Konzentration auf Kernkompetenzen und Outsourcing (vgl. Lazonick/O’Sullivan 2000; Herr 2010).

China verstand es ab den 1980er Jahren bis heute, einen staatlich gesteuerten und unterstützten Schumpeter-Keynesianischen Kredit-Investment-Mechanismus zu initiieren, der zu einer hohen Einkommensschöpfung und ökonomischen Dynamik führte. Staatliche Banken, die an staatliche Unternehmen Kredite vergeben, sind dabei das Herzstück des Mechanismus. Nicht alle Kredite entsprachen dabei marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien, da auch soziale Erwägungen, etwa die Reproduktion von Arbeitskräften, egoistische regionale Interessen oder auch Korruption eine Rolle spielten. Für das neoklassische Paradigma mit seinem statischen allokativen Effizienzkriterium ist die chinesische Entwicklung deshalb ein Mysterium. Es wird nicht gesehen, dass der überschäumende Kredit-Investitions-Mechanismus einen Wachstumsprozess und eine dynamische Effizienz angestoßen hat, die Allokationsstörungen nicht nur geheilt, sondern überkompensiert haben (vgl. Herr 2010a und 2011; Lo 2012).

Sofort mit dem Beginn der Reformen entwickelte sich ein vitaler Privatsektor, der zunächst durch die Dominanz von Kleinunternehmen, veralteten Technologien, schlechten Arbeitsbedingungen und keiner sozialen Absicherung der Beschäftigten gekennzeichnet war. Der Privatsektor wurde in seiner Entwicklung durch den dynamischen öffentlichen Sektor stimuliert, der ausreichend Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen generierte. Lokale Gebietskörperschaften bis hin zu kleinen Gemeinden unterstützten die Gründung von Unternehmen, da sie sich dadurch Steuereinnahmen und teilweise auch direkte Profitbeteiligungen verschaffen konnten. Der Privatsektor war in der ersten Phase der Reformen weitgehend vom offiziellen Kreditmarkt abgeschnitten und gezwungen, Investitionen aus Profiten oder durch Kredite aus dem grauen Kreditmarkt (Familienkredite, private Geldverleiher) zu finanzieren. Im Laufe der Entwicklung bediente der Finanzsektor dann auch zunehmend private Unternehmen, die aber bis heute in der Kreditaufnahme benachteiligt sind. Der Privatsektor wurde neben dem Sektor der Staatsunternehmen zum zweiten Standbein des Wachstums.

Schon Anfang der 1980er Jahre wurden die ersten Sonderwirtschaftszonen in China eingerichtet, teilweise zum Zweck des Experimentierens mit Reformen, teilweise zur Förderung der Integration Chinas in den Weltmarkt. Internationaler Kapitalverkehr jeglicher Art war in dieser Phase untersagt oder streng reglementiert. Der Außenhandel wurde von speziellen Unternehmen abgewickelt und war ebenfalls strengen Regeln unterworfen.

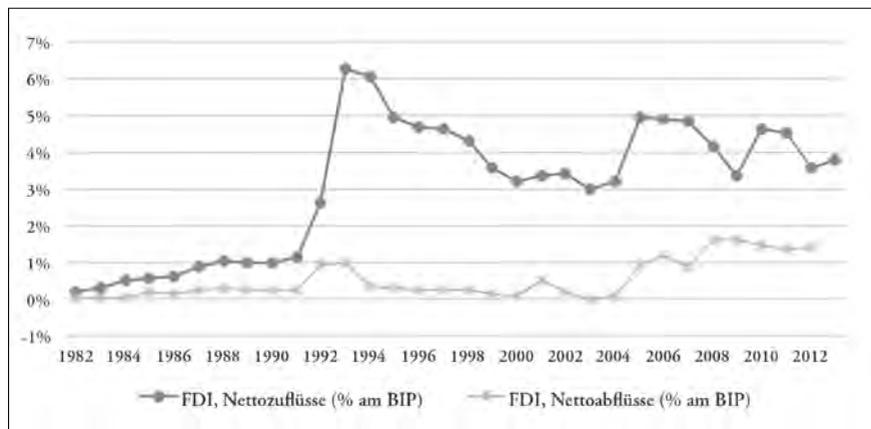
2.2.2 Die 1990er Jahre

Die Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Tian'anmen-Platz führte zu einer Unterbrechung und teilweise Rückgängigmachung der Reformentwicklung. Eine neue und umfassende Reformphase wurde jedoch schon Anfang der 1990er Jahre eingeläutet, symbolisiert durch die sogenannte Reise Deng Xiaopings in den Süden Chinas im Jahr 1992. Auf dieser Reise durch die relativ weit entwickelten Küstenregionen warb Deng für weitere Reformen, die folgende Elemente beinhalteten: Erstens sollten die marktwirtschaftlich orientierten Reformen vorangetrieben werden, was eine weitere Entwicklung des Privatsektors bedeutete. Zweitens öffnete sich China für ausländisches Kapital, das in den 1980er Jahren nur sehr spärlich nach China floss. Erlaubt waren ausländische Direktinvestitionen in China, während alle anderen Arten internationalen Kapitalverkehrs strikt reguliert blieben (vgl. Abschnitt 2.2.3). Auch wurde der Außenhandel zunehmend über Marktmechanismen abgewickelt, und alle Unternehmen durften direkten Außenhandel betreiben. Drittens argumentierte Deng: «Lasst einige erst reich werden!» (Deng Xiaoping 1991) Offensichtlich glaubte Deng an einen Trickle-Down-Effekt, der den Reichtum einer kleinen Gruppe nach unten durchsickern lässt und somit den allgemeinen Wohlstand erhöht.

Das angestrebte Wirtschaftsmodell, das bis heute Gültigkeit hat, wurde als «sozialistische Marktwirtschaft» bezeichnet. Es ist nicht ganz klar, was dieser Begriff bedeutet. Aber er beinhaltet auf alle Fälle die Idee eines starken Staates mit weitreichenden Eingriffen in Marktmechanismen. Einem großen staatlichen Unternehmenssektor kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Zudem beinhaltet er die Führungsrolle der KP Chinas bei der Steuerung der Ökonomie. Kein integraler Teil ist eine relativ ausgeglichene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie Solidarität in der Gesellschaft, etwa in der Logik der alten skandinavischen Sozialdemokratie, was der Name des Modells hätte vermuten lassen.

Die neue Reformwelle einschließlich der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas wurde von ausländischen Investoren dankend angenommen. Die Nettozuflüsse ausländischer Direktinvestitionen nach China erhöhten sich Anfang der 1990er Jahre schlagartig und befinden sich bis heute auf dem relativ hohen Niveau von etwa vier Prozent am BIP (vgl. Abbildung 4). In Deutschland, zum Vergleich, lagen die jährlichen durchschnittlichen Zuflüsse von 2005 bis 2013 bei rund 1,9 Prozent am BIP, die durchschnittlichen jährlichen Abflüsse bei 3,8 Prozent am BIP (Weltbank 2014).

Abbildung 4: Jährliche Nettozuflüsse und Nettoabflüsse an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Prozent am BIP, 1982–2013



Quelle: Weltbank (2014)

In den 1990er Jahren expandierte der Privatsektor in China, der inzwischen auch größere Unternehmen einschloss, weiter. Der staatliche Unternehmenssektor wurde in dieser Phase in die Zange genommen. Auf der einen Seite wuchs der Sektor der Unternehmen mit ausländischen Direktinvestitionen. Diese Unternehmen verfügten oftmals über bessere Technologien als die Staatsunternehmen. Auf der anderen Seite machte der Privatsektor den staatlichen Unternehmen zunehmend Druck, denn Privatunternehmen mussten nicht die Sozillasten tragen, die Staatsunternehmen übernehmen mussten. Denn das Sozialsystem, das China aus der planwirtschaftlichen Zeit übernahm, war so aufgebaut, dass die jeweilige «Einheit» für die soziale Absicherung ihrer Beschäftigten sorgte. Für die Beschäftigten in solchen Einheiten war die soziale Absicherung umfassend und schloss Wohnen, Rente, Krankenhaus, Kindergarten und Schule ein. Zu solchen Einheiten zählten neben dem Staatsapparat und Militär vor allem Staatsunternehmen. Für den mehrheitlichen Rest der Gesellschaft gab es (auch schon vor dem Beginn der Reformen) keine staatliche Absicherung, hier stellte die Familie das soziale Netz dar.

In den 1990er Jahren wurden viele staatliche Unternehmen zu Verlustbringern und häuften Schulden an. Insbesondere kleinere staatliche Unternehmen, die lokalen Gebietskörperschaften gehörten, waren von den Verlusten betroffen. Restrukturierungen in Form von Verschmelzung von Staatsunternehmen waren von wenig Erfolg gekrönt. Diese Entwicklung führte dazu, dass in den 1990er Jahren mit einer Privatisierungs- und Restrukturierungswelle bei Staatsunternehmen begonnen wurde. Kleinere staatliche Unternehmen wurden verkauft oder abgewickelt. Auf der 15. Ple-

narsitzung der KP Chinas im September 2007 wurde der Slogan «Behalte die großen Unternehmen und lass die kleinen gehen!» zur neuen Politik erkoren (Ho et al. 2003; Naughton 2007: 301 f.). Große und wichtige staatliche Unternehmen wurden nicht privatisiert.

Die Entwicklung des staatlichen Unternehmenssektors nach 1978 lässt sich in drei Phasen unterteilen (KPMG 2013). In der Phase von 1978 bis in die Mitte der 1980er Jahre wurde es Staatsunternehmen erlaubt, Produktionsmengen, die über die noch geltende Mengenplanung hinausgingen, profitbringend zu Marktpreisen zu verkaufen. In der zweiten Phase bis etwa Mitte der 1990er Jahre wurden Eigentum und Management von Staatsunternehmen getrennt. Die staatlichen Aufsichtsbehörden experimentierten mit «Verträgen» mit dem Management, die Zielvereinbarungen über Investitionen, Profite und deren Aufteilung beinhalteten. Die dritte Phase, die bis heute anhält, beinhaltet die Privatisierung der kleinen Staatsunternehmen. Gab es Anfang der 1990er Jahre noch etwa 300.000 Staatsunternehmen, so schrumpfte deren Zahl im Jahr 2003 auf 146.000 und im Jahr 2007 auf 112.000 (Knight/Ding 2009: 8f.). Davon betroffen waren auch rund 1.000 große Unternehmen. Die Restrukturierung der großen Staatsunternehmen bestand darin, sie in Aktiengesellschaften umzuwandeln und gegebenenfalls kleinere Aktienpakete zu verkaufen, die Beschäftigung in verlustbringenden Bereichen abzubauen und soziale Leistungen generell radikal zu kürzen. Unter anderem wurden den Arbeitnehmern die Wohnungen, in denen sie wohnten, (zu günstigen Preisen) zum Kauf angeboten, wobei ein Nichtkauf unattraktiv gemacht wurde. Einen relevanten Markt für das Mieten von Wohnraum, wie etwa in Deutschland mit einem beachtlichen Anteil von Genossenschaftswohnungen, gibt es in China seitdem nicht mehr. Faule Kredite der Staatsunternehmen wurden in den 1990er Jahren in mehreren Wellen von speziellen staatlich gestützten Fonds übernommen und letztlich abgeschrieben. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht waren die Restrukturierungen erfolgreich. Denn die Staatsunternehmen können nach den Reformen eine ausgezeichnete Produktivitäts- und Profitentwicklung vorweisen, die den privaten Unternehmen in keiner Weise nachsteht. Allerdings hat die Restrukturierung den Teil der Bevölkerung, der keine oder nur eine minimale staatliche Absicherung genießt und in großer Unsicherheit lebt, drastisch erhöht.

Rund 115 staatliche Unternehmen, die in der Regel der Zentralregierung zugeordnet werden, stellen die Gruppe der sogenannten «zentralen Unternehmen» dar, die alle strategisch wichtigen Bereiche dominieren. Diese Unternehmen sind Eigentümer oder Teilhaber an einer großen Zahl von kleineren Unternehmen, sodass ihre Bedeutung faktisch weitaus höher ist. Die staatliche Institution, die diese Unternehmen steuert und überwacht, ist direkt dem Staatsrat untergeordnet. Das Management in diesen Unternehmen folgt nicht ausschließlich dem Motiv der Profitmaximierung. «Ihr Entscheidungsprozess unterscheidet sich von dem internationaler Konkurrenten: Sie müssen die Ansprüche mehrerer Stakeholder berücksichtigen und ihre kommerziellen Interessen mit nationalen Prioritäten ausbalancieren.» (KPMG

2013: 5)⁴ Die Steuerung der «zentralen Unternehmen» stellt den Kern der Industriepolitik Chinas dar.

Insgesamt hat sich der Anteil des Staatssektors an der industriellen Produktion von 77,6 Prozent im Jahr 1978 auf 46 Prozent im Jahr 2013 reduziert (EW World Economy Team 2013). Jedoch ist der Anteil höher, wenn halbstaatliche Unternehmen und Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, die aber vom Staat dominiert werden, dazugerechnet werden. Relativ gute statistische Daten liegen für städtische Investitionen vor. Hier wird der Anteil der staatlich direkt oder indirekt kontrollierten Investitionen an den gesamten Investitionen auf 75 Prozent geschätzt (vgl. Scissors 2011).

2.2.3 Die Zeit nach dem Jahr 2000

Der Kreditplan wurde in China 1998 offiziell abgeschafft. Die politische Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Kreditvergabe ist jedoch nach wie vor gegeben. Geldpolitik wird mithilfe einer sogenannten Window-Guidance-Politik durchgeführt. Dies bedeutet, dass die Geschäftsbanken informell den Vorstellungen der Zentralbank bei ihrem Volumen der Kreditvergabe folgen müssen. Zudem wird über Mindestreservpolitik die Kreditvergabe der Banken quantitativ zu steuern versucht. Die direkte Kontrolle der Zinssätze wurde sehr langsam gelockert. Zunächst wurden den Banken kleine Spielräume bei der Zinsgestaltung gewährt. Im Jahr 2013 wurde die Untergrenze für Verleihzinssätze freigegeben. Geplant ist eine Freigabe der Einlagenzinssätze und eine völlige Liberalisierung der Zinssätze der Banken (vgl. Beijing Rundschau 2013). Eine sehr große Wirkung ist von einem solchen Schritt nicht zu erwarten, da die Zentralbank sowieso weitgehend die Zinssätze über ihren Refinanzierungszinssatz steuern kann. Auch jenseits der Entwicklungsbanken blieben nach dem Jahr 2000 staatliche Eingriffsmöglichkeiten in die Allokation der Kredite bestehen. Eine merkliche Reduzierung des staatlichen Unternehmenssektors fand nicht statt, vielmehr behielt er seine Rolle in Schlüsselindustrien.

Ende der 1990er Jahre war der Arbeitsmarkt in China so dereguliert wie nie. Die Privatisierung und die Abwicklung oder Restrukturierung von Staatsunternehmen hat die Anzahl der Arbeitsplätze, die sozial abgesichert sind, drastisch reduziert. Dazu kommt, dass der chinesische Arbeitsmarkt seit dem Beginn der Reformen durch eine große Anzahl von Wanderarbeitern gekennzeichnet ist. Im Jahr 2011 gab es rund 253 Millionen Wanderarbeiter, die in aller Regel aus ländlichen Gebieten kamen und in Städten arbeiteten (National Bureau of Statistics of China 2012). Wanderarbeitern ist es aufgrund des sogenannten Hukou-Systems traditionell nicht erlaubt, sich in Städten niederzulassen. Sie sind dort Bürger zweiter Klasse mit geringeren Rechten und geringeren Ansprüchen auf städtische Dienstleistungen. Dies hat zweifellos zur Verhinderung von Slums in großen Städten wie beispielsweise in Indien geführt, je-

4 Eigene Übersetzung.

doch hat es die Ungleichheit zwischen Stadt und Land, die in China traditionell hoch ist, weiter verschärft. In jüngster Zeit wird das Hukou-System gelockert, da es den Zuzug in kleinere Städte erlaubt und in mittlere erleichtert (vgl. Xinhua 2014).

Die Restrukturierung und Privatisierung der Staatsunternehmen, der weiter boomende private Sektor und die Masse der Wanderarbeiter hat vor dem Hintergrund vollständig deregulierter Arbeitsmärkte zu einer gigantischen Lohnspreizung geführt. Auf dem chinesischen Arbeitsmarkt gab und gibt es keine Institutionen, welche die Lohnspreizung ausreichend begrenzen oder die Lohnentwicklung zwischen verschiedenen Branchen und Regionen ausreichend koordinieren. So sind die chinesischen Gewerkschaften in ihren Rechten massiv beschnitten. In staatlichen wie auch in größeren privaten Unternehmen, einschließlich ausländischer Unternehmen, gibt es zwar Gewerkschaften, diese dürfen jedoch keine Löhne aushandeln und sind staatlich gesteuert. Ein Streikrecht gibt es nicht. Schließlich wurde vom chinesischen Staat keine relevante Umverteilungspolitik betrieben.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Ungleichheit, insbesondere nach den Reformen in den 1990er Jahren, zugenommen hat. So hat das Einkommen der ärmsten zehn Prozent zwischen 2002 und 2007 auf Basis der Preise von 2002 um 46 Prozent zugenommen, das der reichsten um 94 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten zehn Prozent betrug im Jahr 2007 (zu Preisen von 2002) durchschnittlich 1.282 Yuan, das im fünften Dezil 5.077 Yuan und das der reichsten zehn Prozent 32.628 Yuan. Zentral ist der Unterschied zwischen Stadt und Land. War das Pro-Kopf-Einkommen in der Stadt 1985 fast doppelt so hoch wie auf dem Lande, so hat sich der Faktor im Jahr 2012 auf über drei erhöht. Steigende Ungleichheit in China bedeutet nicht, dass Teile der Gesellschaft absolute Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Vielmehr gewinnen erstens die hohen Einkommensbezieher massiv mehr als die ärmeren. Zweitens spielt die Stadt-Land-Einkommensverteilung eine wichtige Rolle. Drittens beginnen auch Vermögenseinkommen in China bei der Einkommensverteilung eine größere Rolle zu spielen (vgl. Sicular 2013).

Die Tabelle 1 zeigt, dass China gemessen am GINI-Koeffizienten für verfügbares Einkommen in die Gruppe der Länder der Welt mit der höchsten Ungleichheit vorgestoßen ist und damit beispielsweise die USA bei der Ungleichheit der Einkommensverteilung deutlich überholt hat. Deng Xiaopings Vorschlag, erst einige reich werden zu lassen, wurde somit Realität.

Tabelle 1: Entwicklung der Ungleichheit in China: GINI-Koeffizient für verfügbares Einkommen

Länder	Verfügbares Einkommen				
	Jahr	Wert	Jahr	Wert	Veränderung in Prozent
Brasilien	1981	0,579	2012	0,527	-8,98
China	1981	0,291	2010	0,421	44,67
Japan	1985	0,304	2009	0,336	10,53
Südafrika	1993	0,593	2011	0,650	9,61
USA	1985	0,340	2011	0,389	14,41

Quelle: OECD (2014); Weltbank (2014)

Eine hohe Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung impliziert eine Vielzahl negativer Effekte. So verschlechtern sich mit zunehmender Ungleichheit in nahezu allen Ländern soziale Indikatoren einer Gesellschaft wie Kriminalitätshäufigkeit, Suchtverhalten, Gesundheit und Lebenserwartung (vgl. Wilkinson/Pickett 2014). In diesem Zusammenhang sollen drei nicht so offensichtliche Punkte angesprochen werden:

Erstens haben deregulierte Arbeitsmärkte, die bei Ungleichheit immer eine zentrale Rolle spielen, nicht nur den Nachteil, dass sie zu einer hohen Lohnspreizung führen, sondern auch, dass sie das Lohnniveau in der Ökonomie flexibel machen und darüber die ökonomische Entwicklung destabilisieren. Ein stabiler Anstieg des Lohnniveaus, der sich an der gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung und einer niedrigen Inflationsrate orientiert, wird zu einem Anker der Preisniveaumentwicklung und stabilisiert die ökonomische Entwicklung (vgl. dazu Heine/Herr 2013: 422 ff.; Herr/Horn 2012). Arbeitskräfteknappheit in deregulierten Arbeitsmärkten führt schnell zu einem steigenden Nominallohniveau und damit zu inflationärer Entwicklung, eine Krise mit steigender Arbeitslosigkeit schnell zu einem sinkenden Lohnniveau und Deflation. Die chinesische Ökonomie ist anfällig gegenüber inflationären und deflationären Prozessen, da stabilisierende und koordinierende Institutionen auf dem Arbeitsmarkt fehlen. So rutschte China nach der Asienkrise 1997 selbst bei noch relativ hohen Wachstumsraten in eine leichte Deflation. Boom-Phasen führen dagegen schnell zu Lohn-Preis-Spiralen (vgl. Abbildung 2).

Zweitens muss zwischen der Investitionsnachfrage und den restlichen Nachfragekomponenten eine bestimmte Proportion bestehen, um während des Wachstumsprozesses einer Ökonomie eine längerfristig befriedigende Auslastung der Kapazitäten zu

ermöglichen.⁵ Eine solche Disproportion ist in China gegeben. Die Sparquote ist im Vergleich zum Kapitalkoeffizienten zu hoch beziehungsweise die Konsumnachfrage zu gering. Durch die extrem hohe Investitionsquote in China (vgl. Abbildung 3) werden Produktionskapazitäten aufgebaut, die letztlich nicht genutzt werden können. Die Staatsnachfrage gleicht die fehlende Konsumnachfrage nicht aus. Hohe Exportüberschüsse brächten eine Entlastung der krisenhaften Disproportion, jedoch sind ausreichend hohe Exportüberschüsse kaum möglich und aus weltwirtschaftlicher Perspektive auch nicht wünschenswert. Dies bedeutet, dass ein Teil der hohen Investitionen in China keiner produktiven Verwendung zugeführt werden kann. Ein Teil der Investitionen stellt faktisch eine verdeckte Fiskalpolitik dar, die über das staatliche Finanzsystem letztlich unrentable Investitionen finanziert. Zu diesem Ergebnis kommt auch ein gemeinsamer Report der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Weltbank: «Das Bankensystem unterstützt direkt eine quasi Fiskalpolitik über seinen Gebrauch als einen Kreditkanal.» (Financial Sector Assessment Program 2011: 8)⁶ So wurde die fiskalische Stabilisierung der Krisenwirkungen der Großen Rezession in China wesentlich über eine Ausweitung der Kreditvergabe der Banken abgewickelt. Banken sind teilweise bis heute fiskalische Institutionen, die aus politischen Gründen Kredite vergeben und damit die Nachfrage hochhalten. Es ist wie das Bauen von Pyramiden: Es regt zwar die Ökonomie an, ist aber nicht besonders nützlich und kann zudem den Aufbau fauler Kredite mit sich bringen.

Drittens, was sich aus dem Obigen ergibt, ist die Sparquote in China zu hoch. Der Unternehmenssektor und die privaten Haushalte realisieren etwa ab Mitte der 2000er Jahre einen gleich hohen Anteil an Ersparnissen am BIP, nämlich rund 20 Prozent. Dazu kommen noch Ersparnisse des staatlichen Sektors von rund zehn Prozent am BIP (Ma/Yi 2010). Die sehr hohen Ersparnisse des Unternehmenssektors resultieren aus den hohen unausgeschütteten Gewinnen, insbesondere der staatlichen Unternehmen, welche wiederum das verfügbare Einkommen der Haushalte reduzieren. Die hohen Ersparnisse der Haushalte haben ihre Ursache in der ungleichen Einkommensverteilung und in der bisher ungenügenden sozialen Absicherung der Masse der Bevölkerung. Die Ersparnisse des öffentlichen Sektors gehen einher mit sehr engen Finanzierungsmöglichkeiten von vielen lokalen Gebietskörperschaften in weniger boomenden Regionen. Ohne eine massive Veränderung der Einkommens-

5 Schon vor langer Zeit haben Harrod (1939) und Domar (1946) verdeutlicht, dass die Wachstumsrate einer Ökonomie (g) der Sparquote (s) – Ersparnisse in Relation zum Einkommen – dividiert durch den marginalen Kapitalkoeffizienten (δ) – Erhöhung des Kapitalstocks in Relation zum Einkommen – entsprechen muss, damit eine längerfristig gleichmäßige Auslastung des Kapitalstocks gewährleistet wird. Ist $g = s/\delta$ nicht erfüllt, kommt es längerfristig zu krisenhaften Entwicklungen. In China ist die Gleichung nicht erfüllt, da s im Vergleich zu δ viel zu hoch ist und damit die Konsumneigung zu gering. Mit einer Sparquote in China von rund 0,5 (vgl. Abbildung 3) und einem geschätzten durchschnittlichen marginalen Kapitalkoeffizienten zwischen 1997 und 2013 von 4,03 (vgl. Economist 2014a) müsste die Wachstumsrate $g = 0,5/4,03 = 12,4$ Prozent sein, um die Kapazitäten auszulasten. Jedoch liegt die Wachstumsrate bei unter zehn Prozent.

6 Eigene Übersetzung.

verteilung – insbesondere der Reduzierung der Lohnspreizung, einer Veränderung der Nutzung der Gewinne der Unternehmen, beispielsweise durch die Abschöpfung von Monopolgewinnen und Verausgabung des Staates für öffentliche Güter – und einen besseren Finanzausgleich bei den Gebietskörperschaften, der auch die Ersparnisse des Staates senkt, dürfte China langfristig an einer ungenügenden (Nicht-Investitions-) Nachfrage leiden.

Die genannten Probleme konnten der chinesischen Regierung nicht entgehen. Anfang der 2000er Jahre wurde ihr klar, dass die Ungleichheit in China ein gefährliches Ausmaß erreicht hat. Nicht zuletzt hat die zunehmende Anzahl von wilden Streiks, die nicht von den offiziellen Gewerkschaften durchgeführt und von diesen sogar oftmals bekämpft wurden, den Druck auf die Regierung erhöht (vgl. zur Gewerkschaftsentwicklung in China Scherrer 2011). Mit der Wahl von Hu Jintao zum Präsidenten im Jahr 2003 wurde Ungleichheit zu einem politischen Thema in China. Hu griff die konfuzianische Idee einer «harmonischen Gesellschaft» wieder auf. Auch sein Nachfolger Xi Jinping, der auf dem Parteikongress der KP Chinas im Jahr 2013 gewählt wurde, hat Ungleichheit als eines der zentralen Probleme Chinas benannt.

Verschiedene Wege zur Bekämpfung von Ungleichheit wurden beschritten. Ein gesetzlicher Mindestlohn wurde in China schon im Jahr 1994 eingeführt, jedoch war dieser sehr niedrig und wurde faktisch nicht durchgesetzt. Dies änderte sich erst nach 2003, als die neue Regierung eine verbesserte Durchsetzung der Mindestlöhne einforderte und diese auch stärker erhöhte. Die Mindestlöhne in China sind jedoch im internationalen Vergleich mit um die 40 Prozent des Durchschnittslohns immer noch sehr niedrig und regional auch sehr unterschiedlich hoch (vgl. Zenglein 2011). So lagen in Städten wie Peking oder Shanghai die Mindestlöhne im Jahr 2014 nur bei rund 20 Prozent des Durchschnittslohns. Generell sind die Mindestlöhne das letzte Jahrzehnt langsamer gewachsen als die Durchschnittslöhne (vgl. Zenglein 2014: 210 ff.).

Zudem wurde nach 2003 die Macht der Gewerkschaften gestärkt, ohne ihnen jedoch das Streikrecht oder eine demokratische Wahl ihrer Führung durch ihre Mitglieder zu erlauben. Gewerkschaften sollten bei Lohnfragen angehört werden und die Einhaltung der Arbeitsgesetze – etwa die Existenz eines formellen Arbeitsvertrags und die Bezahlung der Mindestlöhne – überwachen. Auch wurden die Rechte der Arbeiter vor Arbeitsgerichten gestärkt.

In jüngster Zeit ist China dabei, ein umfassendes Sozialversicherungssystem aufzubauen. Dies ist zwar mit Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, betrieblicher Unfall- und Mutterschutzversicherung breit angelegt, reicht jedoch zunächst nur für eine Grundversorgung aus. Das 2010 neu erlassene Sozialversicherungsgesetz regelt unter anderem die Rentenversicherung, die aus den drei Säulen Kapitaldeckung, Umlageverfahren und private Versorgung besteht. Da getrennte Systeme für Städte, staatliche Administration und Land geschaffen werden, reproduziert sich jedoch auch hier die

Stadt-Land-Ungleichheit.⁷ Aufgrund der Ein-Kind-Politik und der alternden Bevölkerung sollen im Jahr 2035 nach Schätzungen 30 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein, im Vergleich zu 13 Prozent heute. Infolgedessen steigt der Druck, ein belastbares Rentensystem aufzubauen (vgl. Economist 2012). Die Krankenversicherung ist ebenfalls über das Drei-Säulen-System aufgebaut, deckt allerdings nicht alle Krankheiten und Notfälle ab. Daher muss meist der Löwenanteil der Behandlungskosten vom Arbeitnehmer selbst getragen werden, wodurch sich viele erst gar nicht in Behandlung begeben. Um Arbeitslosengeld zu beziehen, muss man mindestens ein Jahr angestellt gewesen sein, wobei die Unterstützung sehr gering ist. Eine entscheidende Neuerung ist, dass Versicherungsansprüche über die Regionen hinweg akkumuliert werden können, was die Situation der vielen Wanderarbeiter erleichtert (vgl. Deutsche Asia Pacific Gesellschaft 2011). Nachteilig bleibt allerdings, dass keine quantitativen Richtlinien in dem Gesetz enthalten sind, wonach die Beitragssätze landesweit einheitlich bestimmt werden könnten. Stattdessen sorgen große Differenzen bei der lokalen Festlegung von Vorschriften und Beitragssätzen weiterhin für Ungleichheit zwischen Stadt und Land, reichem Osten und ärmerem Westen sowie zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen (vgl. Economist 2012). Dennoch ist die Einrichtung eines breiten Sozialversicherungssystems ein wichtiger Schritt, den viele Entwicklungsländer nicht ansatzweise schaffen.

Bis jetzt haben die Politiken in China zur Reduzierung der Ungleichheit noch wenig Wirkung gezeigt. Der Mindestlohn ist im Vergleich zum Durchschnittslohn niedrig. Auch sind die Gewerkschaften zahllos. Jedoch sind gerade unabhängige Tarifverhandlungen für eine Begrenzung der Lohnspreizung von großer Bedeutung (vgl. Herr/Ruoff 2014). Allerdings dürfte es unabhängige Gewerkschaften in nächster Zeit in China nicht geben, da die chinesische Regierung eine Entwicklung der Gewerkschaften wie unter *Solidarność* in Polen befürchtet (vgl. die Diskussion in Scherrer 2011 und Traub-März 2011). Das in China nun etablierte breite Sozialversicherungssystem ist ein wichtiger Schritt, jedoch wird dadurch die Einkommensverteilung nicht grundlegend geändert. Die Reichen werden bei den Bemühungen zur Reduzierung der Ungleichheit nicht berücksichtigt. So werden die wachsende Mittelklasse und die Superreichen ungenügend besteuert.

7 Arbeitnehmer haben Anspruch auf eine Rente in Höhe der selbst geleisteten Beitragszahlungen. Aufgrund des Kapitaldeckungsverfahrens baut sich der Beitragszahler einen Kapitalstock in einem ‚Individualkonto‘ auf, der ihm dann zu Beginn der Rente inklusive Zinsen zusteht. Ist dieses Konto geleert – und vorausgesetzt der Arbeitnehmer hat mehr als 15 Jahre eingezahlt – wird der Rentenbeitragsanteil der Arbeitgeber über einen Sozialfonds ausbezahlt, der der Logik eines Umlageverfahrens unterliegt. Diese Bezüge fallen allerdings sehr niedrig aus und bilden damit lediglich eine Grundsicherung. Problematisch ist, dass Überschüsse des Sozialfonds oft von den lokalen Regierungen für Ausgaben wie beispielsweise Infrastruktur zweckentfremdet oder gar durch Korruption verpeist werden (Deutsche Asia Pacific Gesellschaft 2011).

3 Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft

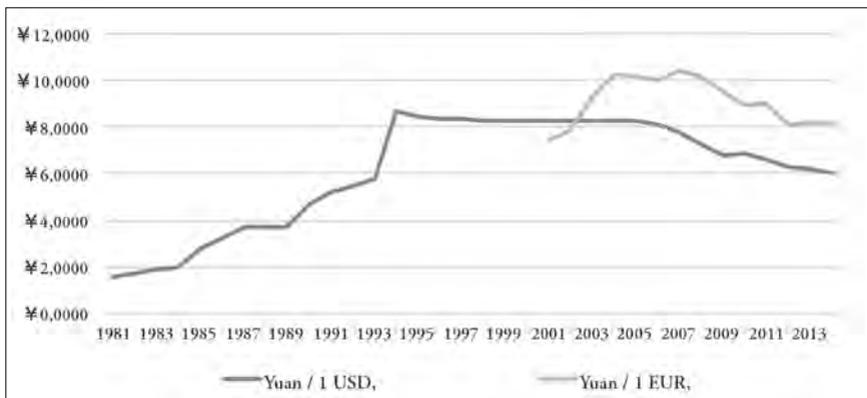
3.1 Die außenwirtschaftliche Absicherung der chinesischen Entwicklung

Die Außenwirtschaftsverflechtung ist von besonderer Bedeutung, denn es gelang China, einen Reformprozess zu initiieren, der bis heute nicht von einer Währungs-krise gestört oder unterbrochen wurde. Die Erklärung dafür ist in den strikten Kapitalverkehrskontrollen und der Vermeidung von Leistungsbilanzdefiziten zu suchen.

Das chinesische Regime der Kapitalverkehrskontrollen lässt sich dadurch beschreiben, dass bis auf ausländische Direktinvestitionen alle Kapitalzuflüsse und -abflüsse kontrolliert und weitgehend unterbunden wurden (vgl. Herr 2008). Weder Portfolioinvestitionen noch Kreditbeziehungen zwischen dem In- und Ausland wurden Marktmechanismen überlassen. Aufgrund politischer Entscheidung blieb die Auslandsverschuldung Chinas, die für Entwicklungs- und selbst Schwellenländer immer nur in ausländischer Währung sein kann, gering. Auch konnte sich China von der Instabilität internationaler Kapitalströme, die insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer negativ beeinflusst, weitgehend abkoppeln. Schließlich erlaubten die Kapitalverkehrskontrollen, dass die Geldpolitik in China nach nationalen Bedürfnissen durchgeführt und die realen Zinsen immer niedrig gehalten werden konnten. China widerlegt die gängige Argumentation, die insbesondere von internationalen Organisationen vertreten wird, dass ein unregulierter Kapitalverkehr die Entwicklung von Ländern fördert (vgl. Stiglitz 2004; Herr/Hübner 2005).

China hat als zweite wichtige Strategie zur außenwirtschaftlichen Absicherung Leistungsbilanzdefizite vermieden. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Wechselkurspolitik. In den 1980er Jahren, in der Phase weitgehend quantitativ gesteuerten Handels, experimentierte China mit verschiedenen Wechselkursregimen. Dies änderte sich Anfang der 1990er Jahre. China setzte beim Außenhandel mehr auf Marktsignale und trat 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) bei – ohne allerdings bis heute ein Regime völlig freien Handels etabliert zu haben. Denn Zölle und insbesondere nicht-tarifäre Handelshemmnisse blieben weit verbreitet. Der Wechselkurs wurde zum Hauptinstrument der Verhinderung von Leistungsbilanzdefiziten. Einen Einschnitt stellte die starke Abwertung des Renminbi im Jahr 1994 dar und die nicht-offizielle Bindung der Währung an den US-Dollar (vgl. Abbildung 5). Die feste Anbindung an den US-Dollar konnte bis 2005 aufrechterhalten werden. Da China ab Mitte der 1990er Jahre hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufbaute (vgl. Abbildung 6) und insbesondere die Außenhandelsbilanz zwischen den USA und China explodierte, wurde der Druck auf China zur Aufwertung des Renminbi immer stärker. Ab 2005 kam es dann auch zu einer moderaten Aufwertung des Renminbi. Gegenüber dem Euro wertete der Renminbi ab 1999 zunächst ab, dann ab 2008 moderat auf.

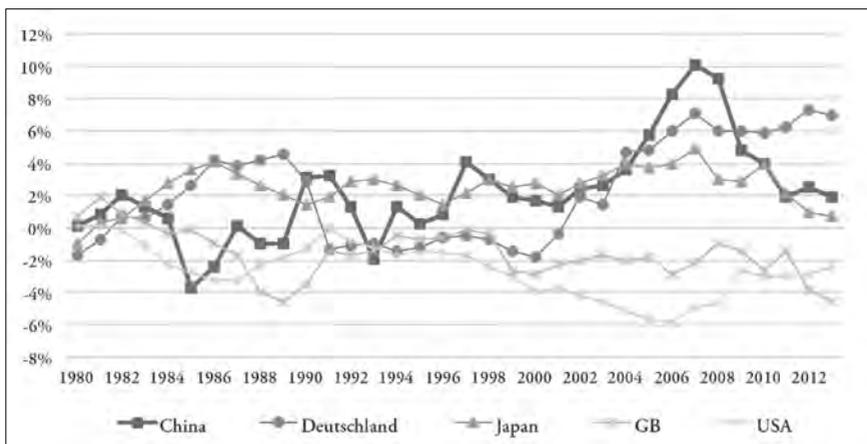
Abbildung 5: Wechselkurs der chinesischen Währung zum US-Dollar 1981–2014; ab 1999 zum Euro*



*Ein Anstieg bedeutet eine Abwertung des Renminbi

Quelle: Federal Reserve Bank of St. Louis (2014); European Central Bank (2014)

Abbildung 6: Leistungsbilanzsalden in Prozent am BIP in ausgewählten Ländern, 1980–2014



Quelle: IWF WEO (2014)

Vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 und der Großen Rezession eskalierten die Leistungsbilanzüberschüsse Chinas (vgl. Abbildung 6). Dies nicht nur in Prozent am heimischen BIP, denn im Jahr 2009 wurde China zu dem Land mit dem absolut höchsten Exportüberschuss und im Jahr 2014 zur größten Handelsnation der Welt, gemessen an der Summe der Exporte und Importe, und gleichzeitig zum größten Ölimporteur der Welt (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2015). Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen tragen ebenso zur Gefährdung einer stabilen Weltwirtschaft bei wie Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten. Zweifellos wurde China ab Mitte der 1990er Jahre bis zur Großen Rezession zu einem wichtigen Störfaktor der Weltwirtschaft, da es andere Länder in Leistungsbilanzdefizite drängte, etwa die USA (vgl. Herr 2009). Aber Deutschland gehört neben Japan ebenfalls zum Club der großen merkantilistischen Länder, die ihre internen Nachfrage- und Wachstumsprobleme durch Leistungsbilanzüberschüsse zu lösen suchen. Faktisch exportieren diese Länder ihre Arbeitslosigkeit in den Rest der Welt. China und Japan haben ihre Überschüsse nach 2007 deutlich abgebaut – in Deutschland ist dies nicht so.

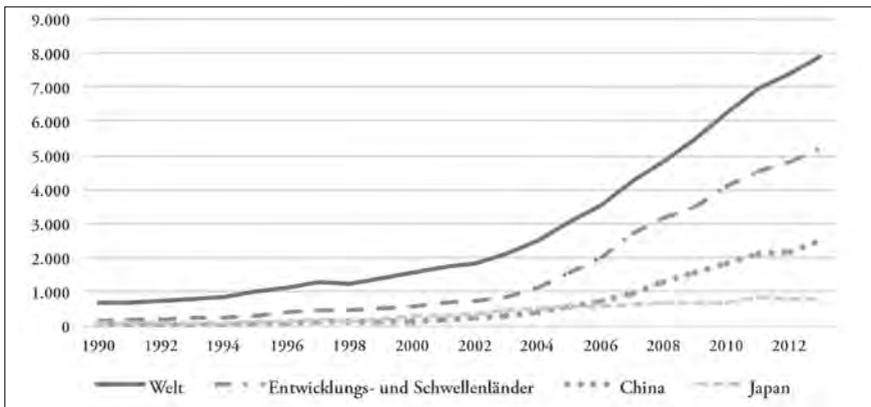
Wie erklären sich die spektakulären Exporterfolge Chinas? Die Antwort lautet: Es war wesentlich die chinesische Zentralbank, die People's Bank of China, die auf politisches Geheiß die chinesische Währung unterbewertet hielt. Selbstverständlich hat China die Qualität seiner Produkte und die Produktivität stark erhöht, jedoch hätte China ohne die Interventionen der People's Bank keine Leistungsbilanzüberschüsse erzielen können. China ist seit Anfang der 1990er Jahre bis heute in einer Konstellation hoher privater Nettozuflüsse von Auslandskapital, weitgehend in der Form von Direktinvestitionen. Hätte die chinesische Regierung sich für ein Regime flexibler Wechselkurse ohne Devisenmarktinterventionen der Zentralbank entschieden, wäre der Renminbi so aufgewertet worden, dass China in eine Konstellation hoher Leistungsbilanzdefizite gekommen wäre.⁸ Dies wurde dadurch verhindert, dass die People's Bank riesige Summen an Auslandswährung auf den Devisenmärkten aufkaufte und diese im Ausland investierte. Die People's Bank hatte ein politisch vorgegebenes Wechselkursziel, das sie durch dafür notwendige Devisenmarktinterventionen verteidigte. Sie verhinderte nach der starken Abwertung im Jahr 1994 über ein Jahrzehnt eine Aufwertung des Renminbi und begrenzte diese nach 2005.⁹ Dies zeigt, wie verfehlt es ist, die hohen Leistungsbilanzüberschüsse in China nur auf niedrige Löhne zurückzuführen.

8 China hat beispielsweise einen Überschuss, Uganda hat ein Defizit in der Leistungsbilanz, Japan hat einen Überschuss und die USA haben ein Defizit. Dies hat weder mit dem technologischen Stand eines Landes zu tun, noch mit dem Niveau der Reallöhne, sondern mit internationalen Kapitalströmen. Denn einem Defizit in der Leistungsbilanz muss ein Nettokapitalimport gegenüberstehen und einem Überschuss ein Nettokapitalexport (vgl. Herr 2014).

9 Devisenmarktinterventionen erhöhen die inländische Geldmenge. Dieser unter Umständen negative Effekt wurde von der People's Bank of China durch geldpolitische Maßnahmen neutralisiert. Insbesondere wurden die gesetzlichen Mindestreserven der Geschäftsbanken heraufgesetzt, und die Zentralbank emittierte eigene Wertpapiere, welche die Geschäftsbanken aufkauften und damit die umlaufende Geldmenge wieder reduzierten.

Die Abbildung 7 veranschaulicht die enormen Interventionen der chinesischen Zentralbank auf den Devisenmärkten. China hat seinen Bestand an offiziellen Währungsreserven seit den 1990er Jahren bis heute drastisch erhöht. Die chinesischen Währungsreserven stiegen Ende 2014 auf fast vier Billionen US-Dollar (State Administration of Foreign Exchange 2015), die höchsten offiziellen Devisenreserven, die ein Land hält. Im Oktober 2014 wurden davon rund 1,3 Billionen US-Dollar in US-Staatspapieren gehalten (United States Department of the Treasury and Federal Reserve Board 2014). Die Währungsaufteilung der chinesischen Devisenreserven wird von der People's Bank nicht publiziert. Abbildung 7 zeigt, dass auch andere Entwicklungsländer einer ähnlichen Strategie folgten wie China. Auch Japan intervenierte auf den Devisenmärkten, um seine Leistungsbilanzüberschüsse zu verteidigen.

Abbildung 7: Offizielle Devisenreserve Chinas und anderer Länder 1990 bis heute, in Milliarden Sonderziehungsrechte (SDR)

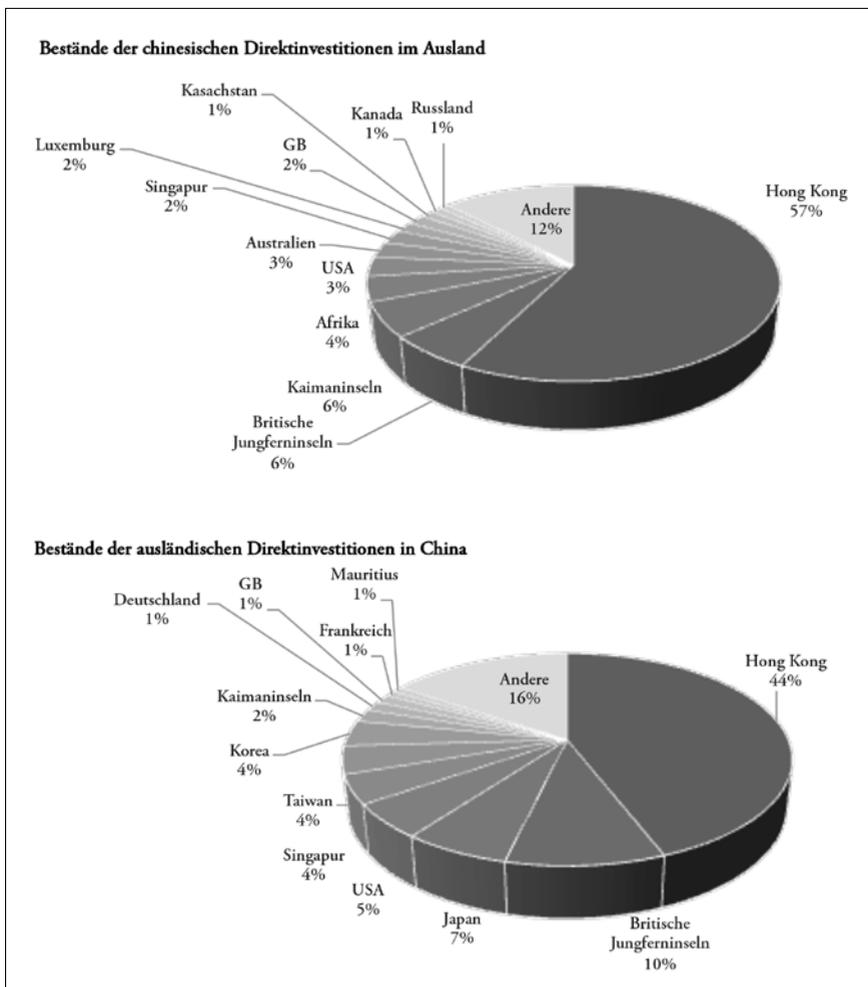


Quelle: IWF IFS (2014)

3.2 Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen

Die Betrachtung des Bestands der ausländischen Direktinvestitionen in Festlandchina im Jahr 2012 zeigt, dass 44 Prozent aus Hongkong stammen (vgl. Abbildung 8). Unklar bleibt, ob die Direktinvestitionen tatsächlich von dort kommen oder ob es sich um illegale Fluchtgelder aus Festlandchina handelt, die zurückfließen, oder welche Investoren weltweit Hongkong als Durchgangsland nutzen. Das gleiche Problem besteht bei Direktinvestitionen aus Offshore-Zentren wie den Jungferinseln (zehn Prozent aller Direktinvestitionen), Kaimaninseln (zwei Prozent) oder Mauritius (ein Prozent), die aus steuerlichen Gründen und zwecks Geldwäsche als Ausgangsland für Direktinvestitionen ausgewählt werden. Zieht man diese unklaren Quellen der Direktinvestitionen ab, dann erscheinen die Zuflüsse an Direktinvestitionen nach China weniger spektakulär als auf den ersten Blick.

Abbildung 8: Regionalstruktur der Bestände der Direktinvestitionen im Jahr 2012



Quelle: UNCTAD (2014)

Bis Ende der 1990er Jahre waren nur Joint Ventures mit in aller Regel staatlichen chinesischen Unternehmen erlaubt, die mindestens einen Eigenkapitalanteil von 50 Prozent halten mussten. Danach waren in ausgewählten Bereichen, insbesondere der Konsumgüterindustrie, auch Joint Ventures mit Unternehmen in ausschließlich ausländischem Eigentum möglich. Der Zufluss von Direktinvestitionen nach China hat zweifellos zu einem Technologietransfer, zur Qualifikation von Arbeitskräften, zur Erlernung mo-

derner Managementtechniken und zur Öffnung neuer Exportkanäle geführt. Insoweit haben ausländische Direktinvestitionen die Entwicklung in China beflügelt. Da die meisten Joint Ventures mit chinesischen Staatsunternehmen gegründet wurden und diese auch gesamtgesellschaftliche Interessen vertreten, wurden die ausländischen Unternehmen zu Technologietransfer (beispielsweise in der Form der Verlagerung von Forschungskapazitäten), zu einer Verflechtung mit inländischen Zulieferern oder der Qualifizierung von Arbeitskräften gezwungen. Jedoch gab es auch Direktinvestitionen, die wenig hilfreich waren – etwa in arbeitsintensive Produktionen auf geringem technologischem Niveau oder spekulative Investitionen im Immobiliensektor.

Nachteilig für China war, dass verschiedene Gebietskörperschaften um Direktinvestitionen konkurrierten und sie beispielsweise in Verbindung mit Privatisierungen oder Immobilienverkäufen als Quelle zur Erhöhung ihrer knappen Budgets nutzten. Dies führte zu Privilegien für ausländische Investoren und zu einem unfairen Wettbewerb gegenüber inländischen Unternehmen. Auch wurden dadurch Direktinvestitionen angeregt, die schädlich waren (vgl. Liu 2012). Zudem sollten Direktinvestitionen nicht mit einer Nachfrage nach Kapitalgütern verwechselt werden, welche die inländische Nachfrage und inländischen Produktionskapazitäten verändern. Die Masse der Direktinvestitionen, zumindest in den westlichen Industrieländern, sind Fusionen und Übernahmen, also reine Eigentumswechsel, die nicht zu einer Investitionsdynamik führen. In Entwicklungsländern sind zwar ausländische Direktinvestitionen «auf der grünen Wiese» häufiger, jedoch spielen auch hier Fusionen und Übernahmen eine wichtige Rolle. Insgesamt haben ausländische Direktinvestitionen den Technologietransfer nach China verstärkt, sie sind jedoch nicht primär für die anhaltend hohen Wachstumsraten verantwortlich. Diese sind der generellen Investitionsdynamik geschuldet.

3.3 China wird zum weltweiten Investor

Um das Jahr 2000 gab es eine Neuorientierung: Die chinesische Regierung begann, eine eigene Globalisierungsstrategie zu entwickeln, die eigene Direktinvestitionen im Ausland sowie den Aufbau von Staatsfonds vorsah, die im Ausland investieren. Hintergrund waren die gewaltigen Devisenreserven Chinas, die in realökonomischen Werten angelegt werden sollten. Denn insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 sind die Renditen für die Anlagen der offiziellen Devisenreserven äußerst niedrig. Zudem kann ein Absturz des US-Dollars oder des Euros gegenüber der chinesischen Währung oder eine Finanzmarktkrise mit teilweisem Zusammenbruch des Finanzsystems nicht ausgeschlossen werden. Durch solche Entwicklungen würden die chinesischen Devisenreserven Teile ihres Wertes verlieren.

In Abbildung 4 wird der Strategiewechsel bei den chinesischen Direktinvestitionen deutlich, deren jährlicher Fluss 2005 deutlich ansteigt. Der Bestand der chinesischen Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2012 wird ebenfalls in der Abbildung 8 angegeben. Hier liegt Hongkong mit 57 Prozent aller chinesischen Direktinvestitionen an erster Stelle. Auch China nutzt Offshore-Zentren für seine Geschäfte. Immerhin

flossen je sechs Prozent des Bestands chinesischer Direktinvestitionen in die Jungfern- und Kaimaninseln. Die USA und Australien folgen mit je drei Prozent, gefolgt von einer ganzen Reihe von Ländern mit kleineren Anteilen. Bei chinesischen Direktinvestitionen in Industrieländern geht es in erster Linie um Markteintritt und Erlangung von entwickelter Technologie.¹⁰ Zumindest in Deutschland sind Umstrukturierungen von Unternehmen nach der Übernahme durch chinesische Eigentümer moderat und weniger aggressiv als bei Übernahmen durch andere Industrieländer. Dies könnte an der relativen Unerfahrenheit chinesischer Unternehmen beim Managen von ausländischen Unternehmen liegen und sich langfristig anders entwickeln (vgl. Bruche/Wallner 2013). Chinesische Direktinvestitionen, die meist von Staatsunternehmen durchgeführt werden, haben im Durchschnitt sicherlich eine langfristigere strategische Ausrichtung als Investitionen westlicher Großunternehmen. Auch müssen chinesische Unternehmen weitaus weniger auf eine kurzfristige Gewinnmaximierung achten und können auch längere Phasen von Verlusten ohne jegliche Sanktionen von Aktionären durchstehen. Ängste vor einem Ausverkauf deutscher Unternehmen an Investoren aus China, Russland und anderen Ländern mit hohen staatlich gesteuerten Auslandsinvestitionen haben im Jahr 2009 zur Änderung des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes geführt. Bei Investitionen aus Nicht-EU-Ländern kann bei einem Erwerb von mehr als 25 Prozent der Stimmrechte eines deutschen Unternehmens durch die Bundesregierung ein Veto ausgesprochen und damit der Kauf verhindert werden.

Deutlich enger wurden während der letzten Jahre die Beziehungen zwischen Afrika und China. China wurde im Jahr 2010 der größte Handelspartner Afrikas, wobei über 80 Prozent der Importe Chinas aus Afrika Rohstoffe sind, während China insbesondere Industriegüter liefert. Zwar ist der Bestand chinesischer Direktinvestitionen in Afrika mit einem Anteil von unter vier Prozent aller chinesischen Direktinvestitionen im Jahr 2012 gering, jedoch ist die Summe für Afrika bedeutend. Der größte Anteil der chinesischen Direktinvestitionen in Afrika geht in den Rohstoffsektor. Die Rohstoffsicherung ist damit das wichtigste Motiv der chinesischen Investitionen in Afrika. Jedoch macht dieser Teil nur rund 50 Prozent der gesamten Direktinvestitionen aus, der Rest verteilt sich auf andere Bereiche wie Industrie, Finanzsystem oder Immobiliensektor. China nutzt Afrika zunehmend auch als Produktionsstätte von Vorprodukten und sieht den Kontinent als einen wachsenden Absatzmarkt (vgl. Economics and Strategy Research 2011).

Neben den Direktinvestitionen begannen chinesische Staatsfonds eine größere Rolle zu spielen. Staatsfonds, die traditionell von rohstoffexportierenden Staaten geschaffen

10 So umfassten im Jahr 2012 die chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland: Kion Group (Maschinenbau) von Weichai Power (638 Millionen Euro), Medion (Elektronik) von Lenovo (629 Millionen Euro), Putzmeister (Maschinenbau) von Sany Heavy Industries (360 Mio. Euro), Thyssenkrupp Tailored Blanks (Autoindustrie) von Wuhan Iron and Steel Group (300 Millionen Euro), Schwing (Maschinenbau) von Xuzhou Construction Machinery Group (300 Millionen Euro) und Kiekert AG von CNGC Hebei Lingyun Industrial Group (250 Millionen Euro) (Bruche/Wallner 2013).

werden, investieren weltweit in Aktienvermögen und alle Varianten von Geldvermögen, aber auch direkt in Immobilien und andere realökonomische Vermögensarten. Das Ziel der chinesischen Staatsfonds ist es, zumindest einen Teil der chinesischen Devisenreserven gewinnbringender anzulegen, als es die People's Bank kann, ohne allerdings unternehmerisch, wie bei den Direktinvestitionen, tätig zu werden. Nach Angaben der Fonds sollen politische Erwägungen bei den Anlageentscheidungen keine Rolle spielen (vgl. Wu/Goh/Hajela 2012). Die derzeit existierenden chinesischen Staatsfonds gehören zu den größten der Welt: Zu den größten zehn Staatsfonds der Welt Ende 2014 gehörten vier chinesische Fonds.¹¹

Auf internationaler Ebene spielt der Renminbi eine unbedeutende Rolle. Bei grenzüberschreitenden Transaktionen auf Devisenmärkten wurden im Jahr 2013 gerade einmal 1,1 Prozent in Renminbi abgewickelt (immerhin Platz 9 aller Währungen weltweit), während es in US-Dollar 43,5 Prozent, in Euro 16,7 Prozent und in Yen 11,5 Prozent waren. Bei der Haltung offizieller Devisenreserven oder bei grenzüberschreitenden Kreditverträgen spielt der Renminbi faktisch überhaupt keine internationale Rolle (vgl. BIS 2013). China versucht die internationale Rolle des Renminbi dadurch zu stärken, dass ein größerer Teil des chinesischen Außenhandels in Renminbi abgewickelt wird und nicht mehr, wie bisher, hauptsächlich in US-Dollar. Die People's Bank hat eine Reihe von Currency Swaps (beispielsweise mit der Europäischen Zentralbank, Großbritannien, Brasilien, Argentinien, Südkorea und Singapur) abgeschlossen. Diese beinhalten, dass sich die Zentralbanken bei Bedarf gegenseitig in bestimmtem Umfang nationale Währungen leihen. Auch versucht China, Handelsplattformen für den Renminbi zu entwickeln – in den letzten Jahren mit Erfolg. So wurde im Jahr 2014 in Frankfurt der direkte Handel zwischen Euro und Renminbi eingeführt; zuvor mussten alle Transaktionen beispielsweise deutscher Importeure indirekt über den US-Dollar abgewickelt werden. Solche Entwicklungen stärken den Renminbi in seiner internationalen Funktion beim eigenen Außenhandel. Dass der Renminbi in den kommenden Jahren eine größere internationale Rolle spielen wird, ist allerdings nicht zu erwarten. Denn der chinesische Kredit- und Kapitalmarkt ist abgeschottet, der Finanzmarkt in Renminbi hat weder die Größe noch die Liquidität, um eine große internationale Rolle zu übernehmen. Auch dürfte das Vertrauen in den Renminbi, das unter anderem mit der politischen bis hin zur militärischen Rolle Chinas zusammenhängt, nicht ausreichen, um dem Renminbi kurzfristig eine anerkannte internationale Bedeutung zu verleihen.

11 Den größten Fonds hat Norwegen mit einem Volumen von 893 Milliarden US-Dollar. Dann folgen die chinesischen Fonds. An vierter Stelle kommt die China Investment Corporation (652,7 Milliarden US-Dollar), an fünfter Stelle die SAFE Investment Company (567,9 Milliarden US-Dollar), an sechster Stelle das Hong Kong Monetary Authority Investment Portfolio (400,2 Milliarden US-Dollar), das nicht zu Festlandchina gehört, und an zehnter Stelle der National Social Security Fund (201,6 Milliarden US-Dollar). Die Gesamtsumme der Staatsfonds auf der Welt betrug Ende 2014 rund 7.000 Milliarden US-Dollar – mit einem beachtlichen Teil chinesischer Investoren (Sovereign Wealth Funds Institute 2014).

4 Schlussfolgerungen

China wuchs langsam aus der Planwirtschaft heraus und hat einen spezifischen Kapitalismustypus geschaffen, der dem Staat und insbesondere dem staatlichen Unternehmenssektor sowie dem staatlichen Bankensektor eine zentrale Funktion zuschreibt. Von einem Weg in eine sozialistische Gesellschaft, eine Botschaft, die von der KP Chinas immer noch vertreten wird, kann keine Rede sein. Unklar bleibt, in welche Richtung sich China weiterentwickelt. Denkbar ist ein Szenario weiterer Liberalisierungen in Richtung eines US-amerikanischen Kapitalismusmodells, das in China nach wie vor eine große Faszination auslöst. Denkbar ist auch, dass China sich auf seine eigene Kraft besinnt und längerfristig sein eigenes Kapitalismusmodell beibehält und weiterentwickelt.

China hat durch eine geschickte Interaktion zwischen Marktkräften und weitgehenden staatlichen Eingriffen nach 1978 eine enorme Wachstumsdynamik entfachen können, die den Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung erhöht hat, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die Entwicklung wurde durch eine wachstumsorientierte Makropolitik befördert, die China gleichzeitig vor außenwirtschaftlichen Risiken weitgehend abschottete. Durch die Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs war China zwar über Handelsverflechtungen von Krisen der Weltwirtschaft betroffen, nicht aber über den weitaus zerstörerischeren Kanal internationaler Kapitalströme und Währungskrisen. Das Rückgrat der chinesischen Entwicklung bildete eine stürmische Investitionsdynamik, die zu einem großen Teil von Staatsunternehmen getragen wurde, die ihre teilweise hohen Gewinne zur Selbstfinanzierung nutzten und sich bei staatlichen Banken verschulden konnten. Aber auch der Privatsektor zeigte eine hohe Investitionsdynamik, die sich aus Profiten und teilweise aus dem grauen Kreditmarkt speiste. Der Zufluss von Direktinvestitionen unterstützte die technologische Entwicklung und Qualifizierung von Arbeitskräften in China. Die Kombination von unterbewertetem Renminbi, der zeitweise zu hohen Leistungsbilanzüberschüssen führte, bei gleichzeitigen Nettozuflüssen von Direktinvestitionen und Kontrolle aller anderen internationalen Kapitalströme muss als Idealkonstellation entwicklungsfördernder Integration eines Landes in die globale Ökonomie gelten. Wenig reguliert blieb der Arbeitsmarkt.

Trotz dieser Erfolgsgeschichte gibt es eine Reihe von ernsthaften Problemen, mit denen China konfrontiert ist. Die Einkommensverteilung ist im Verlaufe der Entwicklung massiv ungleicher geworden und hat China zu einem der Länder mit der höchsten Ungleichheit in der Welt gemacht. Es ist eine offene Frage, ob die Bemühungen der chinesischen Regierung, die Ungleichheit zu reduzieren, von Erfolg gekrönt sein werden. Bisher scheint die Politik weder in der Lage noch bereit zu sein, die hohen Einkommensbezieher in eine Umverteilungspolitik einzubeziehen und somit die Privilegien der Reichen einschließlich der hohen Parteifunktionäre zu beschneiden. Es scheint eher so, dass eine Art Minimalsicherung der ärmeren Bevölkerung im Mittelpunkt der Schaffung einer «harmonischen Gesellschaft» steht.

Neben Fragen der sozialen Kohärenz einer Gesellschaft führt eine zu hohe Ungleichheit der Einkommensverteilung zu einer mangelnden Konsumnachfrage, denn diese basiert auf Masseneinkommen. Die USA haben das Problem in den 2000er Jahren temporär durch eine Expansion der Konsumkredite einschließlich Immobilienkredite von Privathaushalten «gelöst», was jedoch zur Instabilität der US-Ökonomie beigetragen und zur Großen Rezession geführt hat. China hat das Problem durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse und extrem hohe Investitionen im Vergleich zu anderen Nachfragekomponenten «gelöst».¹² Ob hohe chinesische Leistungsbilanzüberschüsse in Zukunft bei der großen Wahrscheinlichkeit einer mittelfristig eher vergleichsweise geringen Dynamik der Weltwirtschaft möglich sind, kann bezweifelt werden. Sie wären auf alle Fälle schlecht für die Weltwirtschaft.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die hohe Investitionsdynamik noch längerfristig der Nachfragemotor der chinesischen Ökonomie bleibt. Die Kapazitäten, die dadurch geschaffen werden, werden zwar dann nur teilweise gebraucht und führen zu finanziellen Belastungen bis hin zu faulen Krediten. Aber die faulen Kredite sind in inländischer Währung und können, wie in den 1990er Jahren, bei einem staatlichen Bankensystem immer wieder bereinigt werden. Aber vorteilhaft ist eine solche Politik nicht. Bei hohen staatlichen Investitionen werden Infrastrukturen gebaut – zum Beispiel erhält jede Kleinstadt einen großen Flughafen –, die nicht gebraucht werden und zur Überschuldung insbesondere von lokalen Gebietskörperschaften führen. Bei hohen Immobilieninvestitionen werden Überkapazitäten und potentielle Vermögensverluste geschaffen.¹³ Nun lässt der Urbanisierungsprozess solche Überkapazitäten an Wohnraum in China schneller abschmelzen als die Überkapazitäten beispielsweise in Spanien nach dem Ende des Immobilienbooms im Jahr 2007, aber dennoch können sich dadurch mittelfristig geringere Wachstumsraten in China ergeben. Überinvestitionen, vor allem im staatlichen Unternehmenssektor, führen ebenfalls zu einer Verschwendung von Ressourcen und zu Verlusten und Kreditausfällen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass eine Reduzierung der Einkommensungleichheit und eine Erhöhung der Konsumnachfrage die angemessenen Reaktionen auf die ungleichgewichtige Nachfragestruktur der chinesischen Ökonomie sind und damit die beste Lösung darstellen würden. Jedoch müsste sich dazu die bisherige Strategie der Reformen grundlegend ändern.

So ist der Arbeitsmarkt in China zu wenig reguliert, woraus sich ein großer Teil der Einkommensungleichheit erklärt. Insbesondere gibt es keine Gewerkschaften, deren Leitung von Mitgliedern gewählt wird oder die Tarifverhandlungen führen. Die Min-

12 Bezüglich der Leistungsbilanzüberschüsse ist die Konstellation in Deutschland die gleiche, denn auch Deutschland kompensiert fehlende inländische Nachfrage durch hohe Außenhandelsüberschüsse.

13 Du Meng, Präsident des Dachverbandes mehrerer Forschungsinstitute für Immobilien- und Stadtentwicklung in China, berichtete, dass in China rund 68 Millionen Wohnungen nicht vermietet sind. Das entspricht etwa 20 Prozent des gesamten Wohnraums (vgl. Epoch Times 2013).

destlöhne sind zu niedrig, um den riesigen Niedriglohnsektor in China zu reduzieren. Solange Wanderarbeiter in großen Städten Arbeiter zweiter Klasse sind, ist es schwer, sie vor Überausbeutung zu schützen. Spontane Arbeitsniederlegungen in China sind an der Tagesordnung. Will die chinesische Regierung die Einkommensverteilung ändern, steht sie vor der schwierigen Aufgabe, den Arbeitsmarkt grundlegend zu reformieren. In enger Verbindung mit den Problemen des Arbeitsmarktes steht der weitere Ausbau eines sozialen Netzes einschließlich einer effektiven Besteuerung der Reichen in China.

Ein Problem stellt auch die hohe Sparquote der Unternehmen und damit das Management der staatlichen Unternehmen dar. Eine Lösung wäre die Schaffung von mehr Konkurrenz, auch zwischen staatlichen Unternehmen, um Monopolgewinne zu reduzieren. Auch könnte der Staat als Eigentümer eine größere Gewinnausschüttung erzwingen und die höheren Einnahmen beispielsweise für öffentliche Güter ausgeben, welche die Einkommensungleichheit ebenfalls reduzieren könnten.

Die wachsende Mittelklasse sucht für ihr anwachsendes Vermögen rentierliche Anlagemöglichkeiten, die das Bankensystem mit realen Einlagenzinssätzen um Null nicht bietet. Der in China schon 1990 gegründete Aktienmarkt ist ein reines Kasino, das im bankenzentrierten Finanzsystem Chinas von geringer Bedeutung ist, und auch im Vergleich zu insbesondere angelsächsischen Ländern keine Rolle für das Management von Unternehmen spielt. Er ist für die Anlage des Vermögens der Mittelklasse nicht geeignet. Diese hat sich ab Ende der 1990er Jahre auf teilweise spekulative Investitionen im Immobilienbereich konzentriert. Aber auch diese Anlagen wurden zunehmend risikoreicher und teilweise administrativ begrenzt.¹⁴ In den letzten Jahren hat sich der graue oder nicht regulierte Kreditmarkt als neue Anlagemöglichkeit herausgebildet. Investmentfonds und ähnliche Institutionen schossen insbesondere ab 2009 wie Pilze aus der Erde und sammelten finanzielle Mittel, um sie dann an Unternehmen oder selbst lokale Gebietskörperschaften zu relativ hohen Zinssätzen zu verleihen. Dieser risikoreiche Kreditkanal schwoll stark an, ohne dass dessen genaues Volumen bekannt ist.¹⁵ Nun könnte die chinesische Regierung den grauen Kreditmarkt zusammenbrechen lassen, wenn er denn in Schwierigkeiten kommen sollte. Dies wäre jedoch politisch schwierig, da die Mittelklasse den Kern der KP Chinas ausmacht und nicht die einfachen Arbeiter oder Bauern. China muss somit gewisse Reformen im Finanzsystem durchführen, um die wachsende Mittelklasse zu befriedigen und die Stabilität im Finanzsystem zu wahren.

14 So hat die Regierung die Kreditaufnahme zum Kauf von Zweit- und Drittwohnungen zur Dämpfung der Immobilienblase eingeschränkt.

15 Schätzungen gehen davon aus, dass das Volumen des grauen Kreditmarkts Mitte 2014 etwa 50 Prozent des chinesischen BIPs ausmacht. Das wären immerhin rund 25 Prozent der gesamten vergebenen Kredite in China (vgl. Economist 2014).

Schließlich soll erwähnt werden, dass China eine Reihe ernsthafter ökologischer Probleme hat, die auch zu einem politischen Sprengsatz werden könnten (vgl. dazu den Beitrag von Eva Sternfeld in diesem Band). Die Regierung versucht mit vielfältigen und auch ernsthaften Maßnahmen, ökologische Probleme anzugehen. Jedoch ist keine radikale ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik zu erkennen, obwohl diese mithilfe des noch großen staatlichen Sektors in China relativ einfach wäre. So wird nach wie vor auf den bewunderten American Way of Life gesetzt – einschließlich des Individualverkehrs.

Literatur

- Beijing Rundschau (2013): Chinas Finanzreform: Mehr Spielraum für Kreditzinsen, 5.8.2013, unter: http://german.beijingreview.com.cn/german2010/Wirtschaft/2013-08/05/content_560505.htm (Stand: 25.1.2015).
- BIS (Bank for International Settlement) (2013): Triennial Central Bank Survey – Foreign exchange turnover in April 2013: Preliminary global results – Monetary and Economic Department, September 2013.
- Bruche, G./Wallner, B. (2013): Dragons and Tigers Hunting in Germany: Chinese and Indian acquisitions of German firms 2002–2012, unter: http://www.bgmassociates.com/fileadmin/downloads/publications/bgm_research/BGM%20Associates%20Research%20-%20Dragons%20and%20Tigers%20Hunting%20in%20Germany.pdf (Stand: 25.1.2015).
- CBRC (China Banking Regulation Commission) (2012): Annual Report, Peking.
- Deng, Xiaoping (1991) zitiert nach Lee, Felix: Das zweifelhafte Erbe des großen Reformers, in: Zeit Online, 28.3.2014, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/deng-xiaoping-china (Stand: 25.1.2015).
- Deutsche Asia Pacific Gesellschaft (2011): Das neue Sozialversicherungsgesetz der VR China, unter: http://dapg-online.de/Content/news/2011-05_villing_sozialversicherung_china.html (Stand: 21.01.2015).
- Deutsche Welle (2013): Chinas Mittelschicht will Stabilität, 3.1.2013.
- Domar, E. (1946): Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment, in: *Econometrica* 2/1946, 137–147.
- Economics and Strategy Research (2011): China in Africa, unter: www.fastestbillion.com/res/Research/China_in_Africa-210411.pdf (Stand 25.1.2015).
- Economist (2012): Pensions: Social Security with Chinese characteristics, August 2012, unter: www.economist.com/node/2156025 (Stand: 25.1.2015).
- Economist (2014): China's Shadow Banks: A Moving Target, September 2014, unter: www.economist.com/news/finance-and-economics/21615625-chinas-shape-shifting-shadow-banks-evolve-once-more-moving-target (Stand: 25.1.2015).
- Economist (2014a): Wasted investment. China's \$6.8-trillion hole? November 2014, unter: www.economist.com/blogs/freexchange/2014/11/wasted-investment (Stand: 26.1.2015).
- Epoch Times (2013): Immobilienblase in China: 68 Millionen leerstehende Wohnungen, 25.11.2013, unter: www.epochtimes.de/Immobilienblase-in-China-68-Millionen-leerstehende-Wohnungen-a1110830.html (Stand: 25.1.2015).
- European Central Bank (2014): Statistical Data Warehouse, Frankfurt a. M., unter: http://sdw.ecb.europa.eu/quickview.do?SERIES_KEY=120.EXR.A.CNY.EUR.SP00.A&start=01-01-2001&end=22-12-2014&trans=N&submitOptions.x=79&submitOptions.y=7 (Stand: 28.12.2014).
- EW World Economy Team (2013): China Industry Sector, 3.6.2013, unter: www.economywatch.com/world_economy/china/industry-sectors.html (Stand: 25.1.2015).
- Federal Reserve Bank of St. Louis (2014): Historical Rates for the Chinese Yuan Renminbi, Washington D. C., unter: www.federalreserve.gov/releases/h10/hist/dat00_ch.htm (Stand: 28.12.2014).
- Financial Sector Assessment Program (2011): China, SecM2011-0492, November 2011, Washington D. C.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015): China ist jetzt die größte Handelsnation der Welt, 11.1.2015, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/exportweltmeister-china-ist-jetzt-die-groesste-handelsnation-der-welt-12745612.html (Stand: 25.1.2015).
- Global Economy (2014), unter: <http://de.theglobaleconomy.com/economies/> (Stand: 25.1.2015).
- Gansow, B. (2004): Die Steine erstend den Fluss überqueren. Entwicklungsstrategien und Transformationsprozesse in der VR China, in: *Berliner Debatte* Initial 3/2004, 5–13.
- Harrod, R. (1939): An Essay in Dynamic Theory, in: *Economic Journal* 193, 14–33.

- Heine, M./Herr, H. (2013): Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie, 4. Aufl., München.
- Herr, H./Hübner, K. (2005): Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie. Eine geldwirtschaftliche Theorie der Globalisierung, Berlin.
- Herr, H. (2000): Das chinesische Akkumulationsmodell und die Hilfslosigkeit der traditionellen Entwicklungstheorien, in: Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 119, 181–209.
- Herr, H. (2008): Capital Controls and Economic Development in China, in: Arestis, P./De Paula, L. F.: Financial Liberalisation and Economic Performance in Emerging Countries, Basingstoke, New York, 142–172.
- Herr, H. (2009): Global Imbalances and the Chinese Balance of Payments, in: Intervention. European Journal of Economics and Economic Policy 2/2009, 44–52.
- Herr, H. (2010): Shareholder-Value als Leitbild unternehmerischer Verantwortung?, in: Meyer, Susanne/Pfeifer, Bernd (Hrsg.): Die Gute Hochschule. Ideen, Konzepte und Perspektiven. Festschrift für Franz Herbert Rieger, Berlin.
- Herr, H. (2010a): Credit Expansion and Development: A Schumpeterian and Keynesian View of the Chinese Miracle, in: Intervention. European Journal of Economics and Economic Policy, 71–90.
- Herr, H. (2011): Das Finanzsystem als Rückgrat der chinesischen Entwicklungsdynamik, in: Journal für Entwicklungspolitik XXVII, 47–67.
- Herr, H. (2014): Der Wechselkurs in ökonomischen Paradigmen, in: Dullien, S./Hein, E./Truger, A. (Hrsg.), Makroökonomik. Development and Economic Policies. Festschrift für Jan Prieue, Marburg.
- Herr, H./Horn, G. (2012): Wage Policy Today, Global University Working Paper, ILO 16.
- Herr, H./Prieue, J. (1999): High Growth in China – Transition without a Transition Crisis?, in: Intereconomics 6/1999, 303–316.
- Herr, H./Ruoff, B. (2014): Wage Dispersion as Key Factor for Changing Personal Income Distribution, in: Journal of Self-Governance and Management Economics 3/2014, 28–71.
- Ho, S. P. S./Bowles, P./Dong, X. (2003): Letting Go of the Small: An Analysis of the Privatisation of Rural Enterprises in Jiangsu and Shandong, in: Journal of Development Studies 4/2003, 1–26.
- IWF (Internationaler Währungsfonds) IFS (2014): International Financial Statistics, Washington D. C., unter: <http://elibrary-data.imf.org/FindDataReports.aspx?d=33061&e=169393> (Stand: 23.12.2014).
- IWF (Internationaler Währungsfonds) WEO (2014): World Economic Outlook Database, Washington D. C., unter: www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/02/weodata/index.aspx (Stand: 23.12.2014).
- Knight, J./Ding, S. (2009): Why does China Invest so Much? Department of Economics Discussion Paper Series 441, University of Oxford.
- KPMG (2013): State-owned Entities: From Centrally-planned Origins to Hybrid Market Competitors, China 360, Juni 2013.
- Lau, R. W. K. (2000): Privatisierung in China, in: Prokla, Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 119, 240–275.
- Lazonick, W., O'Sullivan, M. (2000): Maximising Shareholder Value: A New Ideology for Corporate Governance, in: Economy and Society 1/2000, 13–35.
- Liu, X. (2012): FDI in China: A Sovereign Money Perspective, in: Herr, H./Niechoj, T./Thomasberger, C./Truger, A./van Treeck, T. (Hrsg.): From Crisis to Growth? The Challenge of Debt and Imbalances, Marburg.
- Lo, D. (2012): Financial Structures, Regulations, and Economic Development: Toward an Alternative Policy Perspective for China. Report of the research project on «Chinese financial development and internationalization», jointly run by the Center of Research in Comparative Political Economy at the Renmin University of China and the Centre of Chinese Studies at the School of Oriental and African Studies, University of London.
- Ma, G./Yi, W. (2010): China's high Saving Rate: Myth and Reality, BIS Working Papers 312.
- National Bureau of Statistics of China (2012): Statistical Communiqué on the 2011 National Economic and Social Development, Peking.
- Naughton, B. (2007): The Chinese Economy: Transitions and Growth, Cambridge/MA.
- OECD (2014): Statistics, unter: <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46189> (Stand: 23.12.2014).
- Scherrer, C. (Hrsg.) (2011): China's Labour Question, München.
- Scissors, S. (2011): Chinese State-Owned Enterprises and U.S.–China Economic Relations, Testimony before the U.S.–China Economic and Security Review Commission, 30.3.2011, unter: www.heritage.org/research/testimony/2011/04/chinese-state-owned-enterprises-and-us-china-economic-relations (Stand: 25.1.2015).
- Sicular, T. (2013): The Challenge of High Inequality in China, in: Inequality in Focus (Weltbank) 2/2013.

- Sovereign Wealth Funds Institute (2014): Sovereign Wealth Funds Ranking, unter: www.swfinstitute.org/fund-rankings/ (Stand: 25.1.2015).
- State Administration of Foreign Exchange (2015): The time-series data of International Investment Position of China, unter: www.safe.gov.cn/wps/portal/english/Data/Investment (Stand: 25.1.2015).
- Statistisches Bundesamt (2014), unter: www.destatis.de/DE/Startseite.html (Stand: 25.1.2015).
- Stiglitz, J. E. (2004): Capital Market Liberalisation, Globalisation, and the IMF, in: *Oxford Review of Economic Policy* 1/2004, 57–71.
- Traub-März, R. (2011): The All-China Federation of Trade Unions (ACFTU): Structure, Functions and Challenges from Collective Bargaining, Global Labour University Working Paper 13, unter: www.global-labour-university.org/244.html (Stand: 25.1.2015).
- UNCTAD (2014): FDI/TNC database, based on data from the Ministry of Commerce (MOFCOM), unter: http://unctad.org/Sections/dite_fdistat/docs/webdiaeia2014d3_CHN.pdf (Stand: 28.12.2014).
- United States Department of the Treasury and Federal Reserve Board (2014): Major foreign holders of Treasury securities, U. S. Department of the Treasury, unter: www.treasury.gov/ticdata/Publish/mfh.txt (Stand: 25.1.2015).
- Weltbank (2014): World Development Indicators, Online Database, Washington D. C., unter: <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators> (Stand: 3.1.2015).
- Weltbank (2014a): Poverty & Equity, Washington, unter: <http://povertydata.worldbank.org/poverty/country/CHN> (Stand: 25.1.2015).
- Weltbank (2014b): Data, unter: <http://data.worldbank.org/data-catalog/GDP-PPP-based-table> (Stand: 25.1.2015).
- Wilkinson, R./Pickett, K. (2014): The World We Need, in: *The Challenge of Inequality*, *International Journal of Labour Research* 1/2014, 17–34.
- Wu, F./Goh, C./Hajela, R. (2012): Transformation of China's Sovereign Wealth Fund Since the 2008–2009 Global Crisis, in: *Thunderbird International Business Review* 3/2012, 347–359.
- Xinhua (2014): China Focus: Hukou reforms to help 100 mln Chinese, 30. Juli 2014, unter: http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-07/30/c_133520576.htm (Stand: 25.1.2015).
- Zenglein, M. (2011): Fragmented Minimum Wage System, in: Scherrer, C. (Hrsg.), *China's Labour Question*, München.
- Zenglein, M. (2014): Institutional Framework and Dysfunctionality in the Transitional Chinese Wage Bargaining Regime, PhD draft, December 2014.

Stefan Schmalz

DER AUFSTIEG CHINAS: GLOBALE MACHTVERSCHIEBUNGEN UND GEOPOLITISCHE KONFLIKTE¹

Der Aufstieg Chinas zur Großmacht ist zu einem zentralen Thema der wissenschaftlichen und politischen Diskussion geworden. Dabei herrscht bei vielen Beobachtern jedoch ein Dissens darüber, wie weit dieser Wandel geht und welche Implikationen für die Weltpolitik und die Weltwirtschaft zu erwarten sind. Die Einschätzungen reichen von Bedrohungsszenarien, die China perspektivisch nicht nur als neue Supermacht Nr. 1 sehen, sondern auch als aggressiven, ja kriegerischen Akteur wahrnehmen, bis hin zu Analysen, die eindeutige Schwachpunkte des chinesischen Entwicklungsmodells identifizieren und darauf hinweisen, dass China weit davon entfernt ist, die Stellung der USA in der heutigen Weltordnung herauszufordern (Jacques 2012; Cardenal/Araújo 2014; Hung 2009; Shambaugh 2013). Übereinstimmung besteht lediglich darin, dass der chinesische Einfluss schon aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des Landes in den kommenden Jahren steigen wird. Selbst Kritiker sind davon überzeugt, dass Chinas wirtschaftliche Internationalisierungsstrategie «die bedeutendste Entwicklung in den internationalen Beziehungen der kommenden Jahre ist» (Shambaugh 2013: 317).

Im Folgenden wird ein kurzer Abriss über diesen weltpolitischen Großtrend gegeben. Im Mittelpunkt steht die Ungleichzeitigkeit der Machtverschiebung nach China. Während China bereits im Begriff ist, die USA als *consumer of last resort* abzulösen, verharrt die Volksrepublik in verschiedenen historischen Machtstrukturen auf dem Status einer Regionalmacht. Auch heute spielt die chinesische Währung Renminbi im internationalen Finanzsystem nur eine marginale Rolle, militärisch ist die Volksrepublik weiterhin von einem Ring aus US-amerikanischen Verbündeten eingekreist.

¹ Die folgenden Ausführungen stellen einige Ergebnisse meiner Habilitationsschrift dar, die ich im Juli 2014 an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingereicht habe (Schmalz 2014).

Allerdings sind seit der Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Bemühungen bei der chinesischen Partei- und Staatsführung sichtbar geworden, die Machtposition durch Maßnahmen wie die Internationalisierung des Renminbi und zunehmende Auslandsinvestitionen von chinesischen (Staats-)Unternehmen auszubauen. Nach einer kurzen theoretischen Einführung («Machtverschiebungstheorem») wird zunächst die machtpolitische Stellung Chinas in der heutigen Weltordnung beschrieben. Es folgt eine Darstellung der jüngeren Maßnahmen der chinesischen Regierung, um Chinas machtpolitische Position zu verbessern. Zuletzt wird die US-amerikanische Gegenstrategie zum chinesischen Aufstieg diskutiert und eine Prognose über den weiteren Verlauf der Machtverschiebung gegeben.

1 Vorüberlegung: Grundlagen des Machtverschiebungstheorems

Bereits Fernand Braudel wusste, dass der Kapitalismus sich immer wieder räumlich reorganisiert. Regelmäßige historische «Dezentrierungen» der Kapitalakkumulation von einem Zentrum der globalen Ökonomie (z. B. von London) gingen dabei stets mit einer Rezentrierung (z. B. nach New York) zu einem neuen Zentrum einher, «so als ob eine Weltwirtschaft nicht ohne Schwerpunkt, ohne Pol existieren könnte» (Braudel 1986a: 78; vgl. auch: Arrighi 1994: 12 ff.). Die Machtverschiebungen folgten dabei stets einer Doppellogik. Der globale Kapitalismus expandierte in den Randregionen des Kapitalismus (z. B. die USA des 19. Jahrhunderts), die sich dann langsam als Produzent und Konsument in den Mittelpunkt des Weltmarkts schoben. Diese «kapitalistische Landnahme» (Dörre 2012) war meist ein Prozess, der – spätestens seit dem Industriezeitalter – durch massive Staatseingriffe vorangetrieben wurde und dazu führte, tradierte Machtstrukturen in der Weltwirtschaft und -politik in Bereichen wie Finanzen, Produktion, Militär, Ressourcenkontrolle und sogar Wissenschaft langsam zu untergraben.

In den globalen Machtstrukturen üben Staaten und Unternehmen unterschiedlichen Einfluss aus. Machtstrukturen bilden sich erst langsam durch die Anhäufung und Investition von Ressourcen in Militär, Finanzen und anderen Bereichen und folgen einer spezifischen Funktionslogik. In ihnen agieren Akteure «nicht als Exekutoren struktureller Imperative», sondern sind auch «die Urheber von Normen und «Spielregeln», durch die sie den gesellschaftlichen Verkehr lenken» (ebd.: 19). Im Zentrum dieser Dynamik steht das Verhältnis von Staat und Kapital. Die (räumlich fixierten) Machtstrukturen werden durch den dynamischen Kapitalakkumulationsprozess reproduziert, während dieser wiederum durch die Machtstrukturen, die durch Staatsinterventionen reguliert werden, abgesichert wird. Entstehen neue Räume für die Expansion des Kapitals, gerät dieses Verhältnis aus dem Gleichgewicht.

Die globalen Machtstrukturen werden zu Beginn einer globalen Hegemonie durch einen Hegemonialstaat (z. B. Großbritannien, USA) reguliert und geprägt, genau wie dessen Volkswirtschaft zu Beginn dieser Epoche den Takt für die globale Kapitalakkumulation vorgibt. Andere Staaten können die internationale Machtkonfiguration

und die Weltwirtschaft nur beschränkt beeinflussen. Mit der Dezentrierung des Kapitalismus entstehen dann neue Zentren der Kapitalakkumulation in anderen Territorialstaaten. Die Hegemonialmacht reagiert auf diese Veränderungen unterschiedlich: Eine klassische Reaktion – etwa nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems nach 1971 – ist eine Aufwertung des Finanzsektors, die gleichsam ein «Zeichen des Herbsts» der Hegemonie (Braudel 1986b: 246) darstellt; auch militärische Aufrüstung, wie der Flottenausbau in Großbritannien gegen Ende des 19. Jahrhunderts, kann eine Rolle spielen. Auf diese Weise gelingt es, aufstrebende Konkurrenten zunächst in Schach zu halten und eine Phase der (fragilen) Stabilisierung der bisherigen Machtstrukturen einzuleiten. Erst mit der Rezentrierung, also der eindeutigen Verlagerung des Schwerpunkts der Kapitalakkumulation in einen anderen Territorialstaat, ist die Möglichkeit eines Hegemoniewechsels angelegt, falls es gelingt, eigene Machtstrukturen aufzubauen und neue Bündnissysteme und globale Regulierungsmuster zu schaffen.

Seit der Asienkrise 1997/98 befinden wir uns im Übergang zur Phase der Rezentrierung, dieser Trend hat sich mit der Weltwirtschaftskrise seit 2008 sichtlich beschleunigt (vgl. Abbildung 1). Die Verschiebung nach China steht erst am Anfang; es ist unklar, ob das Land die USA nicht nur als Zentrum der Weltwirtschaft, sondern auch als politisches Zentrum ablösen kann.

Abbildung 1: Die Rezentrierungsphase als Ende der US-Hegemonie



Quelle: Eigene Darstellung

2 Ein neuer Wachstumspol in der Weltwirtschaft

Chinas Volkswirtschaft ist in den vergangenen Jahren zum zentralen Treiber der globalen Kapitalakkumulation geworden. Dies lässt sich an unterschiedlichen Indikatoren ablesen.² Die Volksrepublik hat in den vergangenen Jahren maßgeblich an wirtschaftlichem Gewicht gewonnen, während die wichtigsten kapitalistischen Industriestaaten – auch die USA – an Bedeutung eingebüßt haben. China war mit zwölf Prozent des globalen BIPs Ende 2013 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wenn keine größeren Krisenprozesse das Land treffen, ist es durchaus wahrscheinlich, dass die Volksrepublik

2 Die Daten, die ich für meine Darstellung nutze, stammen aus meiner Habilitationsschrift und beziehen sich, wenn nicht anders angemerkt, auf Ende 2013.

sowohl die Europäische Union (EU) (22,6 Prozent am weltweiten BIP) als auch die USA (21,7 Prozent) irgendwann in den späten 2020er Jahren als größte Wirtschaftsnation ablösen wird. Noch deutlicher wird die neue Rolle Chinas jedoch, wenn die globale Wachstumsdynamik betrachtet wird: Bereits jetzt hat das Land die USA als zentralen Motor der Weltwirtschaft abgelöst. In den Postkrisenjahren 2010 bis 2013 steuerte China durchschnittlich über ein Viertel zum globalen BIP-Wachstum bei, weit mehr als die EU (5,3 Prozent) oder die USA (13,1 Prozent). Hierauf weist auch die Orientierung großer westlicher Industrieunternehmen hin, die heute große Teile ihrer Profite in China erwirtschaften. Nach Schätzungen des Londoner Analysehauses Evercore ISI machte der in der Volksrepublik erwirtschaftete Profit des deutschen Volkswagenkonzerns beispielsweise bis zu 60 Prozent seines Jahresprofits aus; zwischen 2015 und 2019 will der Konzern mit seinen Partnern in China 22 Milliarden Euro investieren (Lamparter 2014). Auch dies zeichnet einen aktuellen Trend nach: Der Zufluss von Direktinvestitionen in die Volksrepublik lag 2013 mit 117,6 Milliarden US-Dollar bei bereits rund drei Vierteln des Wertes der USA (159 Milliarden US-Dollar).

Das Wachstum des chinesischen Binnenmarkts hat zudem dazu geführt, dass China den USA heute deren traditionelle Rolle als *consumer of last resort* streitig macht. Lange Zeit waren die Vereinigten Staaten – auch aufgrund ihres großen Leistungsbilanzdefizits – der Hauptnachfrager nach Waren auf dem Weltmarkt. Das exportorientierte Überschussland China hat jedoch aufgrund seiner hohen Außenhandelsverknüpfungen nunmehr auch eine wichtige Rolle als Importeur übernommen, eine Position, die in den kommenden Jahren aufgrund des Umbaus des Wirtschaftsmodells hin zu einem konsumgetriebenen Modell noch bedeutender werden könnte. So lagen die chinesischen Importe im Jahr 2013 bereits bei zwei Dritteln des US-amerikanischen Werts. In verschiedenen Weltregionen wie Ostasien, Südamerika, Afrika oder Zentralasien ist China deshalb bereits für einige Länder zum wichtigsten Absatzmarkt weltweit aufgestieg. Dieser Wandel hat welthistorische Bedeutung: Ein solcher Umbruch war das letzte Mal beim Hegemoniewechsel von Großbritannien zu den USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Der rasante Aufstieg zur Wirtschaftsmacht äußert sich auch in anderen Bereichen: Die gewaltigen Exportüberschüsse haben dazu geführt, dass China Währungsreserven von 3,8 Billionen US-Dollar (Dezember 2014) angehäuft hat und somit eine Gläubigerfunktion gegenüber den USA (1,2 Billionen US-Dollar), aber auch verschiedenen EU-Staaten (über 400 Milliarden US-Dollar, Stand 2010) wahrnimmt. Außerdem existiert in China heute eine wachsende Anzahl an heimischen (transnationalen) Konzernen, die auch eigene Forschungsarbeit verrichten: China kam im Jahr 2011 auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 134,5 Milliarden US-Dollar, den dritthöchsten Wert nach den USA und Japan. Im gleichen Jahr meldete die Volksrepublik mehr internationale Patente als die Bundesrepublik Deutschland an. Auch die Militärausgaben sind als direkte Folge des steigenden BIPs rasant angewachsen: Die chinesischen Militärausgaben waren 2013 mit rund 188,5 Milliarden US-Dollar die zweithöchsten der Welt, lagen aber nach wie vor weit hinter den US-amerikanischen von 640,2 Milliarden US-Dollar.

3 China in den globalen Machtstrukturen

Dennoch spiegelt sich der rasche Aufstieg Chinas zum wirtschaftlichen Zentrum nur ansatzweise im globalen Machtgefüge wider. Wie in früheren Machtverschiebungen kontrolliert die bisherige Hegemonialmacht zusammen mit ihren Verbündeten die Spielregeln der Weltwirtschaft und -politik. Erst langsam lässt sich eine Erosion dieser US-amerikanisch dominierten Machtstrukturen verzeichnen. Dieser Prozess läuft zudem äußerst ungleichzeitig ab. Das wird bereits an den globalen Produktionsstrukturen deutlich. Auch wenn unter den 500 weltweit umsatzstärksten Unternehmen nach Angaben der Zeitschrift *Fortune* bereits 98 Konzerne aus China (128 aus den USA) sind (Cendrowski 2015), bleiben die globalen Produktionsnetzwerke weiterhin weitgehend unter der Kontrolle der großen westlichen, insbesondere US-amerikanischen Unternehmen. Hierfür gibt es zwei Ursachen: Zunächst haben sich die chinesischen Konzerne erst vergleichsweise spät internationalisiert. Erst mit der Go-Out-Politik im Jahr 1999 gab die Staatsführung den Startschuss für ihr Auslandsengagement. Dieses nahm insbesondere seit dem Jahr 2008 deutlich zu. Heute ist China der viertgrößte Investitionsgeber weltweit, die Direktinvestitionsbestände belaufen sich auf ungefähr ein Zehntel des US-Wertes. Dieses Defizit wird auch deutlich, wenn die wechselseitigen Kapitalbeteiligungen zwischen den einzelnen Unternehmen betrachtet werden: Vor allem US-amerikanische Konzerne halten strategische Anteile von größeren Unternehmen im Ausland und kontrollieren somit wichtige Produktionsnetzwerke (Starrs 2013). Außerdem ist die Mehrzahl der chinesischen Konzerne nach wie vor in den globalen Güterketten auf niedrigen Wertschöpfungsstufen integriert. Die Arbeitsproduktivität in China liegt insgesamt bei rund einem Siebtel der US-amerikanischen; die profitabelsten Technologiefirmen und bekanntesten Markenhersteller sind in den USA und anderen Zentrumsstaaten beheimatet (ebd.: 822). Dies lässt sich auch an bekannten Beispielen verdeutlichen. So erwirtschaftet Apple bei der Herstellung eines iPhones rund 58,5 Prozent des Werts in der Wertschöpfungskette, die wichtigsten Zulieferer, wie der taiwanische Kontraktfertiger Foxconn, nur 14,3 Prozent und die 1,2 Millionen Produktionsarbeiter in China erhalten lediglich 1,8 Prozent als Löhne ausgezahlt (Chan et al. 2013).

Das Beispiel weist auf die ambivalente Stellung Chinas in der Forschungs- und Technologiestruktur hin. Neben der wachsenden Anzahl an Patentanmeldungen ist China heute in verschiedenen Forschungsbereichen wie der Nano- und Biotechnologie an der Weltspitze. Derzeit befinden sich unter den Top 500 des QS World University Rankings immerhin 17 chinesische Universitäten. Allerdings beruht die Innovations- und Forschungsfähigkeit des Landes überwiegend auf Skaleneffekten. Denn die bloße Anzahl von Wissenschaftlern und Forschern trägt zur internationalen Konkurrenzfähigkeit bei; allein im Jahrgang 2013 gab es fast sieben Millionen Hochschulabsolventen in China (Wertime 2014). Die Volksrepublik liegt dennoch bei vielen Indikatoren weit hinter den tradierten Zentrumsstaaten zurück. Zwar wird mit 1,83 Prozent ein ähnlich hoher BIP-Anteil wie in der EU für Forschung und

Entwicklung verausgabt, aber die Pro-Kopf-Werte sind nach wie vor recht niedrig. So lagen die Forschungsausgaben im Jahr 2011 nur bei rund 100 US-Dollar pro Kopf, 13-mal niedriger als in den USA. Zudem zeigen verschiedene Indikatoren wie Lizenzgebühren, der Braindrain von Wissenschaftlern, das Branding von Produkten und Firmen und das Renommee von Universitäten die Wirkungsmacht der bestehenden Strukturen. Folglich können bisher nur ausgewählte Sektoren und Cluster des chinesischen Wissenschaftssystems mit jenen der großen Industrienationen konkurrieren.

Im Finanzsektor ist diese Konstellation ebenfalls sehr deutlich: Das Land hat zwar einige mächtige Finanzmarktakteure aufgebaut: Von den chinesischen Staatsbanken sind vier unter den größten zehn Unternehmen weltweit, und die Staatsfonds werden aus den umfangreichen Devisenreserven alimentiert. Auch sind chinesische Finanzinstitutionen zu bedeutenden Kreditgebern für Staaten in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten aufgestiegen. Im Großen und Ganzen stellt aber weder der Renminbi zum US-Dollar noch stellen die Finanzplätze Hongkong oder Shanghai eine Alternative zur Wall Street dar (vgl. Ivanova 2013; Prasad 2014). Die großen chinesischen Banken sind bisher kaum internationalisiert. Der Renminbi hat den Status einer regionalen Handelswährung, als Anlage- und Transaktionsmittel bleibt die Währung jedoch – trotz neuer On- und Offshore-Handelsplätze – nachrangig. Außerdem ist der Zugang zum chinesischen Kapitalmarkt für ausländische Anleger nur eingeschränkt möglich. Die US-amerikanische Finanzmacht bleibt also vorerst ungebrochen.

Im Ressourcenbereich überwogen lange Zeit indirekte Effekte: Das ressourcenintensive chinesische Wachstumsmodell führte dazu, dass immer größere Mengen an Energieressourcen, Metallen und Nahrungsmitteln importiert werden mussten. So ist China zum größten Importeur von Erdöl und verschiedenen Industriemetallen geworden (Farooki/Kaplinsky 2012: 77; BBC News online, 10.10.2013). Die hohe Nachfrage der Volksrepublik trug dazu bei, dass sich das Preisniveau für Rohstoffe seit Mitte der ersten Dekade der 2000er Jahre verdoppelte und der Anteil der weltweiten Rohstoffrenten im Jahr 2013 rund vier Prozent des Welt-BIPs erreichte. Dieser Trend wurde seit dem Jahr 2014 durch fallende Rohölpreise relativiert. Das Preisniveau für Rohstoffe sank auf das Niveau von 2006 herab. Mit der Go-Out-Politik wurde zudem das chinesische Wirtschaftsmodell globalisiert: In den vergangenen Jahren investierten chinesische Unternehmen etwa in Afrika, jüngst auch Lateinamerika, Kanada und Australien, gewaltige Summen zur Sicherung der Ressourcenzufuhr und zum Aufbau von Infrastruktur. Auch wenn die westliche Dominanz im Ressourcensektor weitgehend unangefochten bleibt, sind chinesische Konzerne in einzelnen Weltregionen zu einer ernsthaften Herausforderung für die westlichen Energieunternehmen geworden.

In der Militär- und Sicherheitsstruktur ist die Machtverschiebung noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen Bereichen. Die USA weisen neben den größten Rüstungsausgaben ein weltweites Bündnissystem mit einem umfassenden Netz an Militärbasen und die modernste Armee auf. Die chinesische Armee hat sich zwar rasch modernisiert: Mittlerweile verfügt die Volksarmee über Stealth-Fighter, Kampf-

drohnen, Atom-U-Boote und einen ersten Flugzeugträger (vgl. Shambaugh 2013: 207 ff.). Allerdings ist sie bisher defensiv ausgerichtet. China unterhält keine Militär-basen außerhalb des eigenen Territoriums; vielmehr ist China in Ostasien von einem Netzwerk von US-Militärstützpunkten eingekreist. Wegen mangelnder Transport-möglichkeiten ist die Volksarmee für Interventionen jenseits der direkten Nachbar-staaten kaum einsatzbereit. Das Land versucht zwar, sich als Seemacht zu etablieren, doch auch die Marine ist bislang – von der modernen U-Boot-Flotte abgesehen – nur beschränkt außerhalb der Küstenregion operationsfähig. Die Bedrohungsszenarien vieler US-Strategieplaner sind deshalb eher ungläubwürdig. Allerdings ist auch ein Angriffskrieg gegen China kaum mehr möglich.

Zusammengefasst: China hat es zwar erreicht, bei der jährlichen Produktion von Machtressourcen (BIP-Werte, Finanzmittel, Rüstungsausgaben, Patentanmeldungen etc.) an die Weltspitze zu gelangen, aber die Gesamtbestände (Direktinvestitionsbe-stände, Finanzplätze, Bildungssektor, Ausrüstung der Armee etc.) fallen deutlich hin-ter jene der etablierten Zentrumsstaaten zurück (vgl. Tabelle 1). Anders ausgedrückt: Die Rezentrierung der Kapitalakkumulation ist bereits an verschiedenen Indikatoren (z. B. Anteile am weltweiten BIP oder Wirtschaftswachstum) deutlich zu erkennen. Auch die Führungsrolle des US-amerikanischen Hegemons wurde geschwächt. Die globalen Machtstrukturen werden durch die Verschiebung des wirtschaftlichen Zent-rums nach China langsam untergraben und ausgehöhlt.

Tabelle 1: Chinas Position in den globalen Machtstrukturen: Ressourcen versus Bestände

	Ressourcen und Aktivitäten	Bestände und Strukturen
Produktion	Zweitgrößte Wirtschaftsmacht, Motor der Weltwirtschaft	Geringe Direktinvestitionsbestände im Ausland, Integration in niedrige Stufen von globalen Wertschöpfungsketten
Finanzen	Währungsreserven von 3,8 Billionen US-Dollar (Dez. 2014), Nettogläubiger der USA und EU	Renminbi als Anlagewährung unbedeutend, einheimische Anleihe- und Aktienmärkte weitgehend abgeschirmt
Ressourcen	Bedeutende staatliche Erdölunternehmen, in den vergangenen Jahren hohe Direktinvestitionen im Ressourcen-sektor	Abhängigkeit von Rohstoffimporten, Direktinvestitionsbestände und Distributionsnetzwerke weiterhin vom Westen dominiert
Wissenschaft	Dritthöchste Forschungsausgaben und Patentanmeldungen, große Anzahl von Wissenschaftlern und Ingenieuren	Bedeutendste Universitäten und Forschungsinstitutionen in der westlichen Welt, Braindrain und hohe Lizenzgebühren
Militär	Zweithöchste Militärausgaben, viertgrößter Rüstungsexporteur	Primär defensiv ausgerichtete Verteidigungsarmee, militärische Isolation in Ostasien

Quelle: Eigene Darstellung

4 Neue strategische Weichenstellungen nach der Krise 2008/09

Ein guter Teil der machtpolitischen Defizite Chinas war lange Zeit ein nachrangiges Thema der chinesischen Außenpolitik. Das Leitbild eines «friedlichen Aufstiegs» (Bijan 2005) implizierte, dass China größere Konflikte meiden und provokative Handlungen in der Außenwirtschafts- und Militärpolitik wie feindliche Übernahmen von Unternehmen oder militärische Auslandseinsätze unterlassen sollte. Zudem wurden viele Entscheidungen, die den Status quo festigten, kaum hinterfragt: Noch kurz vor der Finanzkrise 2008 bauten die chinesische Zentralbank und die Staatsfonds ihr Engagement auf den US-Finanz- und Anleihemärkten deutlich aus. Eine Abkehr von dieser Orientierung war erst nach der Finanzkrise 2008/09 spürbar. Sie betraf verschiedene Politikfelder und reichte von der Außenfinanz- und Investitionspolitik bis hin zur Militärstrategie. Für diesen Wandel waren sowohl originär wirtschaftspolitische als auch machstrategische Entscheidungen der Staats- und Parteiführung ursächlich.

Zunächst gewann die Restrukturierung des Wirtschaftsmodells hin zu einem eher konsumgetriebenen und weniger exportorientierten Modell an Priorität. Ein zentrales Standbein war dabei der Versuch, eine umfangreiche Aufwertung der Industriestruktur durchzusetzen (People's National Congress 2011). So zielt die Zentralregierung mit dem aktuellen Fünfjahresplan (2011–2015) neben einem Ausbau der Sozialsysteme auf eine umfangreiche Förderung von Hochtechnologie (Biotechnologie, grüne Technologie, Maschinenbau etc.). In dieser Strategie spielt der große chinesische Binnenmarkt eine Schlüsselrolle: Denn die chinesische Regierung fördert die Verlagerung von Betrieben mit niedriger Wertschöpfung in die weniger entwickelten west- und zentralchinesischen Provinzen und setzt zudem auf Anreize, damit einheimische Produzenten den chinesischen Binnenmarkt zunehmend mit technologieintensiven Gütern versorgen. Einige Unternehmer haben bereits die Chance ergriffen. So hat etwa Apple seit 2010 mit dem chinesischen Billigkonkurrenten Xiaomi zu kämpfen. Dieser produziert ähnliche Smartphones wie Apple, vertreibt diese über das Internet und stieg im letzten Quartal 2014 mit einem Marktanteil von 13,7 Prozent zum größten Smartphone-Produzenten auf dem chinesischen Markt auf, was somit auch einer sichtlichen Restrukturierung der Wertschöpfungskette in diesem Teilsegment gleichkommt. Derartige Erfolge sind jedoch eher punktuell.

Am deutlichsten wird die Reorientierung im Finanzbereich. Die Zentralbank und andere Institutionen beabsichtigen seit der Krise 2008, die einheitliche Fixierung der Investitionen auf Dollar-Anlagen zu lockern. Zum einen diversifizierten die Zentralbank und die Staatsfonds ihre Anleihekäufe, indem sie stärker im Euroraum und anderen Währungsräumen investierten. Insbesondere aber ließ sich eine rasche Steigerung der Kreditvergabe und der Direktinvestitionen im Ausland beobachten. Bereits im Jahr 2011 umfassten die Kreditzusagen und die Entwicklungshilfe Chinas ein Gesamtvolumen von 189 Milliarden US-Dollar, ein höheres Volumen als die Kredite und Beihilfen der Weltbank und des IWF zusammen (Wolf et al. 2013: 19). Die

Investitionen schnellten nach Daten der Heritage Foundation von 51,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 auf 134,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2013 hinauf. Diese Neuausrichtung betraf auch den Rohstoffsektor: Die großen chinesischen Staatskonzerne brachten allein 2009 und 2010 Erdölvorkommen im Wert von 47,6 Milliarden US-Dollar unter ihre Kontrolle (Jiang/Sinton 2011: 10). Seit der Krise 2008 gingen zudem große Geldsummen an ausländische Staaten, die wie zum Beispiel im Fall von Venezuela oder Nigeria im Zusammenhang mit der Ressourcengewinnung stehen. Auch begann die Zentralbank, systematisch Gold und andere Rohstoffe aufzukaufen.

Zusätzlich standen die Weltgeldrolle des US-Dollars und das westlich dominierte Institutionengefüge der Global Economic Governance (IWF, Weltbank und G8) bei den großen Staaten des globalen Südens in der Kritik: Der Versuch einer umfangreichen Reform der Bretton-Woods-Institutionen scheiterte jedoch – abgesehen von der Erweiterung der G8 zu einer G20 unter Einschluss der großen Schwellenländer. Folglich setzte China darauf, zusammen mit den übrigen BRICS-Staaten eigene Institutionen wie eine gemeinsame Entwicklungsbank und einen Rettungsfonds aufzubauen. Zudem förderte die chinesische Regierung eine Internationalisierung des Renminbi: Allein bis Ende 2013 waren 23 Swap-Abkommen über ein Gesamtvolumen von 2,6 Billionen Renminbi mit anderen Zentralbanken unterzeichnet worden (Eichengreen/Kawai 2014: 9). Neben einer relativ erfolgreichen Etablierung des Renminbi als Handelswährung – der in Renminbi abgewickelte Handel erreichte Ende 2013 einen Anteil von 8,7 Prozent am Welthandel (Reuters, 2.12.2013) – versuchte die Staatsführung, den Renminbi als Anlage- und Transaktionswährung durch ein Bündel von Maßnahmen (Renminbi-Anleihen in Hongkong, Außenöffnung des Finanzplatzes Shanghai etc.) zu stärken.

Die Krise war also der Ausgangspunkt für ein stärkeres außenwirtschaftliches Engagement der chinesischen Regierung. Viele der Maßnahmen stecken noch in den Kinderschuhen; gerade die weitere Dynamik einer Internationalisierung des Renminbi ist bisher noch kaum abzusehen. Allerdings ist davon auszugehen, dass der wirtschaftliche Einfluss chinesischer Investoren und Geldgeber in den kommenden Jahrzehnten deutlich ansteigen wird und auch chinesische Unternehmen vermehrt Schlüsselpositionen in Wertschöpfungsketten einnehmen werden.

5 Schlussfolgerung: Auf in den kapitalistischen Kalten Krieg?

Chinas Aufstieg in den vergangenen Jahren blieb nicht ohne Reaktion. Die Vereinigten Staaten begannen, ihre Machtbasis zu reorganisieren, um der neuen Herausforderung zu begegnen. Dabei handelte es sich um eine mehrdimensionale Strategie, die von systematischer Exportförderung (National Export Initiative) und Freihandelsabkommen (z. B. TTIP und Trans-Pacific Partnership) über die Revitalisierung des Finanzsektors durch gezielte Rettungsmaßnahmen und lockere Geldpolitik bis hin zur Schiefergasförderung reichte, um die Abhängigkeit von teuren Energieimporten zu verringern. Die wichtigste Komponente bestand indes in einer militärischen

Neuaustrichtung. Spätestens seit 2010 leitete die US-amerikanische Regierung in der Außenpolitik eine strategische Aufwertung der pazifischen Region, insbesondere Ostasiens, ein (Clinton 2011). Ostasien wurde nun zum *pivot*, zum Angelpunkt der US-amerikanischen Strategie erhoben. Die US-Army erweitert seitdem ihre militärischen Kapazitäten in der ostasiatischen Region (Marines in Australien, Kampfschiffe in Singapur, neue Militärbasen in den Philippinen etc.).

Außerdem unterstützten die USA ihre ostasiatischen Verbündeten Japan, Vietnam und auch die Philippinen in ihren Territorialstreitigkeiten mit China. Die US-Politik gleicht hierbei der klassischen Eindämmungspolitik aus dem Kalten Krieg (Friedberg 2011). So führten die USA mehrere gemeinsame Manöver mit Südkorea oder Vietnam durch. Japans Pläne, das Verbot von Auslandsinterventionen aus der Verfassung zu streichen, wurden von den USA gefördert. In den Konflikten wirkten die Vereinigten Staaten auch nicht mäßigend, sondern unterstützten zum Beispiel nach der Errichtung der chinesischen «Flugverbotszone» im chinesischen Meer Japan im Konflikt mit der Volksrepublik. Die Konfliktlinien äußern sich zudem in einem Rüstungswettlauf, bei dem China und auch andere Länder wie Vietnam, Südkorea und Indonesien ihren Rüstungsetz regelmäßig aufstocken. Die chinesische Regierung begann vor dem Hintergrund sich zuspitzender Territorialkonflikte, ihre Militärstrategie neu auszurichten. Die Staatsführung versucht, China als Seemacht zu etablieren, die territorialen Verluste seit Ende des 19. Jahrhunderts rückgängig zu machen und Zugang zu den Ressourcen in der Region zu bekommen. Neben aktiven territorialen Grenzziehungen wie der Aufschüttung von künstlichen Inseln im südchinesischen Meer und eher symbolischen Manövern, etwa der Inbetriebnahme des Flugzeugträgers Liaoning im Jahr 2012, wurde unter der neuen Staats- und Parteiführung Xi Jinpings und Li Keqiangs die größte Reform der Volksarmee seit Jahrzehnten eingeleitet, mit der die Kommandostrukturen von Flotte und Luftwaffe effizienter gestaltet und die notwendigen Kapazitäten für Auslandseinsätze aufgebaut werden sollen.

Die neue Konstellation in Ostasien scheint zu einem dauerhaften Zustand zu werden. Es ist bisher von keiner Seite ein Einlenken in den Territorialkonflikten oder gar eine Abrüstung zu beobachten. Folglich könnte Ostasien der Schauplatz eines neuen «capitalist cold war» (D’Aveni 2012) werden, in dem China perspektivisch versuchen könnte, seinen wachsenden wirtschaftlichen Einfluss geltend zu machen, um den Ring von US-amerikanischen Verbündeten aufzubrechen. Bisher stehen die Zeichen auf Konfrontation ohne «heiße» kriegerische Konflikte; ob und wann Bewegung in die starren Lager kommen wird, ist noch nicht absehbar.

Literatur

- Arrighi, G. (1994): *The long twentieth century. Money, power, and the origins of our times*, London.
- Bijian, Z. (2005): China's «Peaceful Rise» to Great Power Status, in: *Foreign Affairs* 5/1994, 18–24.
- Braudel, F. (1986a): *Die Dynamik des Kapitalismus*, Stuttgart.
- Braudel, F. (1986b): *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts*, Bd. 3, *Aufbruch zur Weltwirtschaft*, München.
- Cardenal, J. P./Araújo, H. (2014): *Der große Beutezug. Chinas stille Armee erobert den Westen*, München.
- Cendrowski, S. (2015): China's Global 500 companies are bigger than ever – and mostly state-owned, unter: <http://fortune.com/2015/07/22/china-global-500-government-owned/> (Stand 6.10.2015).
- Chan, J./Ngai, P./Selden, M. (2013): The politics of global production: Apple, Foxconn and China's new working class, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus* 2/2013, unter: <http://japanfocus.org/-Pun-Ngai/3981> (Stand: 27.2.2015).
- China overtakes the US as the biggest importer of oil, in: *BBC News online*, 10.10.2013, www.bbc.com/news/business-24475934 (Stand 6.10.2015).
- Clinton, H. (2011): America's Pacific Century, in: *Foreign Policy* 11/2011, unter: www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century (Stand: 27.2.2015).
- D'Aveni, R. A. (2012): *Strategic capitalism. The new economic strategy for winning the capitalist cold war*, New York.
- Dörre, K. (2012): Landnahme, das Wachstumsdilemma und die «Achsen der Ungleichheit», in: *Berliner Journal für Soziologie* 1/2012, 101–128.
- Eichengreen, B. J./Kawai, M. (2014): *Issues for Renminbi Internationalization: An Overview*, ADBI Working Paper 454.
- Farooki, M./Kaplinsky, R. (2012): *The impact of China on global commodity prices. The global reshaping of the resource sector*, London.
- Friedberg, A. L. (2011): *Bucking Beijing. An Alternative U.S. China Policy*, in: *Foreign Affairs* 5/2011, 48–58.
- Hung, H.-F. (2009): America's Head Servant. The PRC's Dilemma in the Global Crisis, in: *New Left Review* 6/2009, 5–25.
- Ivanova, M. (2013): *The Dollar as World Money*, in: *Science & Society* 1/2013, 44–71.
- Jacques, M. (2012): *When China rules the world. The end of the western world and the birth of a new global order, 2. aktualisierte und erweiterte Aufl.*, New York.
- Jiang, J./Sinton, J. (2011): *Overseas Investments by Chinese National Oil Companies. Assessing the drivers and impacts*. International Energy Agency Information Paper, Februar 2011, unter: www.iea.org/publications/freepublications/publication/name,3947,en.html (Stand: 27.2.2015).
- Lamparter, D.H. (2014): *Alles auf China*, in: *Die Zeit* 51/2014.
- Offe, C. (1977): *Einleitung*, in: Bachrach, P./Baratz, M. S. (Hrsg.): *Macht und Armut: Eine theoretisch-empirische Untersuchung*, Frankfurt a. M., 7–34.
- People's National Congress (2011): *12th Five Year Plan (2011–2015)*, unter: www.britishchamber.cn/content/chinas-twelfth-five-year-plan-2011-2015-full-english-version (Stand: 27.2.2015).
- Prasad, E. (2014): *The dollar trap. How the U.S. dollar tightened its grip on global finance*, Princeton.
- Schmalz, S. (2014): *Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas im Kontext der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008, bisher unveröffentlichte Habilitationsschrift an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich Schiller-Universität Jena*.
- Shambaugh, D. L. (2013): *China goes global. The partial power*, Oxford/New York.
- Starrs, S. (2013): *American Economic Power Hasn't Declined – It Globalized! Summoning the Data and Taking Globalization Seriously*, in: *International Studies Quarterly* 4/2013, 817–830.
- Wertime, D. (2014): *It's Official: China Is Becoming a New Innovation Powerhouse*, in: *Foreign Policy* 6/2014, unter: www.foreignpolicy.com/articles/2014/02/06/its_official_china_is_becoming_a_new_innovation_powerhouse (Stand: 27.2.2015).
- Wolf, C./Wang, X./Warner, E. (2013): *China's Foreign Aid and Government-Sponsored Investment Activities*, RAND Corporation, unter: www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR100/RR118/RAND-RR118.pdf (Stand: 6.10.2015).

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Werner Birnstiel ist Leiter der China-Wirtschaftsberatung in Berlin-Friedrichshain und als Unternehmensberater im Bereich der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen sowie als Wirtschaftsjournalist tätig. Er publiziert häufig zu aktuellen Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Chinas.

Daniel Fuchs ist Doktorand am Department of Development Studies der School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London. Er ist unter anderem Mitherausgeber von «Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt» (Wien 2013) sowie Mitübersetzer von «iSlaves. Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn Fabriken» (Wien 2013). Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitspolitik, soziale Bewegungen und Migration in China sowie materialistische Staats- und Gesellschaftstheorie.

Prof. Helmut Peters war Forschungsbereichsleiter China an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Diplomat der DDR. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zu Entwicklungsproblemen in China, darunter «Die VR China – Vom Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt» (Essen 2000); «Der «Sozialismus chinesischer Prägung» aus der Sicht der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas» in der Zeitschrift *Sozialismus*, Heft 5 (Hamburg 2015).

Prof. Bettina Gransow ist Professorin für Sinologie an der Freien Universität Berlin. Neuere Publikationen: «Migrants and Health in China. History and Society», Berliner China-Hefte 38 (Münster 2010, hrsg. mit Zhou Daming); «China: New Faces of Ethnography», Berliner China-Hefte 28 (Münster 2005, hrsg. mit Pál Nyíri und Shiaw-Chian Fong).

Prof. Hansjörg Herr ist Professor für supranationale Integration an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Neuere Publikationen: «Decent Capitalism. A Blueprint for Reforming our Economies» (London 2011, zusammen mit Sebastian Dullien und Christian Kellermann); «Macroeconomic Policy Regimes in Western Industrial Countries» (London 2011, zusammen mit Milka Kazandziska).

Marlies Linke leitet das Asienreferat im Zentrum für Internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Thomas Sablowski ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Stefan Schmalz ist Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er habilitierte mit einer Arbeit über den Aufstieg Chinas und die Machtverschiebungen im Weltsystem. Seine Arbeitsgebiete sind Arbeitssoziologie, Internationale Politische Ökonomie, Entwicklungssoziologie, Wirtschaftssoziologie, Global Labour Studies mit den Regionalschwerpunkten China, Südamerika und Westeuropa. Neuere Publikationen: «Comeback der Gewerkschaften?» (Frankfurt a. M./New York 2013, hrsg. mit Klaus Dörre); «Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China» (Berlin 2011, zusammen mit Matthias Ebenau).

Prof. Klaus Steinitz ist Wirtschaftswissenschaftler. Er war stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR und längere Zeit Vorsitzender der «Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin e.V.»

Dr. Eva Sternfeld ist seit September 2014 Gastdozentin am Institut für Sinologie der Freien Universität Berlin. Sie studierte Sinologie und Geografie in Berlin und Peking und promovierte zur Stadtentwicklung und Wasserwirtschaft in Peking. 2000–2008 war sie Leiterin eines öffentlichen Umweltinformations- und Bildungszentrums beim chinesischen Umweltministerium in Peking im Rahmen der deutsch-chinesischen Entwicklungszusammenarbeit. 2008–2014 war sie Leiterin des Center for Cultural Studies on Science and Technology in China der Technischen Universität Berlin. Neuere Publikationen: «Kontinuität und Umbruch in China» (hrsg. mit Philipp Mahltig, Wiesbaden 2014); «Carbon Governance in China by creation of a carbon market» (zusammen mit Anita Engels und Tianbao Qin), in: Benjamin Stephan, Richard Lane (Hrsg.): «The Politics of Carbon Markets» (London/New York 2014).

China – ein Land, das in den letzten Jahrzehnten so an Gewicht gewonnen hat, dass heute niemand auf dem Weg zu einer Lösung der großen Weltprobleme an ihm vorbeigehen kann. Diese Publikation enthält überarbeitete Vorträge, die auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der «Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin» zum Thema «Die gesellschaftliche Entwicklung in China und ihre globalen Auswirkungen» im Oktober 2014 in Berlin gehalten wurden.